

Zeit der Extreme

Die kurpfälzische Arbeiterbewegung zwischen KZ und Gulag



Mannheimer Jungkommunisten auf Wandertour in den 1920er Jahren



Begleitkatalog der Ausstellung ›Zeit der Extreme‹ unter Verwendung der Wanderausstellung ›Ich kam als Gast in euer Land gereist ...‹ Deutsche Hitlergegner als Opfer des Stalinterors

Herausgegeben von Klaus J. Becker und Jens Hildebrandt



Abb.1: Haus der Familie Remmele in Altneudorf bei Heidelberg,
heute Ortsteil von Schönau im Odenwald

KZ – GEFÄNGNIS – GULAG

Drei Ludwigshafener Arbeiterschicksale

Klaus J. Becker

ZWISCHEN PARTEISPITZE UND GULAG – HERMANN REMMELE

Hermann Remmele entstammte einer Altneudorfer (heute ein Stadtteil von Schönau bei Heidelberg) Müllerfamilie. Dort wurde 1877 auch sein ältester Bruder Adam Remmele geboren. Da sein Vater Peter Remmele nur Angestellter in der dortigen Kundenmühle war, musste dieser sich gemeinsam mit seiner Ehefrau Katharina kurz nach der Geburt des ersten Sohnes auf Arbeitssuche begeben. Diese führte ihn zunächst nach Durlach, wo 1879 als zweiter Sohn Peter Remmele geboren wurde. 1880 wohnte die Familie in Ziegelhausen, wo am 5. November 1880 Hermann Remmele geboren wurde. 1882 kehrte die Familie nach Altneuendorf zurück, wo im selben Jahr Anna Remmele zu Welt kam. Ab 1884 lebte die Familie in Budenheim, dem Geburtsort von Karl Remmele, bis die Familie 1885 nach Ludwigshafen am Rhein zog. Dort hatte Vater Peter eine Beschäftigung bei der seit 1872 bestehenden Presshefen- und Spiritfabrik gefunden. Eine Wohnung bezog die Familie in der Ludwigstraße 1. Ab 1887 besuchte Hermann Remmele die Volksschule in der parallel verlaufenden Bismarckstraße. Nach dem siebenjährigen Schulbesuch absolvierte der Vierzehnjährige ab 1894 eine Lehre als Eisendreher in der Ludwigshafener Gießerei der Gebrüder Sulzer (heute Halberg). 1897 – also mit 17 Jahren – wurde der schon durch das Elternhaus sozialdemokratisch geprägte Remmele Mitglied der SPD und der Metallgewerkschaft. Die Ludwigshafener SPD wurde damals von Franz Josef Ehrhart dominiert, der sie fest auf dem Boden des Revisionismus innerhalb der Gesamtorganisation verankert hatte.

Der also in seiner Kindheit und Jugend in der Arbeiterstadt Ludwigshafen sozialisierte Remmele begab sich 1898 auf die der Berufsausbildung folgende obligatorische Wanderschaft. Als gebürtiger Badener musste er zwischen 1901 und 1903 in badischen Kasernen seinen Wehrdienst ableisten, was er zur illegalen Agitation für die Sozialdemokratie nutzte. Nach dem Ende der Militärzeit kehrte Remmele nach Ludwigshafen zurück. Er schloss die Ehe mit Anna Lauer; auch die erste gemeinsame Tochter Hedwig wurde 1907 in Ludwigshafen geboren. Kurz danach verzog die Familie nach Mannheim, da Remmele dort inzwischen als Bevollmächtigter des Deutschen Metallarbeiterverbandes beschäftigt war. Zwischenzeitlich nahm er die gleiche Funktion von Mannheim aus aber auch in Darmstadt und Offenbach wahr. Gemeinsam mit dem später ebenfalls zu den führenden Revisionisten innerhalb der SPD zählenden Ludwig Frank beteiligte er sich an der Bildung von sozialdemokratischen Jugendvereinen in Süddeutschland. Als Delegierter der sozialistischen Jugend in Offenbach nahm er 1907 in Stuttgart an der ersten internationalen Konferenz der sozialistischen Jugendorganisationen teil. Auf der dreitägigen und von Karl Liebknecht dominierten Veranstaltung fungierte Remmele als Sekretär. Anschließend besuchte er die Reichsparteischule der SPD, in der zeitgleich Rosa Luxemburg als Dozentin wirkte. Remmele wurde anschließend hauptamtlicher Parteifunktionär in Mannheim, dann Mitarbeiter der ›Leipziger Volkszeitung‹ und schließlich 1910 der Mannheimer ›Volksstimme‹.



Abb.2: In der SPD-Parteischule, Berlin 1907. Stehend, links, Rosa Luxemburg neben August Bebel

Dort wurde im selben Jahr auch Helmut Remmele als zweiter Spross von Anna und Hermann Remmele geboren. Zur gleichen Zeit verortete sich sein Vater bereits deutlich auf dem linken Parteiflügel der SPD und begann eine fraktionelle Tätigkeit als Vertrauensmann des Mannheimer Diskussionsklubs ›Karl Marx‹.

1914 bis 1918 war er Soldat an der Westfront, sammelte aber bereits 1916 während eines Heimaturlaubs die Parteioption in Mannheim um sich, die ihn auch 1917 zum Gründungsparteitag der USPD delegierte. Nach Kriegsende war er führend in der Mannheimer USPD, wirkte als Bezirkssekretär in Baden und der Pfalz sowie im Mannheimer Arbeiter- und Soldatenrat mit. Er war Delegierter der Ersten Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Badens am 21. und 22. November 1918 in Mannheim. Hermann Remmele sprach sich dort für eine von Mannheim ausgehende Badische Räterepublik aus, während sein Bruder Adam lediglich zur Ernährungsfrage sprach. Auch auf der Zweiten Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Badens propagierte Hermann Remmele die Weltrevolution, während Adam Remmele den geordneten Übergang zur Demokratie forderte. Fortan hatten sich die beiden ›feindlichen Brüder‹ offensichtlich nichts mehr zu sagen.

Während Adam Remmele am 5. Januar 1919 mit 36 Genossen in den Badischen Landtag gewählt wurde, erhielt Hermann Remmeles USPD gerade einmal 1,5% der Wählerstimmen und

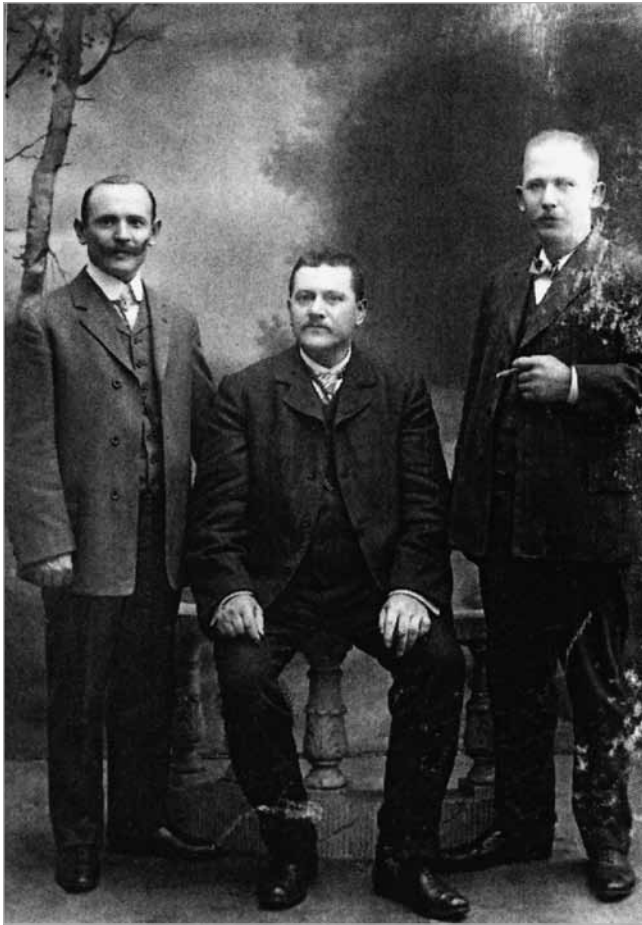


Abb.3
Peter, Hermann und Adam Remmele,
Berlin 1910

keinen Sitz. Eine neue politische Chance zur Erreichung seines globalen Ziels sah Hermann Remmele daher wohl eher in der kurzlebigen Mannheimer Räterepublik, die jedoch nur vom 22. Februar bis 10. März 1919 Bestand hatte. Nach ihrem Ende siedelte er nach Stuttgart über und wirkte nun als USPD-Bezirkssekretär in Württemberg. Am 6. Juni 1920 wurde er für die USPD in den Reichstag gewählt. Remmele wurde auch zum außerordentlichen USPD-Parteitag nach Halle delegiert (12. bis 17. Oktober 1920). Mehrmals griff er dort in die Debatte ein. Gemeinsam mit der Parteitagsmehrheit sprach er sich für den Beitritt der USPD zur Kommunistischen Internationale aus. Auf dem Vereinigungsparteitag der USPD (Linke) und KPD zur VKPD, der vom 4. bis 7. Dezember 1920 in Berlin tagte, wurde er zu einem der sieben zentralen Parteisekretäre gewählt – damit verbunden war seine Übersiedlung nach Berlin. Dort wirkte er im Organisationsbüro des Parteivorstandes (Zentrale). Er war an den Planungen für einen deutschen ›Oktober‹, also an den bewaffneten Umsturzplänen der KPD, beteiligt. Nach dem Scheitern des Aufstandsversuchs im Oktober 1923 musste er sich – wie die Gesamtpartei – bis zum 1. März 1924 als ›Werner Luchthold‹ in die Illegalität begeben. Allerdings nahm er unter seinem Klarnamen in Moskau am 8. und 11. Januar 1924 an den Sitzungen des Präsidiums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) teil, die „die Lehren der deutsche Ereignisse beriet“ und als Ergebnis der Diskussion ihn als führenden Repräsentanten



Abb.4: ›Die Sowjetunion‹ von Hermann Remmele, Band 1 und 2; erschienen 1932

der Parteimitte zum neuen Parteivorsitzenden berief. In dieser Funktion verblieb er bis zum 7. April 1924, als die Parteispitze auf die Parteilinke übergang. Remmele wurde aber als Mitglied des Politischen Büros (Polbüro) erneut in die Parteiführung gewählt und wirkte u. a. bis 1926 als Chefredakteur der ›Roten Fahne‹ – also des Zentralorgans der KPD. Sowohl im Mai wie Dezember 1924 wurde er auch wieder in den Reichstag gewählt. 1925 wurde er Mitglied des EKKI-Präsidiums und ersetzte an der Seite Ernst Thälmanns die linke Parteiführung der KPD. So wurde er auch 1925 Polleiter des mitgliederstärksten Parteibezirks Berlin-Brandenburg. Im Mai 1928 nicht nur wieder in den Reichstag sondern anschließend auch in das Präsidium des EKKI gewählt, lebte er nun längere Zeit in Moskau. Auf Geheiß Stalins wurde er deshalb von dort aus im Oktober 1928 mit der Wiedereinsetzung Ernst Thälmanns betraut, der zuvor im September 1928 wegen der Deckung einer innerparteilichen Unterschlagungsaffäre von der KPD als Parteivorsitzender abgesetzt worden war. Nachfolgend bildete Remmele gemeinsam mit Thälmann und Heinz Neumann die als Triumvirat gebildete eigentliche Parteiführung der KPD. Im März 1930 gab er mit einer Zweifrontentheorie sowohl den Kampf gegen die NSDAP als auch die SPD als neue Parteilinie vor. Im September 1930 wurde er auch zum Leiter des Kampfbundes gegen den Faschismus – die Nachfolgeorganisation des verbotenen und zuvor von Ernst Thälmann geleiteten Roten Frontkämpferbundes – gewählt. Dass er damit wieder die eigentliche höchste Parteispitze erreicht hatte, wurde parteiintern auch dadurch unterstrichen, dass er 1931 mit der Verfassung einer zweibändigen Darstellung der Sowjetunion beauftragt wurde – die jedoch erst 1932 erschien.



Abb.5
Hermann Remmele
(1880—1939)

Zu diesem Zeitpunkt hatte Remmele allerdings schon seinen politischen Einfluss innerhalb der KPD verloren, nachdem er seit 1931 versucht hatte, gemeinsam mit Heinz Neumann fraktionell gegen den noch immer amtierenden Parteivorsitzenden und Stalin-Vertrauten Ernst Thälmann zu wirken. Thälmann hielt im Sinne Stalins nach wie vor an der von Remmele kritisierten Sozialfaschismusthese aus dem Jahr 1924 fest und sah den politischen Hauptfeind während der immer stärker werdenden Wirtschaftskrise wieder in der SPD und nicht in der NSDAP, während Remmele und Neumann weiterhin beide politische Gegner gleichwertig bekämpfen wollten. Zunächst im April 1932 dafür nur verwahrt, musste er im Oktober 1932 aus dem Sekretariat des ZK der KPD ausscheiden. Neuerlich nach Moskau beordert, blieb er deshalb von der Kommunistenhatz in Deutschland ab Februar 1933 verschont. Er wohnte gemeinsam mit seiner Frau Anna im berühmtesten Hotel »Lux«, in dem die kommunistischen Emigranten von der Komintern konzentriert wurden. Da er den brieflichen Kontakt mit dem schon im April 1932 gestürzten und nun vorübergehend im Schweizer Exil lebenden Heinz Neumann aufrechterhielt, wurde er im Januar 1934 zur Selbstkritik gezwungen und aller Funktionen innerhalb der KPD und Komintern entbunden. Er blieb aber Mitarbeiter der Agitations- und Propagandaabteilung der Komintern.

Am 15. Mai 1937 wurde er im Rahmen der Großen Säuberung durch Mitarbeiter des Volkskommissariats für innere Angelegenheiten (NKWD) verhaftet. Die Verhaftung seiner Ehefrau Anna Remmele durch die gleiche Geheimpolizei erfolgte im Juli 1937. Zeugin der beiden Verhaftungen wurde die bei den Eltern mit ihren eigenen zwei Kindern wohnende Tochter Hedwig, die „nur“ ihren Arbeitsplatz bei der Internationalen Roten Hilfe verlor. Im September



Abb.6
Helmut Remmele
(1910—1938)

1937 wurde auch sein Sohn Helmut Remmele, der seit 1934 in der Sowjetunion lebte, ebenfalls durch Angehörige des NKWD verhaftet – auf dem Weg in den Gulag kam er ums Leben. Anna Remmele wurde im Januar 1939 nach Tomsk verbannt. Nach zwei Jahren Haft wurde am 7. März 1939 Hermann Remmele der „Teilnahme an einer konterrevolutionären terroristischen Organisation“ beschuldigt und vom Militärkolloquium des Obersten Gerichts zum Tode verurteilt und noch am selben Tag auf dem Donskoje-Friedhof erschossen. Hedwig Remmele wurde ebenfalls im August 1941 aus Moskau gemeinsam mit ihren beiden Töchtern nach Tomsk verbannt, wo am 5. Juli 1947 Anna Remmele verstarb. Hedwig Remmele durfte 1956 mit ihren Töchtern in die DDR ausreisen, wo sie sich vergeblich um eine Rehabilitierung ihren Angehörigen bemühte. Erst Hermann Webers grundlegende Forschungen zur Stalinisierung der KPD in Weimarer Republik machten 1969 auch auf das Schicksal der Familie Remmele aufmerksam. Zeitgleich gab die SED 1939 als Todesjahr von Hermann Remmele bekannt und gestand 1970 ein, dass er 1937 in der Sowjetunion unter „falschen Anschuldigen“ verhaftet worden war. In der auf die Ära Ulbricht nachfolgenden Ära Honecker war die Aufarbeitung ›weißer Flecken‹ in der Geschichte der DDR jedoch schon wieder kein Thema mehr. So setzte sich auch in der westdeutschen DKP wieder die Sprachregelung durch: „Er konnte sich noch 1933 retten in die Sowjetunion, wo er auch danach verstarb“, wie beispielhaft der Heidelberger Parteigeschichte zu entnehmen war. Sogar eine Fraktion (KAB) der nach Peking orientierten Studentenbewegung der frühen Siebziger entdeckte die Zweifrontentheorie von Remmele wieder – ohne sich aber seiner Biographie wirklich anzunähern. Erst mit Glasnost und Perestroika wurden die verbliebenen westdeutschen Kommunisten 1988 auf internen Bildungsveranstaltungen zum „Zum 70. Jahrestag der KPD-Gründung“ wieder auf das Schicksal der ehemaligen Parteiführung aufmerksam gemacht, von der mehr Opfer Stalins als Hitlers geworden waren, wie Hermann Weber 1989 nachwies. Die Rehabilitation von Hermann Remmele am 30. September 1988 durch einen Beschluss des Obersten Sowjets der UdSSR kam nicht nur für ihn zu spät.

QUELLEN

- Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale: Die Lehren der deutschen Ereignisse, Hamburg 1924
- Fischer, Heinrich: Erinnerungen aus der Geschichte der Kommunistischen Partei Heidelbergs in den Jahren 1919—1956, Heidelberg 1975
- Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon, Ostberlin 1970
- Parteivorstand der DKP: Zusatzmaterialien zum Bildungsthema 2 im Parteibildungsjahr 1988/89: ›Zum 70. Jahrestag der KPD-Gründung: Wieder bei Marx, – auf dem Weg zu Lenin‹, Düsseldorf 1988
- Remmele, Hermann: Die Sowjetunion, 2 Bände, Berlin 1932
- Remmele, Hermann: Schritt halten! Warum muss der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden, Hamburg 1971 (Reprint der Einzelbeiträge aus ›Die Internationale‹ von 1930)
- USPD. Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages in Halle, Berlin 1920
- Weber, Hermann: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Band 2, Frankfurt am Main 1969
- Weber, Hermann: ›Weiße Flecken‹ in der Geschichte. Die KPD-Opfer der Stalinschen Säuberungen und ihre Rehabilitierung, Frankfurt am Main 1988
- Weber, Hermann/Herbst, Andreas: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945. Zweite überarbeitete und stark erweiterte Auflage, Berlin 2008
- Wimmer, Gerhard: Adam Remmele. Ein Leben für die soziale Demokratie, Ubstadt-Weiher 2009



Abb.7: Pfälzische Presshefen- und Spiritfabrik
Peter Remmele, 3. von links, zweite Reihe von unten

Alexander Kraft

VOM STAATSPRÄSIDENTEN ZUM KZ-HÄFTLING – ADAM REMMELE (1877—1951)

Die Weimarer Republik wurde von Sozialdemokraten wie Friedrich Ebert oder Carl Severing geprägt, die aus einfachen Verhältnissen bis in hohe Staatsämter aufstiegen. Ein weniger bekannter Politiker, dem dieser Werdegang ebenfalls gelang, war Adam Remmele, dessen Leben sich in vier politischen Epochen abspielte.

Adam Remmele wurde als Sohn des Müllermeister Peter Remmele im kurpfälzischen Altneudorf geboren. Kurz nach seiner Geburt zog die Familie Remmele aus dem Großherzogtum Baden ins bayerische Ludwigshafen, da Peter Remmele dort eine Stelle in der „Pfälzische Presshefen- und Spiritfabrik“ antrat. Im Alter von 13 Jahren begann Adam Remmele in der Fabrik, in der sein Vater arbeitete, eine Lehre als Müller, die er 1894 beendete. Remmeles Vater war schon 1891 aufgrund eines Lungenleidens verstorben. Das harte Leben, das seine Familie daraufhin fristen musste, hatte bei ihm die Erkenntnis reifen lassen, dass nur durch aktive politische Arbeit eine Verbesserung der sozialen Verhältnisse erreicht werden könne. Aus diesem Grund trat er am 1. Juni 1894 dem ›Verband Deutscher Müllergesellen‹ bei. Zudem trat er in Ludwigshafen auch der im Kaiserreich geschmähten Sozialdemokratischen Partei bei. Remmele wurde also durch seine Gewerkschaftstätigkeit politisch sozialisiert. Nach Abschluss seiner Lehre ging er – wie für Gesellen üblich – auf Wanderschaft und kehrte vermutlich 1898 nach Ludwigshafen zurück. Während seiner Wanderschaft hielt er Kontakt zur Gewerkschaftsbewegung und schulte sich in der Agitationsarbeit der Sozialdemokratie. Mit nur 21 Jahren übte er in Ludwigshafen schon manches Ehrenamt für Partei und Gewerkschaft aus. Gewerkschaften waren zu dieser Zeit noch nicht als Interessenvertreter der Arbeiterschaft anerkannt. Daher war es nicht unüblich, dass ihre Funktionäre und Agitatoren von den Unternehmern auf „Schwarze Listen“ gesetzt wurden, so dass sie im näheren Umkreis von keinem Betrieb eingestellt wurden. Auch Adam Remmele war mehrmals vom Schicksal der Maßregelung betroffen. Zwischen 1900 und 1903 war Remmele Vorsitzender des Ludwigshafener Gewerkschaftskartells. Neben ihm bekleideten unter anderem Friedrich Profit und Gustav Haupt dieses Amt, das jährlich mit einem erfahrenen Gewerkschaftler besetzt wurde. Dies zeigt, dass Remmele trotz seiner Jugend schon als gestandener Gewerkschaftler angesehen wurde. Ein Engagement, das ihn sein Leben lang begleiten sollte, kam 1902 hinzu. Remmele wurde in den Aufsichtsrat der Ludwigshafener Konsumvereine gewählt, dem er bis 1905 angehörte.

Im Jahr 1903 wurde das Städtische Arbeitsamt Ludwigshafen gegründet. Dass der Ludwigshafener Stadtrat sich bei der Auswahl des Leiters des Arbeitsamts für Adam Remmele entschied, ist maßgeblich auf das Wirken von Franz Josef Ehrhart zurückzuführen. Remmele kündigte daraufhin seine Stelle als Müller und legte seine politische Tätigkeit auf Eis, um das Amt neutral ausüben zu können. Im Jahr 1906 nahm er seine politische und gewerkschaftliche Tätigkeit wieder auf. Er zog nach Altenburg und wurde dort 2. Vorsitzender des Mühlenarbeiterverbandes und mitverantwortlich für die Herausgabe der ›Müller-Zeitung, Publikationsorgan des Verbandes der Mühlenarbeiter‹. Dort blieb er bis Januar 1908, dann zog es ihn zurück an den Rhein, diesmal nach Mannheim, wo er als Redakteur eine Stelle bei der sozialdemokratischen ›Volksstimme‹ übernahm. Auffällig ist, dass Remmele aufgrund seiner gewerkschaftlichen



Abb.8: Verbandstag des Müllerverbandes,
Heilbronn 1901

Tätigkeit eine entsprechende Tätigkeit bei der SPD angeboten bekam. Dies zeigt zum einen die enge Verzahnung von Sozialdemokratie und Gewerkschaften, zum anderen eine Stringenz in Remmeles politischer Sozialisation. In der SPD hatte sich langsam der Gedanke durchgesetzt, dass nur durch eine aktive Mitgestaltung der Politik eine Veränderung der politischen und sozialen Verhältnisse erreicht werden könne. Reine Oppositionsbewegung zu sein genügte nicht mehr. Adam Remmele unterstützte diese Haltung, die radikale Einstellung beispielsweise Ledeburs oder Luxemburgs waren ihm zuwider. In Baden verfolgte die SPD durch konsequente Wahlbündnisse mit bürgerlichen Parteien eine Strategie, die sie im Jahr 1909 zur zweitstärksten Fraktion im badischen Landtag machte. Auch dieses Vorgehen wurde von Remmele uneingeschränkt unterstützt. Im Jahr 1911 wurde er in den Mannheimer Stadtrat gewählt und engagierte sich hier in den Bereichen Krankenhaus, Gesundheit und Volksschule. Durch den Ausbruch des I. Weltkrieges verlängerte sich die Amtszeit der Bürgermeister und Stadträte bis zum Ende des Krieges. Während des Krieges nutzte Remmele seine Stellung als Redakteur um publizistisch auf die Not des Volkes, insbesondere der Arbeiterklasse, hinzuweisen und die Wucherpreise für Lebensmittel anzuprangern.

Vom 3. September 1918 bis zum 27. November 1918 wurde Remmele zum »Kriegsdienst« nach Villingen eingezogen, wo er als Landsturmmann diente. Am 9. November 1918, dem Tag der Novemberrevolution, ereignete sich in der Villingener Kaserne ein denkwürdiges Ereignis. Remmeles Bataillon war angetreten und der Kommandeur verlas eine Erklärung zum Waffenstillstandsvertrag. Nach eigener Aussage hatte Remmele den Eindruck, die Offiziere wollten der Realität nicht ins Auge sehen, also beschloss er zu handeln. Mit den Worten „Alles hört auf den Landsturmmann Remmele“ sprang er auf und erklärte den versammelten Soldaten, dass

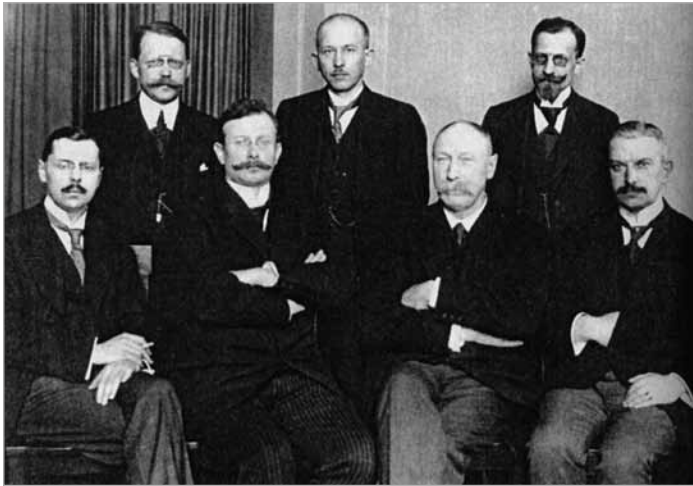


Abb.9: Die ›Provisorische Regierung‹,
stehend v.l.n.r.:
Gustav Trunk,
Adam Remmele, Leopold Rückert,
sitzend v.l.n.r.:
Hermann Hummel,
Josef Wirth, Anton Geiß,
H. R. Dietrich; 1919



Abb.10: Adam Remmele,
vermutlich
Anfang 1919

durch den verlorenen Krieg nichts mehr wie früher sein werde, die Revolution sei im Gange und Deutschland werde wohl einen harten Frieden erhalten. Er appellierte an seine Kameraden Ruhe und Disziplin zu bewahren. Kurze Zeit später kam es in Villingen zur Gründung eines Arbeiter- und Soldatenrates. Aus Mannheim erhielt Remmele die Bitte zurückzukommen, denn in der Stadt „gäbe es mehr zu tun als in der Kaserne.“

Am 13. November dankte der Großherzog von Baden ab und eine vorläufige Volksregierung übernahm die Kontrolle über die „freie Volksrepublik Baden“. Eine endgültige Entscheidung über die künftige Staatsform sollte einer „badischen Nationalversammlung“ vorbehalten bleiben. Interessanterweise kam es insbesondere wegen der Frage der Staatsform zum Dissens zwischen Adam und seinem Bruder Hermann Remmele, der sich im Krieg der USPD angeschlossen hatte. Hermann präferierte eine „badische Räterepublik“, während sein Bruder für eine demokratische Neugestaltung des Landes eintrat. Am 5. Januar 1919 fand die Wahl zur badischen Nationalversammlung statt, bei der das Zentrum mit 41 Sitzen stärkste Fraktion wurde. Für Remmele enttäuschend erhielt die SPD nur 35 Sitze, er selbst war nach der ersten Auszählung nicht gewählt. Nach der Überprüfung des Wahlergebnisses stellte sich heraus, dass die DNVP im Wahlkreis Mannheim ein Mandat zu viel erhalten hatte, das sie an die SPD abtreten musste. Adam Remmele zog somit doch noch in die badische Nationalversammlung ein. In Baden kam es wie im Reich zu einer ›Weimarer Koalition‹, bestehend aus Zentrum, SPD und DDP, die mit 25 Sitzen in den Landtag einzog. Die DNVP stand mit ihren 7 Mandaten als einzige Oppositionspartei einer Regierungskoalition gegenüber, die mit 100 Mandaten über eine komfortable Mehrheit verfügte. Diese Regierungskoalition ist auch auf die von Remmele mit unterstützte Annäherung an bürgerliche Parteien zurückzuführen. In der ersten Sitzung des Landtages



Abb.11: Schaufahrt ins KZ
16. Mai 1933

am 15. Januar 1919 wurde Adam Remmele zum 1. Vizepräsidenten des Landtages gewählt. Kurze Zeit später wurde er auch Mitglied der badischen Regierung. Am 2. April 1919 wurde er zum Innenminister gewählt. Er hatte dieses Amt bis zum 21. November 1929 inne. Von 1929 bis ins Jahr 1931 war er Justizminister und Minister für Kultus und Unterricht. In der badischen Verfassung gab es eine Besonderheit, sie sah keinen festen Regierungschef vor. Das eher repräsentative Amt des Staatspräsidenten rotierte jährlich unter den Ministern. Der jeweilige Staatspräsident wurde vom Landtag gewählt, genau wie auch die Minister gewählt wurden. Adam Remmele versah das Amt des Staatspräsidenten in den Jahren 1922/23 und 1927/28. Er hatte es geschafft, sich aus einfachsten Verhältnissen bis ins höchste Amt des Volksstaates Badens hochzuarbeiten. Darüber hinaus war er von 1928 bis 1933 Mitglied des Reichstages.

Wie in anderen Teilen der noch jungen Weimarer Republik kam es auch in Baden zu links- und rechtsgerichteten Putschversuchen. Bis zum Jahr 1921 kam es in Baden, insbesondere in Mannheim dreimal zu schweren Unruhen, die jeweils auf Agitation von USPD oder KPD zurückzuführen waren. Adam Remmele sah die Gefahr, dass „das deutsche Volk vor folgenreicheren Wirren“ möglicherweise gar „vor einem unüberwindlichen Chaos“ stehe, wenn USPD und KPD mit ihrer Agitation erfolgreich wären und beispielsweise die Kohleverorgung lahmlegen würden. Aus diesem Grund bekämpfte er alle Versuche die noch junge Republik zu destabilisieren mit „unerbittlicher Härte.“ Ebenso entschlossen ging Remmele gegen die rechtsgerichteten Selbstschutzorganisationen vor, die von bürgerlicher Seite aus als Antwort auf linke Umsturzversuche gegründet wurden.

Schon vor dem Hitler-Putsch in München verbot Remmele in seiner Funktion als Innenminister am 22. März 1923 die NSDAP in Baden. Zudem wurden gegen mehrere führende



Abb.12: Schaufahrt ins KZ,
16. Mai 1933

Nationalsozialisten Strafverfahren eingeleitet. Auch in seiner Eigenschaft als Justizminister und Minister für Kultus und Unterricht bekämpfte Remmele die Nazis wo es ihm nur möglich war. Unter anderem wies er die Staatsanwaltschaften an, Ermittlungsverfahren aufgrund von Zusammenstößen von „Kampforganisationen radikaler politischer Parteien“ wenn möglich zu beschleunigen. Darüber hinaus sollten „bei schweren Verfehlungen empfindliche Freiheitsstrafen“ beantragt werden. Als Kultusminister forcierte er ein rigoroses Vorgehen gegen nationalsozialistische Lehrer, denn „durch die Verhetzung der Schüler durch NS-Agitatoren [...] überlasse man die Wähler von morgen dem Einfluss rechtsradikaler Pädagogen.“

Im Jahr 1931 kam es in Baden zu einer neuen Regierungskoalition, bestehend aus SPD, Zentrum und DVP. Remmele stand in dieser nicht mehr als Minister zur Verfügung und ging bis 1932 nach Mannheim, wo er wieder als Redakteur für die ›Volksstimme‹ tätig war. Ab August 1932 widmete er seine Energie den Konsumvereinen. Seine Berufung in den Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine führte ihn nach Hamburg. Dort wurde er auch in der Nacht vom 4. auf den 5. Mai 1933 von Vertretern des Naziregimes verhaftet. Von dort aus wurde er wenige Tage später nach Karlsruhe gebracht. Am 16. Mai 1933 erfolgte die Überführung Remmeles und sechs weiterer Sozialdemokraten vom Karlsruher Gefängnis in der Riefstahlstraße ins KZ Kislau, dem ersten in Baden errichteten Konzentrationslager. Die NS-Zeitung ›Der Führer‹ forderte die Karlsruher Bevölkerung auf „den Galgenvögeln [...] deren Erholungsurlaub für längere Zeit vorgesehen ist [...] ein letztes Lebewohl zuzurufen.“ So wurde die Überführung ins KZ für Remmele und seine Weggefährten zu einer besonderen Demütigung.

Im Konzentrationslager musste Remmele schwere körperliche Arbeit verrichten. Er und die anderen internierten Sozialdemokraten und Kommunisten hatten mit vielerlei Schikanen zu

Die Überführung

der Herren

Dr. h. c. Adam Kemmele, ehemaliger Staatspräsident, Kultus-, Justiz- und Innen-Minister
Staatsrat Sigmund Marum
Regierungsrat Stenz
Sally Grünebaum
Kriminalsekretär Furrer

vom Landesgefängnis Riefstahlstraße nach Rieslau über die Straßen: Riefstahlstraße, Mühlburger Tor, Kaiserstraße zum Polizeipräsidium
am Dienstag, den 16. Mai, vorm. zwischen 11 und 12 Uhr



1. Das Wandern ist des Mül-lers Lust, das Wan- dern, das



Wan-bern ist des Mül-lers Lust, das Wan-bern! Das muß ein



schlech-ter Mül-ler sein, dem niemals fiel das Wan-bern ein, das



Wan-bern, das Wan-bern, das Wan-bern, das Wan-bern!

2. |: Vom Wasser haben wir's gelernt, vom Wasser. :| Das hat nicht Raft bei Tag und Nacht, ist stets auf Wander|schaft bedacht, |: das Wasser, das Wasser. :|

3. |: Das seh'n wir auch den Rädern ab, den Rädern, :| die gar nicht gerne stille steh'n, und die gar nie sich müde dreh'n, |: die Räder, die Räder. :|

4. |: Die Steine selbst, so schwer sie sind, die Steine, :| sie tanzen mit den muntern Reih'n und wollen gar noch schneller sein, |: die Steine, die Steine. :|

Abb.13: Flugblatt zur Schaufahrt vom 16. Mai 1933

kämpfen. Remmele selbst wendete sich gegen jegliche Behandlung die „gegen die Menschenwürde verstieß.“ Im Nachhinein war ihm bewusst, dass er „diese [...] Haltung in späteren Jahren mit (dem) Leben hätte büßen müssen.“ Umso überraschender kam für Remmele seine Entlassung aus Kislau, diese erfolgte am 9. März 1934. Vor ihm waren schon fünf seiner Weggefährten entlassen worden. Ein einziger, Ludwig Marum, verblieb in Kislau, er wurde in der Nacht vom 28. auf den 29. März 1934 von Gestapo-Kommissar Karl Sauer und mehreren Komplizen ermordet.

Nach seiner Entlassung aus Kislau und dem Versprechen, sich nicht weiter politisch zu betätigen, lies sich Remmele in Hamburg nieder. Seine Frau war während seines KZ Aufenthalts verstorben und einer seiner Söhne war gesundheitlich sehr angeschlagen. Da die Nationalsozialisten ihm eine Pension für seine Zeit im Staatsdienst verwehrten, musste er sich notgedrungen eine neue Existenz aufbauen. Er eröffnete einen kleinen Versandhandel für Kaffee und Tee, mit dem er sich und seine Familie anfänglich über Wasser halten konnte. Mit den immer stärker werdenden Autarkiebestrebungen der Nationalsozialisten kam dieses Geschäft immer weiter zum Erliegen, so dass Remmele mehrere Bittbriefe an die zuständigen Stellen in Baden schrieb, das ihm eigentlich zustehende Übergangsgeld auszuzahlen. Diese wurden immer wieder negativ beschieden. Bei einem Bombenangriff auf Hamburg am 27. Juli 1943 wurde Remmeles Wohnhaus komplett zerstört, so dass er seine Habe sowie seine Geschäftsgrundlage verlor und er eine provisorische Unterkunft in Kleinwörden bezog. Nach dem misslungenen Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 wurde Remmele im Rahmen der ›Aktion Gewitter‹ am 14. August 1944 erneut verhaftet. Vom 15. August bis zum 20. September 1944 war Remmele im KZ Fuhlsbüttel interniert.

Nach der Befreiung Deutschlands vom Naziregime siedelte sich Adam Remmele wieder in Hamburg an. Dort machte er sich direkt an den Wiederaufbau der Konsumvereine. Für ihn selbstverständlich trat er auch wieder der SPD und der Gewerkschaft, diesmal der NGG, bei.

Spät erhielt er von staatlicher und akademischer Seite eine Anerkennung für seinen langjährigen Dienst an der Gesellschaft. 1946 ernannte die Universität Freiburg Remmele zum Dr. h.c., eine Auszeichnung, die er in der Weimarer Zeit schon einmal inne hatte, die ihm aber 1935 von den Nationalsozialisten aberkannt wurde. Am 16. Mai 1948 wurde er zum Ehrenbürger von Karlsruhe ernannt. 1949 zog Adam Remmele nach Freiburg, um sich wegen eines Magenleidens behandeln zu lassen. Hier verstarb er am 9. September 1951. Die ›Badischen Neuesten Nachrichten‹ würdigten Adam Remmele als einen der „großen badischen Politiker der Weimarer Zeit“ und stellten vor allem sein „hohes Verantwortungsbewusstsein, [...] die Unbestechlichkeit seines Charakters“ und seinen „persönlichen Mut“ heraus. Besser konnte man den Menschen Adam Remmele, der sich sein Leben lang für das Gemeinwohl eingesetzt hat, nicht charakterisieren.

QUELLEN

Wimmer, Günter: Adam Remmele – Ein Leben für die soziale Demokratie, Ubstadt-Weiher, Karlsruhe, Neustadt/Weinstraße, Basel, 2009

Stadtarchiv Ludwigshafen, LuA 6760/2 und LuA 6772/5



Abb.14: Karl Nord, 1932

Julia Kratz

VON DER STRAFKOMPANIE ZUM KULTURDEZERNAT – KARL NORD

Karl Nord wurde am 10. Januar 1912 in Ludwigshafen geboren.

Schon im Alter von 14 Jahren trat Karl Nord in die Sozialistische Arbeiter-Jugend (SAJ) ein. Zu dieser Zeit befand er sich in seiner Ausbildung zum Chemielaboranten bei der BASF. Sein politisches Engagement wurde schon in diesem jungen Alter deutlich. Er bildete sich auf verschiedenen Partei- und Gewerkschaftsseminaren sowie durch Vorträge weiter. Auch einen volkswirtschaftlichen Lehrgang an der Heimvolkshochschule Tinz absolvierte er, während er im väterlichen Kohlengeschäft und Fuhrunternehmen als Kraftfahrer arbeitete. Gleichzeitig ließ er sich an der Akademie der Arbeit in Frankfurt zum Arbeiterfunktionär ausbilden.

Im Jahr 1930 wurde er Mitglied im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, das zu dieser Zeit bereits versuchte, dem Terror der SA-Einheiten entgegenzuwirken. Ein Jahr später wurde er Mitglied in der Eisernen Front, einem Zusammenschluss des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (Afa-Bund), der SPD und des Arbeiter Turn- und Sportbundes (ATSB). Die Eisernen Front wollte einen Gegenpol zur Harzburger Front bilden, dem Zusammenschluss der antidemokratischen Rechten. Da die Gründung erst am 16. Dezember 1931 erfolgte, zeigt dies, dass Nord der Eisernen Front von Anfang an angehörte.

Während der Jahre 1932 und 1933 wechselte Karl Nord von der SPD zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP), die in der Pfalz nur eine kleinere Partei mit geringem Einfluss darstellte. Nachdem der Parteivorstand nach der Machtergreifung der NSDAP die Selbstaflösung beschloss, stellten sich die meisten Mitglieder nicht auf eine Eingliederung in die SPD oder KPD, sondern auf die Arbeit im Untergrund ein. So auch Karl Nord. Er engagierte sich in der illegalen Organisation von 1933 bis 1938. Neben Heiner May wurde er der Kontaktmann für die Mannheimer Bezirksleitung und Verteilerzentrale der verbotenen Schriften der SAP. So verteilte er illegale Schriften aus Basel, dem wichtigsten Auslandsstützpunkt der SAP in den südwestdeutschen Gebieten, sowie die SAP-Zeitungen ›Fanak‹ und ›Das Banner‹. Neben Mannheim tauschte die Ludwigshafener Zelle, die unter der Leitung von Dr. Otto Mayer etwa 12 bis 14 Mitglieder hatte, auch Materialien und Informationen mit Gruppierungen in Kaiserslautern, Pirmasens und Speyer aus.

Eine öffentlichkeitswirksame Aktion bereiteten die Mitglieder am Abend vor dem Hitlerbesuch im Jahr 1936 in Ludwigshafen vor. Die Gruppe klebte Anti-Hitler-Plakate an prägnanten Punkten in den verschiedenen Stadtteilen. Karl Nord beklebte zwei Werkstore der BASF: ›Wer Hitler wählt, wählt den Krieg‹. Auch, wenn die Plakate bei Tagesanbruch bereits entfernt waren, hingen sie seiner Meinung nach lange genug an den Toren, um einige Aniliner zu erreichen.

Als die Widerstandsgruppen der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands im südwestlichen Reich rund fünf Jahre ihre organisierten Untergrundtätigkeiten gegen das NS-Regime betrieben, erreichte sie im Sommer 1938 nach der Einschleusung eines Gestapo-Spitzels mehrere Schübe von Verhaftungen. Nachdem im April und im Mai schon die Mannheimer Organisationsleiter verhaftet wurden, traf es am 8. September 1938 auch den 26-jährigen Karl Nord und um dieselbe Zeit Heiner May. Nord wurde von der Ludwigshafener Gestapo verhaftet, genommen und noch am selben Tag in die Mannheimer Untersuchungshaftanstalt überstellt.

Dort wurde er ebenfalls von der Mannheimer Gestapo verhört. Im Juni 1939 wurde er wegen der Vorbereitung zum Hochverrat angeklagt. Laut Anklageschrift wurde ihm vorgeworfen, bis Ende 1937 an Zusammenkünften teilgenommen, die illegale Druckschrift ›Das Banner‹ verbreitet und etwa 30 Reichsmark Beitragsgelder gezahlt zu haben. Sein Urteil lautete auf drei Jahre und sechs Monate Haft mit drei Jahren Ehrverlust. Das Urteil fiel angesichts der Tatsache, dass die Staatsanwaltschaft sieben Jahre Haft und Ehrverlust gefordert hatte, vergleichsweise niedrig aus. Karl Nord verbüßte die Strafe im Zuchthaus Ludwigsburg. Es unterstand, anders als die Konzentrationslager, der württembergischen Strafvollzugsbehörde und nicht der Willkür und dem Terror der SS. Karl Nord schätzte diese Situation so ein, dass dem einzelnen Häftling deshalb wenigstens ein gewisses Maß an bürokratischer Ordnung widerfuhr. So schildert er, eine ganze Reihe von Wachtmeistern hätten ihre Pflicht getan und sich ansonsten neutral verhalten. Aber diese Umstände können nicht darüber hinweg täuschen, dass auch hier das Ziel war, die politischen Insassen physisch und psychisch zu brechen: Arbeiten bei minimalem Lohn, wenn überhaupt, die Angst, von der Gestapo wieder angefordert und erneut verhört zu werden. Hinzu kam die Ungewissheit, ob sie nach Verbüßung ihrer Haftzeit wirklich entlassen und in Freiheit kommen würden oder ob die Gestapo bei ihrer Entlassung vor den Gefängnistoren parat stand, um sie direkt wieder zu verhaften und sie gar in ein Konzentrationslager zu überstellen. Über Misshandlungen und Folterungen in den KZs gab es bereits Gerüchte unter den Gefangenen.

Legt man diese nicht unbegründeten Befürchtungen zugrunde, hatte Karl Nord mehrfach in Situationen Glück, in denen es einigen seiner Mithäftlinge schlechter erging. So wurden politische Gefangene oft mit Kriminellen und Gewaltverbrechern in einen Haftraum gesperrt. Karl Nord beschrieb, dass die ›Politischen‹ soweit es möglich war, den Kontakt mit den Kriminellen mieden. Er selbst teilte seine Zelle in Mannheim mit zwei Triebtätern, in Ludwigsburg dagegen mit weiteren politischen Gefangenen wie dem späteren Minister Dr. Richard Schmid und dem Mannheimer Pfarrer Eckert. Besonders betonte er später die geistige und kulturelle Auszehrung, der die Gefangenen ausgesetzt waren und die ihm sehr zu schaffen machte. Über die Verlegung in eine Zelle mit Akademikern und Männern mit einer gewissen Bildung freute er sich sehr.

An den Arbeiten, die im Gefängnis verrichtet wurden, war zu merken, dass andere Zeiten kamen: Die Tüten- und Sohlenkleberei wich bald dem Zusammensetzen von Dynamos und Anker.

Seit 1938 inhaftiert, wurde Nord am 7. Oktober 1941 auf Bewährung entlassen. Von den drei Jahren und acht Tagen verbrachte er elf Monate im Landesgefängnis Mannheim, die restliche Strafzeit im Zuchthaus Ludwigsburg. Nach seiner Rückkehr musste er bei der Gestapo in Ludwigshafen unterschreiben, dass er sich nie wieder politisch betätigen würde. Er war wieder im elterlichen Geschäft tätig. Seine Freundin und spätere Frau wurde zwangsverpflichtet und arbeitete als Nachrichtenoberführerin in Paris. Sie heirateten am 24. Oktober 1942.

Am 4. Januar 1943 wurde Nord in die Strafddivision 999 der Wehrmacht eingezogen. Dieser Sonderverband war seit Oktober 1942 einer von mehreren Bewährungseinheiten, die den Militärstrafvollzug in den Dienst der Kriegsführung stellten. Er wurde nach ersten größeren Verlusten der Wehrmacht gegründet, auch als Einsatzreserve, wohl aber eher zur Isolation der ›Politischen‹, die als „wehrunwürdig“ eingestuft wurden. Für die Dauer des Dienstes erfolgte die Einstufung als „wehrwürdig.“ In dieser Strafeinheit wurde auf eine Durchmischung der Kriminellen und ›Politischen‹ geachtet, damit nicht ein Sammelbecken für weiteren Widerstand

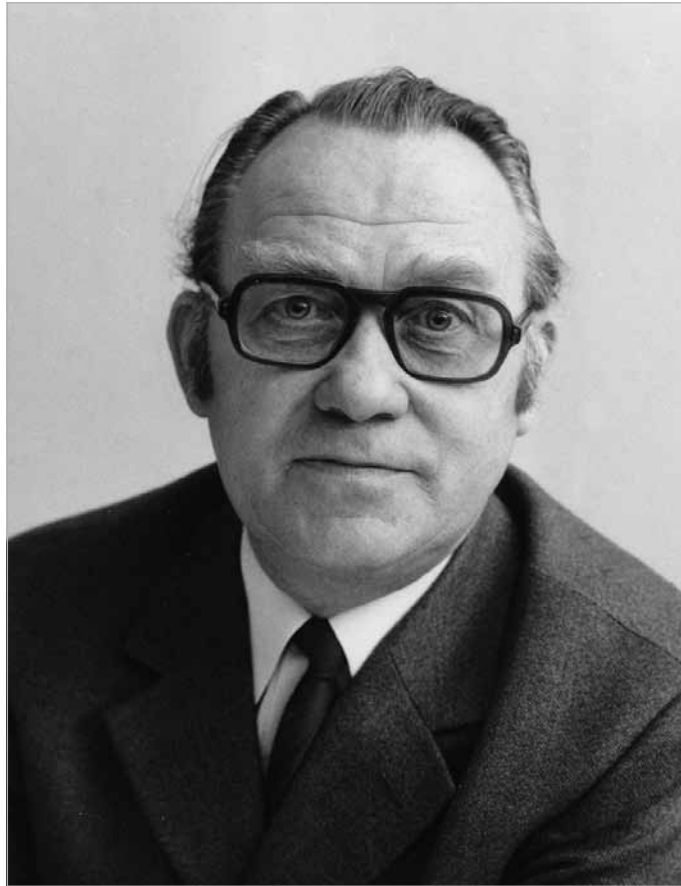


Abb.15: Oberamtsrat Karl Nord,
Leiter des Kulturamtes der Stadt Ludwigshafen

und so eine politische Gefahr für das Naziregime geschaffen wurde. Denn um zu verhindern, dass sie in Freiheit ihre politische Agitation fortführten, waren sie ja eingezogen worden. Die höheren Ränge bekleideten deshalb verlässliche, regimetreue Personen. Nach der Ausbildung auf dem Heuberg wurden die Männer auf Standorte um Antwerpen verteilt, wo sie weiter ausgebildet wurden. Einige vorgesetzte Offiziere gaben sich Mühe, ein gutes Verhältnis zu ihren ›bedingt Wehrwürdigen‹ zu haben. So auch der Vorgesetzte von Karl Nord. Er wurde ausgewählt, um zum Nachrichten ausgebildet zu werden und kam so zur ›1. Nachrichtenkompanie mot. 999‹, später zur ›2. Nachrichtenkompanie, Abteilung 999 (mot) innerhalb der 15. Panzerdivision‹. Außerdem wurde er Fahrer eines aus Worms stammenden Oberleutnants. Nach drei Monaten in Maria ter Heide kam Nord nach Nimes. Da der Einheit Übungen in Tropenuniformen abverlangt wurden, ahnten sie ihr späteres Einsatzziel Afrika. Aufgrund eines Besuchs seiner Frau fuhr Nord nicht mit seiner Einheit nach Marseille zur Abreise nach Afrika, sondern kam mit seiner neuen Einheit nach Italien. Nord berichtet, dass das Schiff, auf dem sich seine ehemalige Einheit befand, versenkt wurde und es keine Überlebenden gab.

Nachdem Nord eine Nierenkolik bekam, die wohl durch den Stress durch einen Fliegerangriff in Reggio ausgelöst wurde, wurde er ins Lazarett gebracht und nach München in ein Krankenhaus bei Rosenheim überführt. In einem folgenden Sonderurlaub erlebte er einen Bombenregen auf Ludwigshafen in der Nacht vom 5. auf den 6. September 1943. Einen Tag zuvor

wurde das elterliche Geschäft durch einen Bombentreffer zerstört und so auch eine politische Bibliothek zerstört, die er dort versteckt hatte. Nach dem Urlaub wurde Nords Genesung festgestellt und er stieß wieder zu seiner Einheit in Italien, wo er abermals Fahrer des Kompaniechefs wurde. Sein Gedicht ›Die Welle‹ wurde in der Garnisonszeitung ›Weißer Stern‹ veröffentlicht. Am 1. April 1944 wurden Nord die bürgerlichen Ehrenrechte wieder zuerkannt. Seine Einheit war später in Saarburg im Elsass stationiert und ergab sich im April 1945 im Raum Bremen und Krefeld den englischen Truppen. Karl Nord wurde im August 1945 aus der englischen Kriegsgefangenschaft entlassen.

Direkt danach, ab dem 1. November 1945 bis zu seiner Pensionierung 1977, war Karl Nord Leiter des Kulturamtes der Stadt Ludwigshafen. Außerdem führte er in der Nachkriegszeit das Presseamt Ludwigshafens. Er schloss sich der SPD an und half bei ihrem Wiederaufbau und politischen Neubeginn, engagierte sich auch beim Aufbau eines Theater- und Konzertwesens. Für seine Leistungen wurde ihm 1977 das Bundesverdienstkreuz verliehen.

Er starb am 11. April 2003.

LITERATUR

Becker, Klaus J.: Die KPD in Rheinland-Pfalz 1946-1956. Mainz 2001.

Karl Nord. Im Kampf gegen das Unrecht und für die Freiheit. Erlebnisse und Erfahrungen eines politischen Gefangenen unter der NS-Diktatur, mit Gedichten des Autors. Ludwigshafen 1986 (= Schriftenreihe des SPD-Stadtverbandes Ludwigshafen am Rhein 2/1986)

ARCHIV

StALu Y3 1891 KPD Frankenthal und Pfalz

MANNHEIM – MOSKAU – GULAG

Ein Mannheimer Arbeiterschicksal

Jens Hildebrandt

DER VERGESSENE ERWIN RIES –

eine biographische Skizze aus dem Zeitalter der Extreme.

Hundert Jahre nach dem Beginn des Ersten Weltkrieges, 75 Jahre nach dem Abschluss des Hitler-Stalin-Paktes und 25 Jahre nach dem Fall der Mauer steht die deutsche Zeitgeschichtsforschung trotz immenser Forschungsanstrengungen immer noch vor der Herausforderung,¹ ihre Interpretationsansätze, Deutungsmuster und Bewertungsmaßstäbe in einem gesamtdeutschen Erinnerungsdiskurs zu verankern.

Ein grundlegendes Verständnis für das ›kurze 20. Jahrhundert‹, das mit der ›Urkatastrophe‹ (George Kennan) des Ersten Weltkriegs seinen Ausgangspunkt nahm und mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten endete, entsteht nämlich erst durch die Vergegenwärtigung des globalen Antagonismus von Diktatur und Demokratie, der diese Zeitphase bestimmte.²

Mit Blick auf das historische Gegeneinander von Diktatur und Demokratie war der Einschnitt des Jahres 1989/90 für die deutsche Zeitgeschichtsschreibung besonders markant. Kein anderes Land der Welt hat im 20. Jahrhundert die doppelte Diktaturerfahrung unter nationalsozialistischem und kommunistischem Vorzeichen gemacht und keine andere Nationalgeschichte ist dermaßen durch Rassismus, Völkermord und die Preisgabe aller zivilisatorischen Normen belastet wie die deutsche. Die Demarkationslinie zwischen Demokratie und Diktatur prägte bereits die politischen Auseinandersetzungen in der Weimarer Republik. Nach dem Zweiten Weltkrieg verdichtete sie sich zur territorialen Grenzziehung zwischen Bundesrepublik und DDR.³ Für den Friedenspreisträger Jorge Semprún sind die Deutschen das „einzige Volk Europas, das sich mit den beiden totalitären Erfahrungen des 20. Jahrhunderts auseinandersetzen kann und muss: dem Nazismus und dem Stalinismus.“⁴

In besonderer Weise ist die Geschichte des deutschen Kommunismus mit diesem ›Zeitalter der Gewalt‹ verbunden.⁵ Keine andere politische Bewegung oder Partei wurde im gleichen Maße zum Opfer beider Diktaturen. Keine andere politische Gruppierung musste einen vergleichbaren Blutzoll unter den Nationalsozialisten leisten; nirgendwo litten Parteimitglieder unter einem vergleichbaren Verfolgungswahn der eigenen Genossinnen und Genossen. Von den 1 400 KPD-Führungskadern zählen 222 zu den Opfern der Hitler-Diktatur; 178 wurden zu Opfern der stalinistischen ›Säuberungen‹.⁶ Darüber hinaus ist für keine andere Bewegung der Übergang zwischen Tätern und Opfern derart fließend. Und keine andere deutsche Partei stand nach dem Zweiten Weltkrieg vor einer vergleichbaren Herausforderung: Nach einer Phase der strukturellen Daueropposition gegen die Weimarer Republik musste sie nun als staatstragende Macht ihre Vorstellung vom „Sozialismus in einem halben Lande“, abgesichert durch den militärischen Geleitzug der sowjetischen Besatzungstruppen, in der DDR umsetzen.



Abb.16: KJVD Mannheim: (v.l.) Klein, Repp, Parth, Haaf, Ries

Die lokale Verortung dieser doppelten Diktaturerfahrung stellt den Zeithistoriker vor zahlreiche Herausforderungen. Im historischen Gedächtnis einer Stadt gelingt es nur selten, die Verschränkung von lokalhistorischer Ereignisgeschichte und doppelter deutscher Zeitgeschichte sichtbar zu machen. Eine Annäherung an den Gegenstand ist über unterschiedliche Zugänge möglich. So kann die abstrakte Analyse von Prozessen und Strukturen politischer Systeme durch die konkrete Untersuchung von Akteurskonstellationen und individuellen Schicksalen ergänzt und komplettiert werden. Damit treten Einzelpersonen oder kollektive Biographien ins Blickfeld der Forschung und schaffen Raum für eine Perspektive, die die doppelte Diktaturerfahrung auch als lokalhistorisches Phänomen in den Blick nimmt.

Auch Mannheimerinnen und Mannheimer sind in den Strudel des braunen und roten Terrors geraten, doch nur wenige dieser Schicksale sind heute bekannt. Einer von ihnen hieß Erwin Ries. Doch wer war Erwin Ries? Kaum einer wird diesen Namen gehört haben und wissen, dass dieser junge Mannheimer Funktionär des Kommunistischen Jugendverbandes 1934 vor den Nationalsozialisten über Saarbrücken, Paris und Helsinki in die Sowjetunion flüchtete und 1942 im sowjetischen Gulag ums Leben kam. In die UdSSR emigrierte auch seine Frau Friedericke Ries, deren Schicksal aufs Engste mit dem Lebensweg ihres Mannes verbunden war. Sie wurde 1941 verhaftet und kam in ›Sippenhaft‹ in ein Strafarbeitslager in Sibirien.

Die Erinnerungen an Erwin Ries verblassen immer mehr. Nur noch wenige Zeitzeugen sind vorhanden, und es finden sich kaum noch persönliche Aufzeichnungen, Photographien oder Zeugnisse, die uns einen Eindruck von seinem Leben vermitteln könnten. Die Quellenlage ist prekär. Und doch lohnt es, eine geschichtswissenschaftliche Annäherung zu wagen. Wie durch ein Brennglas manifestiert sich in seinem Lebensweg das ›Zeitalter der Extreme‹.⁷ Seine Biographie wirft allgemeine Fragen zur kommunistischen Arbeiterbewegung und zum Widerstand in Mannheim, zur Exilerfahrung und zur stalinistischen Säuberung, zum einsamen Schweißen und zur geteilten Erinnerung in Ost und West auf.

Die Forschungslage zum deutschen Kommunismus im Allgemeinen und zur stalinistischen Verfolgung hat sich nach der Öffnung ehemaliger sowjetischer und DDR-Archive deutlich verbessert, wodurch zentrale Befunde der Forschung von vor 1989 ihre Bestätigung und Ergänzung erfahren haben.⁸ Die Sekundärliteratur zu den stalinistischen Säuberungen und zum sowjetischen Lagersystem ist nach der partiellen Öffnung der sowjetischen Archive fast unüberschaubar.⁹ Als wichtige zivilgesellschaftliche und wissenschaftliche Instanz hat die russische Gesellschaft MEMORIAL die Aufarbeitung des Stalinismus vorangetrieben.¹⁰ Der Nestor der Kommunismusforschung Hermann Weber hat bereits Ende der 1980er Jahre die ›Weißen Flecken‹ in der kommunistischen Geschichtsschreibung aufgezeigt und eine erste Darstellung über die ›KPD-Opfer‹ der stalinistischen Säuberung vorgelegt.¹¹ Darüber hinaus erwies sich das mittlerweile in erweiterter Neuauflage von Hermann Weber und Andreas Herbst erstellte Handbuch ›Deutsche Kommunisten‹ als zentrales Nachschlagewerk, um Erstinformationen über Erwin Ries und weitere kommunistische Funktionäre zu erhalten.¹² Erste Hinweise auf Erwin Ries, aber auch seine Frau Friedericke Ries, fanden sich im ›Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale‹, das eine aufschlussreiche CD-ROM mit biographischer Datenbank enthält.¹³ Als lebensgeschichtlicher Einstieg in das Thema stalinistische Säuberungen eignet sich immer noch Wolfgang Leonhards Erinnerungsbericht ›Die Revolution entläßt ihre Kinder‹.¹⁴



Abb.17: KJVD Mannheim: (v.l.) Schwarzkopf, Klein, Hannel Ebert, Friedel Maile, Knapp, Ries

Umfangreiche Darstellungen zu deutschen Emigranten im sowjetischen Exil liegen ebenso vor.¹⁵ Wichtige Forschungsergebnisse zu den Aufenthaltsorten von Erwin Ries in Moskau an der ›Kommunistischen Universität der nationalen Minderheiten des Westens‹ (KUNMZ) und zur ›Internationalen Lenin-Schule‹ hat Julia Köstenberger erarbeitet.¹⁶ Darüber hinaus gelang es, mithilfe der Gedenkstätte deutscher Widerstand erstmals einige personenbezogene Unterlagen zu Erwin Ries aus den Moskauer Archivbeständen der Kommunistischen Internationale ausfindig zu machen.¹⁷ Andere Archivanfragen blieben hingegen mehr oder weniger erfolglos.¹⁸

Der Forschungsstand zur Arbeiterbewegung in Mannheim insbesondere zum Widerstand kann als gut bezeichnet werden. Herausragend ist weiterhin das von Erich Matthias und Hermann Weber herausgegebene Standardwerk ›Zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim‹.¹⁹ Hier finden sich erste biographische Splitter zum Lebensweg von Erwin Ries. Aufschlussreiche Detailinformationen zur Person Ries liefert, trotz des parteikommunistischen Interpretationsschemas, die Darstellung von Fritz Salm ›Im Schatten des Henkers‹,²⁰ auch wenn kritisch anzumerken ist, dass er zur Ermordung von Erwin Ries lapidar schreibt, er „starb später in der Sowjetunion.“²¹

Um angesichts der schwindenden Erinnerungen überhaupt noch eine Rekonstruktion seines Schicksals und das seiner Angehörigen vornehmen zu können, sind wir auf die Fixierung und Sicherung der bruchstückhaften Erinnerungen und fragmentarischen Überlieferungen angewiesen, die Zeitzeugen und Zeitgenossen der Familie Ries übermitteln. Erste Annäherung an die Person und Persönlichkeit von Erwin Ries boten Gespräche mit seiner Nichte Karla Spagerer und Heinz Knapp, dem Vertrauten von dessen Frau Friedericke Ries.²²



Abb.18: KJVD Mannheim: Auf Wandertour im Odenwald

Angesichts dieses prekären Quellenbestands zur Person ist eine Kontextualisierung des Lebenswegs von Erwin Ries auf der Basis von Sekundärliteratur unerlässlich. Im Rahmen dieser biographischen Skizze wird der Zugang daher primär über die vorliegende Sekundärliteratur gesucht; die fragmentarischen Überlieferungen und Erinnerungssplitter der Zeitzeugen boten dienliche Hinweise zur Einordnung seines Schicksals in den historischen Gesamtkontext.²³

I. Das kommunistische Milieu

Erwin Ries wurde am 12. Oktober 1907 in Mannheim als Sohn einer Arbeiterfamilie geboren. Sein Vater ist 1919 gestorben und seine Mutter Babette Ries, Jahrgang 1879, war im Alter von 42 Jahren Witwe geworden. Sie hatte sich stets als politischen Menschen begriffen und war früh in die KPD eingetreten. Neben Erwin Ries waren auch zwei seiner Brüder in der KPD aktiv.²⁴ Die Familie lebte in Armut, da die Mutter mit ihrer kleinen Rente sechs Kinder ernähren musste. Sie kam ursprünglich aus der Pfalz nach Mannheim; ihr Mann stammte aus der Nähe von Sinsheim und arbeitete später bei Brown, Boveri & Cie. (BBC) in Mannheim. Ihr Schicksal ist für viele Arbeiterfamilien typisch gewesen. Kinderreiche Familien oder Familien, in denen der Vater als Hauptverdiener infolge von Arbeitslosigkeit, Invalidität oder Tod ausfiel, kämpften besonders hart um ihr Überleben.²⁵

Erwin Ries gehörte damit zu einer Generation von Arbeiterfunktionären, die ihre politische Sozialisation nicht mehr im Kaiserreich erfahren hatten, sondern in der zentralen Prägephase ihrer Lebens den dynamischen Wandel des Mannheimer Arbeitermilieus mitverfolgten. Als Ries im Kaiserreich geboren wurde, hatte die Klasse der industriellen städtischen

Arbeiterschaft eine dichte Binnenhomogenität gewonnen, die durch die scharfen Außengrenzen gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen gefestigt wurde. Das sozialmoralische Arbeitermilieu²⁶ zeichnete sich durch ein hochentwickeltes Organisationswesen und eine Kollektivmentalität aus. Sie waren durch ein entsprechendes politisches Identitätsverständnis und einen eigenen Klassenhabitus verbunden, die auf der Zukunftsvision eines popularisierten Marxismus aufruhten. Von außen wirkte die organisierte Arbeiterbewegung am Vorabend des Ersten Weltkriegs, trotz zahlreicher partei- und gewerkschaftspolitischer Binnendifferenzen, wie ein uneinnehmbares Bollwerk.²⁷

Diese Milieuf ormation dynamisierte sich seit dem Ersten Weltkrieg zusehends, und für Erwin Ries sollten diese Veränderungen in der Weimarer Republik prägend werden. Die kollektive Verarbeitung der Weltkriegserfahrung, die wirtschaftliche Entwicklung, der Wandel des Konsumverhaltens und der Freizeitbeschäftigung wirkten auf die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung genauso zurück wie auf das proletarische Milieu. Die politischen Grabenkämpfe innerhalb der Arbeiterbewegung und die Aufspaltung der proletarischen Sozialgemeinschaft gingen seit dem Kriegsausbruch mit einer Radikalisierung und Polarisierung der Arbeiterbewegungskultur einher.²⁸

Die Weltkriegserfahrung, die noch durch eine tiefgreifende wirtschaftliche Krise verstärkt wurde, mündete schlussendlich in der Spaltung der politischen Organisationen der Arbeiterbewegung. SPD und USPD standen sich 1917 in scharfer Fronthaltung gegenüber, ohne dass sich dieser Konflikt in ein plakatives Rechts-Links-Schema einordnen ließe. Erst durch die Gründung der KPD 1919 und ihren Aufstieg zur Massenpartei nach dem organisatorischen Anschluss der linken USPD 1920 vertiefte sich die organisatorische Spaltung der Arbeiterbewegung, die im Zuge der nachrevolutionären Wirren während der ersten Jahre der Weimarer Republik auf politischer Ebene nicht mehr zurücknehmbar zu sein schien.²⁹

Die Mannheimer Entwicklung verlief quasi spiegelbildlich zu den Ereignissen in der Weimarer Republik.³⁰ Auch in Mannheim hatte sich im Zuge der Spaltung der Arbeiterbewegung 1917 eine Unabhängige Sozialdemokratie gegründet, und die Bildung eines Mannheimer Arbeiter- und Soldatenrates hatte sich wie in vielen Industriestädten des Reiches vollzogen: weniger die vorgetäuschte Stärke und Revolutionsrhetorik nach Vorbild der Berliner Spartakisten war in Mannheim die handlungsleitende Programmatik, sondern vielmehr die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung gegen marodierende Truppenteile und eine sozialdemokratisch geprägte Orientierung an der Parlamentarischen Republik.³¹

Gleichwohl bildete sich bereits 1919 in Mannheim aus 300 Anhängern der Linksradikalen und Spartakisten eine Ortsgruppe der KPD. Sie trat zwar anfangs nicht zu Wahlen an, doch besaß sie angesichts der Schlüsselstellung Mannheims als Industriestadt und als größte Kommune Badens eine zentrale strategische Bedeutung in der Planung der neugegründeten KPD. Diese führte nicht nur ihren zweiten illegalen Parteitag in Mannheim und Heidelberg durch, sondern machte Mannheim auch zum Sitz ihrer Bezirksleitung. Die Weltwirtschaftskrise sollte zu einem entscheidenden Katalysator der politischen Radikalisierung der Weimarer Republik werden. In Mannheim gewann die KPD in dieser Phase beachtlichen Einfluss.

Die Familie Ries wird sich vergleichsweise früh dem revolutionären Flügel der Arbeiterbewegung angeschlossen haben. Die Mutter Babette war in der Weimarer Republik Stadtverordnete der KPD in Mannheim.³² Ihre kommunistische Überzeugung wird sich sowohl aus

ideologischen Grundsätzen als auch aus der prekären sozialen Lage und den daraus folgenden sozialpolitischen Forderungen an die Politik sowie aus den sie prägenden Milieustrukturen gespeist haben. Dies blieb nicht ohne Einfluss auf Erwin Ries.³³ Nachdem er acht Jahre die Volksschule besucht hatte, machte er eine Ausbildung zum Former bei der Heinrich Lanz AG in Mannheim. Bereits während seiner Ausbildung leitete er eine kommunistische Jugendzelle bei diesem Landmaschinenhersteller.³⁴ Nachdem er die Lehre beendet hatte, war er eine Zeit lang arbeitslos.³⁵ Im Alter von 16 Jahren trat er 1923 dem Deutschen Metallarbeiterverband bei und wurde gleichzeitig Mitglied im Kommunistischen Jugendverband.³⁶

Der Metallindustrie kam in Mannheim unter den Industriezweigen die wichtigste Bedeutung zu. In Industrie, Handel und Gewerbe waren insgesamt 119 000 Personen beschäftigt; davon waren in den 86 Betrieben der Metallindustrie mehr als 30 000 Arbeiter und Angestellte tätig. Aufgrund ihrer Exportabhängigkeit reagierte gerade auch die Metallindustrie stark auf weltwirtschaftliche Schwankungen.³⁷ Der Mannheimer Arbeitsmarkt war bereits seit Ende des Krieges großen Belastungen ausgesetzt. Die Wiedereingliederung zurückkehrender Soldaten sowie die Auswirkungen des Ruhrkampfes ließen die Arbeitslosigkeit um die Jahreswende 1923/1924 auf über 25 000 ansteigen. Nach einer kurzen Phase der wirtschaftlichen Stabilisierung kam es ab 1930 zum Einbruch der Konjunktur in Mannheim. In besonderer Weise waren von dieser Entwicklung die metallverarbeitenden Betriebe betroffen; das Mannheimer Benz-Werk verzeichnete seit Mitte der 1920er Jahre einen dramatischen Beschäftigteneinbruch von 4 500 Arbeitern (1924) auf 250 Arbeiter (1931); zur gleichen Entwicklung kam es im Unternehmen von Erwin Ries. Lanz entließ von seinen über 4 000 Beschäftigten (1926) über 3 000 Anfang der 1930er Jahre. Insbesondere die Metallindustrie wies mit 25—30 Prozent arbeitslosen Beschäftigten die höchste Quote aller Industriezweige aus. Diese Entwicklung spürte Erwin Ries unmittelbar. Zwischen 1925 und 1929 arbeitete er beim Maschinenbauer Vögele und bei der Zahnradpumpenfabrik Neidig in der Gießerei.³⁸ Von 1930 an war Erwin Ries, mit einigen Unterbrechungen, in denen er als ›Notstandsarbeiter‹ tätig war, erwerbslos.³⁹

Im Zuge der entstehenden Massenarbeitslosigkeit gerieten auch die Gewerkschaften in die Krise. Die Mitgliederzahl ging rapide zurück. Allein in den Krisenjahren Anfang der 1930er Jahre waren 40 Prozent der verbleibenden Gewerkschaftsmitglieder ohne Arbeit und die Tariflöhne befanden sich im freien Fall. Kurzarbeit wurde allerorten die Regel, sinkende Arbeitslöhne belasteten die Arbeiterhaushalte und drängten die Familien in Existenznot, das Sozialgefüge der Arbeiterschaft zerbrach und schuf auch in Mannheim die Grundlage politischer Radikalisierungsschübe von rechts und links.⁴⁰ Erwin Ries war bereits 1928 aus dem Deutschen Metallarbeiterverband (DMV) ausgeschieden⁴¹ und wurde Mitglied der kommunistischen Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO).⁴²

II. Kommunistische Parteistrukturen in Mannheim

Erwin Ries geriet mit knapp zwanzig Jahren in den Strudel der wirtschaftlichen Verwerfungen. Familie, Freunde und Bekannte befanden sich in elenden Verhältnissen. Dem zum Trotz zeigte das Mannheimer Arbeitermilieu in genossenschaftlicher Solidarität den Selbstbehauptungswillen, diese existentiellen Notlagen gemeinsam zu überwinden und zu meistern. In dieser Zeitphase verschmolzen Ideologie und persönliche Erfahrung bei Erwin Ries zu einem identitären Kitt. Man wird die Prägekraft des Kommunismus als Ideologie und Weltanschauung



Abb.19: Kommunistischer Jugendverband Deutschlands
v.l.: Haaf, Repp, Ries, Klein



Abb.20: Erwin Ries
vermutlich xxxx

aber genauso wenig überschätzen dürfen, wie man die lebensweltliche Bedeutung des Kommunistischen Jugendverbands für einen jungen Mann unterschätzen darf. Die Anbindung der Mannheimer Familie an die verschiedenen Organisationen der Arbeiterbewegung und das Engagement für die KPD waren ein selbstverständlicher Bestandteil des Familienlebens, an dem die Kinder und Jugendlichen frühzeitig teilnahmen, was auch für Erwin Ries galt. Es war eine Zeit, in der Freundschaften und Bindungen eingegangen wurden, die die Zeiten überdauerten. In diesen Jahren der Weimarer Republik lernte Erwin Ries auch seine spätere Frau, Friedericke Ocker, kennen.⁴³

Erwin Ries trat 1923 dem Kommunistischen Jugendverband Deutschlands (KJVD) und 1930 der KPD bei. 1931 wurde er Mitglied des illegalen militärischen Apparates der KPD. In den Jahren zwischen 1923 und 1931 erlebte Erwin Ries einen schrittweisen Aufstieg der KPD in der Weimarer Republik, der mit zahlreichen innerparteilichen Auseinandersetzungen an der Parteispitze verbunden war, aber von den einfachen Mitgliedern an der Basis, wenn überhaupt, nur verzerrt wahrgenommen wurde.

Die KPD hatte seit ihrer Entwicklung zur Massenpartei nach der Verschmelzung mit der linken USPD 1920 und dem Anschluss als ›Sektion‹ der Kommunistischen Internationale unterschiedliche Phasen der Parteientwicklung durchlaufen. In ihr dominierten zu Beginn überwiegend junge Mitglieder und Funktionäre, deren Aktivität und Engagement sprichwörtlich waren. Durchbrochen wurde diese Entwicklung durch Organisationsprobleme, eine hohe Fluktuation und einen rasch sinkenden Einfluss in den Betrieben. Die politische Linie der KPD wurde weitestgehend durch die Komintern in Moskau bestimmt. Entscheidender Katalysator für die politische Radikalisierung der KPD war die Weltwirtschaftskrise und deren ideologische Ausdeutung und parteiinterne Interpretation, die sich auch im politischen Handeln der KPD auf Reichsebene manifestierte. Die Berliner Maiunruhen 1929, die als ›Blutmai‹ in die Geschichtsbücher eingingen und als kommunistischer Mythos vom ›Roten Wedding‹ Teil der KPD-Propaganda wurden, offenbarten nicht nur einen tiefen Riss zwischen den beiden Arbeiterparteien,⁴⁴ sondern dienten auch der ideologischen Absicherung des bereits 1928 eingeschlagenen ›Linkskurses‹ der

Komintern, die in der These vom ›Sozialfaschismus‹ und der Deklaration des ›Hauptfeinds Sozialdemokratie‹ ihren aggressiven und letztlich selbstzerstörerischen propagandistischen Höhepunkt fand.⁴⁵ Im Zentrum dieser Doktrin stand die Behauptung, die Sowjetunion werde von einem kapitalistischen Frontalangriff bedroht, der in verschärfte Klassenkämpfe in Europa münde und zugleich eine revolutionäre Umbruchsituation herbeiführe.⁴⁶

Während der Weltwirtschaftskrise war die KPD auch in Mannheim zur Massenpartei erstarkt. Gerade in den Jahren 1929 und 1933 stieg ihre Mitgliederzahl erheblich. 1931 wurden die Bezirke Baden und Pfalz zusammengeschlossen. Der Mitgliederstamm wuchs hier innerhalb eines Jahres von 7 000 Mitgliedern (1931) auf 12 000 Mitglieder (1932). Allein in Mannheim, dem Sitz der Bezirksleitung, hatte die Partei in diesen Jahren 1 500 bis 3 000 Mitglieder. 9 Prozent der Mitglieder waren über 50 Jahre alt, 2 Prozent unter 22 Jahre, etwa ein Viertel zwischen 22 und 30 Jahre und zwei Drittel zwischen 30 und 50 Jahre. Nur 8 Prozent der Mitglieder waren Frauen. Von diesen füllten wiederum 20 Prozent eine Funktion aus. Aber die wenigsten waren ideologisch-theoretisch geschult. Gleichwohl war es diesen Mitgliedern möglich, eine beachtliche Außenwirkung durch Flugblattaktionen, Versammlungen, Demonstrationen und kleinere Streikaktionen zu entwickeln.⁴⁷ Hinsichtlich seines Aktivismus hatte der Jugendverband eine besondere Bedeutung.

Die Mannheimer KPD war 1930 eine männlich dominierte Partei und Erwin Ries gehörte zu den jungen, aktiven und antiparlamentarischen Nachwuchsfunktionären, auf die man auch in der KPD-Zentrale in Berlin alle Hoffnung setzte. In dieser Phase des ›ultralinken Kurses‹ der Partei übernahm Erwin Ries im Alter von 23 Jahren die Leitung des KJVD-Bezirks Baden-Pfalz. Bevor er diese Funktion antrat, war er Gauführer der Roten-Jugendfront und Organisationsleiter der Jugendbezirksleitung.⁴⁸ Der KJVD war vergleichsweise klein. Vor dem Zusammenschluss waren 1929 in Baden nur 23 Zellen mit 500 Mitgliedern registriert. Der Bezirk Pfalz war mit 197 Mitgliedern noch kleiner. Von den Mitgliedern dürften 20 bis 30 Prozent in Mannheim aktiv gewesen sein. Als Leiter fungierten in den 1920er Jahren neben Erwin Ries, Karl Gräsle, Willi Grimm und Paul Wandel.⁴⁹

Einigendes ideologisches Band der Jungkommunisten war die Heilserwartung der kommunistischen Ideologie im Sinne einer ›säkularisierten Religion‹ (Raymond Aron).⁵⁰ Der Marxismus als Weltanschauung⁵¹ bot aufgrund seines postulierten Anspruchs auf unbestreitbare wissenschaftliche Gültigkeit und der damit begründeten Geschichtsmächtigkeit den Jugendlichen ein ideologisches Rüstzeug, das angesichts seiner diesseitsgerichteten Zukunftsgewissheit klare Antworten auf die Frage der Überwindung – nicht der Linderung oder der Verbesserung – der eigenen sozialen Lage und der existentiellen Not bereithielt. Ein solches Verständnis des Marxismus vermittelte den Jugendlichen zudem ein anscheinend neues und progressives Programmkonzept, das es aus ihrer Sicht möglich machte, zwischen einer eindeutig wissenschaftlich begründbaren, rationalen und progressiven Politik und einer unwissenschaftlichen, irrationalen und fortschrittsfeindlichen Politik zu unterscheiden.⁵² Diese Zukunftsgewissheit wird beim 20jährigen Erwin Ries noch einmal gesteigert worden sein, weil er zu den wenigen Jungfunktionären gehörte, die 1927 mit der „1. Arbeiterdelegation“ in die Sowjetunion reisen durften. Die KPdSU setzte diese Delegationen gezielt ein, um das theoretische Wissen von ausländischen Funktionären durch einen Besuch im ›Vaterland der Werktätigen‹ zu untermauern.⁵³ Gleichzeitig versuchte sich Ries an ersten theoretischen Schriften von

Marx, Engels, Lenin und Stalin, wenngleich er deutlich machte, diese nur „unzureichend“ und im „theoretischen Selbststudium“ rezipiert zu haben.⁵⁴

Der KJVD war aber nicht nur auf seine Funktion einer ›Rekrutenschule des Proletariats‹ zu reduzieren. Vielmehr bot die Jugendverbandsarbeit den Jugendlichen die Möglichkeit, aus den beengten Verhältnissen der Arbeitersiedlungen im Mannheimer Norden zu entfliehen und Ausflüge in die unmittelbare Umgebung von Pfalz und Odenwald zu unternehmen. Davon zeugen einige Erinnerungsphotos von den ›bündischen‹ Zusammenkünften der jungen Kommunisten, die mit Mandoline, Geige und Wanderstock ausgerüstet in die nähere Umgebung Mannheims zogen.⁵⁵ Der KJVD war in dieser Hinsicht eben nicht nur eine Hochburg „revolutionärer Tätigkeit“, sondern gleichzeitig auch „ein Sammelbecken für Jugendliche, die gemeinsam ihre Freizeit verbrachten und nicht nur Streikversammlungen einberiefen oder Wahlplakate klebten.“⁵⁶ In diesem Sinne war der KJVD trotz seiner politischen Radikalität und Randständigkeit eingebettet in die Alltagskultur der Weimarer Republik und wies damit charakteristische Aspekte einer rebellierenden und gewaltbereiten Jugendbewegung auf. Erwin Ries war als Mitglied des KJVD, des Rotfrontkämpferbunds bzw. der Jugendorganisation des ›Roten Jungfront‹,⁵⁷ die beide 1929 verboten wurden, aktiver Teil dieser Jugendbewegung, von der es verklärend hieß, dass sie zuweilen von einem „aktivistischen Überschwang“ getrieben wurde, der in Straßenschlachten und Prügeleien auf offener Straße endete.⁵⁸ Seine zahlreichen parteipolitischen Aktivitäten brachten ihm eine Reihe von kleineren Polizeistrafen wegen politischer Vergehen ein.⁵⁹

Aber es wird genau diese Verbindung aus politisch-ideologischer Sinnsuche, politischem Radikalismus und Gemeinschaftssehnsucht gewesen sein, die Erwin und Friedericke Ries zusammengeführt haben. Die 1905 geborene Friedericke Ries war zwei Jahre älter als Erwin Ries. Sie kam ursprünglich aus Giengen (Schwäbische Alb) und ihre Familie lebte in bescheidenen Verhältnissen. Nach der Schule arbeitete sie mit vierzehn Jahren für ein halbes Jahr als Dienstmädchen und bei der Firma Steiff, bevor sie 1924 nach Mannheim übersiedelte. Ihre eigentliche politische Heimat fand sie bei den Naturfreunden, wenig später im Fabrikarbeiterverband (1922) und im KJVD (1922). In Mannheim arbeitete sie wieder kurze Zeit als Dienstmädchen, dann in einer Papierfabrik und später als Autosattlerin. Friedericke Ries entwickelte sich zunehmend zu einer politischen Aktivistin. Anfang 1926 wurde sie in Ludwigshafen wegen Demonstrationen gegen die Rheinbesetzung und den Senfgasangriff französischer Truppen unter General Pétain auf marokkanische Aufständische verhaftet und aufgrund von „antimilitaristischer Propaganda“ zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.⁶⁰ Ihr politisches Engagement konzentrierte sich nun stärker auf die Gewerkschaft und die KJVD. Sie selber beschreibt ihre politische Haltung in dieser Zeit vor allem als eine „gefühlsmäßige Einstellung“, die erst in der Illegalität eine theoretische Fundierung erhalten sollte.⁶¹

Erwin und Friedericke Ries kamen frühzeitig mit dem KJVD in Kontakt. Der Jugendverband versuchte die Jugendlichen bereits im Alter von 14 Jahren anzusprechen und unter einem organisatorischen Dach zu vereinen, ohne sich jedoch in Abgrenzung oder gar Autonomie von der Parteileitung der KPD definieren zu können. Auch der KVJD konzentrierte sich ab Mitte 1929 vor allem darauf, sozialdemokratische und sozialistische Jugendverbände als ›sozialfaschistisch‹ zu bekämpfen. Dabei beschränkte er sich auf die von der Parteispitze definierte Form des Klassenkampfes, was es rechtfertigt, den KJVD als „Miniaturausgabe der KPD“ zu bezeichnen.⁶²

Die bis dahin durchaus gepflegten Verbandsaktivitäten geselliger, kultureller und sportlicher Art traten zurück und verschwanden schließlich völlig aus dem Alltag des KJVD. Stattdessen strebte die Parteispitze an, Kinder und Jugendliche gezielt zu ›Kämpfern‹ zu erziehen, zu einer militanten Einstellung, mit der der KJVD Berührungspunkte zum rechtsradikalen Spektrum aufwies.⁶³

Mit seiner „Überführung in die Partei“ stieg Ries 1930 in einen Kreis illegal agierender Parteisekretäre auf und wurde für den Nachrichtendienst der KPD, den sogenannten ›M bzw. AM-Apparat‹ (Abteilung für Militärpolitik), rekrutiert. Die KPD baute bereits 1927 unter der Leitung des Reichstagsabgeordneten Hans Kippenberger⁶⁴ im Auftrag der Komintern einen Geheimapparat auf, der im Verborgenen handelte und hinsichtlich seiner Aufgaben und Zielsetzungen sukzessive anwuchs. Er war untergliedert in unterschiedliche Sparten bzw. Abteilungen zur geheimdienstlichen Tätigkeit innerhalb der Partei und gegenüber staatlichen und betrieblichen Einrichtungen und Personen in der Weimarer Republik,⁶⁵ von denen die Gliederung ›Republikanische Organisationen‹ die Aufgabe der nachrichtendienstlichen und zersetzungsmäßigen Bearbeitung der SPD, des Reichsbanners, der freien Gewerkschaften und der Kultur- und Sportorganisationen hatte.⁶⁶

Eine Neuausrichtung des AM-Apparates erfolgte nach dem VI. Weltkongress der Komintern 1928, auf dem eine ›ultralinke‹ Wende vollzogen und die SPD als ›Hauptfeind‹ und ›Hauptstütze des Faschismus‹ identifiziert wurde; dieser Kurs erhielt auf dem XII. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) 1932 weiteren Auftrieb. Gleichzeitig zeichnete sich im Frühjahr 1932 immer deutlicher eine Periode strengster Illegalität ab. Nun wurden die Abteilungen für Quartiere, Passfälschungen sowie Waffen und Munitionsbeschaffung angegliedert, die vorher beim Sekretariat des ZK der KPD lagen. Im Zuge der neuen Aufgabenzuordnung erhielt der Apparat endgültig seine Bezeichnung ›AM-Apparat‹, den Hans Kippenberger noch bis zu seiner Flucht 1933 in die Sowjetunion leiten sollte.⁶⁷ Mit der Ausweitung der Arbeit auf die Bezirke kam Ries 1931 in den AM-Apparat der Partei,⁶⁸ was mit einem rasanten parteipolitischen Aufstieg einherging. Im Zuge der Neuorganisation des AM-Apparates wurde er bereits ein Jahr später 1932 zur Ausbildung in die Zentrale nach Berlin und in die Sowjetunion beordert.⁶⁹ Ries war höchstwahrscheinlich an die Militärpolitische Schule in Babowka bei Moskau delegiert worden, die seit 1932 vom militärpolitischen Experten der KPD und Mitglied der KPdSU Wilhelm Zaisser geleitet wurde.⁷⁰

Nach seiner Rückkehr nach Mannheim war Ries in der „bezirklichen AM-Abteilung als Abwehr und später als AM2“ tätig.⁷¹ Die Abwehrarbeit umfasste die gezielte Nachrichtenarbeit und den „organisierten Rachedienst“, der sich gegen die „Bourgeoisie“ richten sollte. Weitere Aufgabengebiete dieser „offensiven Abwehr“ war die Erstellung von „Betriebs- und Stimmungsberichten“ und besonders die Kontaktherstellung zu den gegnerischen Spitzeldiensten.⁷² Ries gehörte damit zu den Funktionären der KPD, die die eigenen Genossen überwachten und ausspionierten, war aber gleichzeitig einer der wenigen, die zum Zeitpunkt des Machtantritts der Nationalsozialisten über die Fähigkeiten und Kenntnisse der Konspiration und illegalen Tätigkeit verfügten.

19 No. 24

уважаемый товарищ
гос. секретарь

Яковлев Рудольф Рихардович, geboren am
 12. X. 1907 in Murnau. Meine nationale Zu-
 gehörigkeit ist deutsch meine Staatszuge-
 hörigkeit russisch. Ich bin Jude. Ich bin
 in diesen Russen in dieser Lage nicht
 angekommen. Vater im Jahre 1899. Auf
 mich 6. Geschwister in der Familie
 sind. Die politische Einstellung meines
 Vaters ist folgende:
 Vater Sozialist mit der P. S. D.,
 Mutter Sozialist seit dem 1. Weltkrieg
 der Partei, Industriearbeiterfreier
 Geschwister sind alle in der Partei
 aktiv. Gegenwärtige Partei-
 Zugehörigkeit in Murnau.
 Ich bin von Beruf Lehrer.
 Mit 15 Jahren kam ich zur ersten
 Lehrzeit in Murnau in der
 Lehrzeit Ausbildung war im
 Jahre 1925 wurde ich nach
 der Lehrzeit entlassen. Das
 war im Jahre 1926 - 1927
 arbeitete ich als
 Lehrer bei Köpcke A. G. in
 Murnau. 1928 - 1929 bei
 der Partei. Seit 1929 mit
 einigen Unterbrechungen
 der Parteimitgliedschaft.

Abb.21: Erwin Ries, eigenhändiger Lebenslauf 1932, Seite 1; vermutlich für den Studienaufenthalt in der Sowjetunion verfasst.

III. Illegalität und Widerstand

Als Erwin Ries Anfang des Jahres 1933 nach Mannheim zurückkehrte, übernahm er sofort die illegale Tätigkeit in der KPD-Bezirksleitung und baute die Untergrundarbeit mit auf. Die legale Parteiorganisation war spätestens Ende Januar 1933 nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten zerschlagen worden; die letzte legale Funktionärskonferenz tagte am 6. Februar 1933.⁷³ Innerhalb der Parteistruktur übernahm die Bezirksleitung eine zentrale Funktion. Sie wurde bis 1933 direkt, gemäß dem zentralistischen Aufbau der Partei, aus Berlin angeleitet; nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten kamen die Anweisungen aus dem Exil im Ausland. Als Mittler zwischen Zentrale und Bezirk fungierten die sogenannten ›Berater‹ oder ›Kuriere‹. Von den 11 KPD-Unterbezirken in Baden/Pfalz war Mannheim der bedeutendste. Das zeigte sich bereits daran, dass die Bezirksleitung die Parteiorganisation in Mannheim direkt anleitete. Die Bezirksleitung und deren Sekretariat – bestehend aus Polleiter (Politischer Leiter), Orgleiter (Organisationsleiter), Agit-Prop-Sekretär (Sekretär für Agitation und Propaganda) und Kasse – waren die entscheidenden Führungsorgane des Bezirks und damit zugleich der Mannheimer Kommunisten.⁷⁴ Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten veränderte sich auch die Struktur der Bezirksleitungen.⁷⁵ Im Allgemeinen setzte sich diese in der Illegalität aus dem Bezirksleiter, aus dem Polleiter, dem Orgleiter, dem Kassierer und einem sogenannten Techniker zusammen. Der Techniker war verantwortlich für Druck und Transport der Zeitungen, Materialien, Beschaffung von Räumen usw. Die Funktion des Technikers übernahm Erwin Ries in der Zeit von März bis Dezember 1933.⁷⁶

Alleine in diesem Jahr gab es beachtliche Fluktuationen an der Führungsspitze, die durch Repression und Überwachungstätigkeit der Gestapo ausgelöst wurden, bevor sich die KPD-Bezirksleitung 1935 endgültig auflöste und die Widerstandsarbeit auf Stadtteilgruppen und Betriebsgruppen verlagerte.⁷⁷ Unter den Leitungskräften in Mannheim befand sich der Polleiter Kurt (›Kutschki‹) Müller, der ebenfalls zum Opfer beider Diktaturen werden sollte.⁷⁸ Die Tätigkeit von Erwin Ries bestand in der „Instruktion“ der Stadtteilorganisationen. Er hielt die Verbindung zwischen Bezirksleitung und den Stadtteilen aufrecht und sorgte für die Unterbringung von anreisenden Funktionären.⁷⁹ Eine besondere Aufgabe bestand in der Herausgabe der Funktionärszeitschrift ›Vortrupp‹,⁸⁰ die das theoretische Rüstzeug von der Umstellung der Betriebs- und Wohngebietsorganisation auf Zellen ermöglichen sollte.⁸¹ Aber die illegale Arbeit der KPD-Bezirksleitung war bereits seit Anfang des Jahres 1933 eingeschränkt. Schon die kleinsten illegalen Tätigkeiten flogen auf. So leitete Ries Ende März 1933 die Verteilung von 10 000 Flugblättern über einen „internationalen antifaschistischen Kongress“ in Paris an, die mit einer Polizeiaktion in der Neckarstadt und für zwei Parteimitglieder mit 8 und 15 Monaten Gefängnis endete.⁸²

Dennoch gelang es der Bezirksleitung in der zweiten Hälfte des Jahres 1933, ihre Aktivitäten noch einmal kurz zu steigern und durch zahlreiche Flugblattaktionen ihrer Jugendorganisation, Sportbewegung und Gewerkschaftsfunktionäre öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen. Im Oktober 1933 intensivierte die Polizei ihre Tätigkeiten gegen Sozialdemokraten und Kommunisten. Bis Jahresende wurden 14 sozialdemokratische und 48 kommunistische Aktive verhaftet. Unter ihnen waren auch Funktionäre der Bezirksleitung. Im Zuge dieser Polizeiaktion wurde der illegale Tagungs- und Arbeitsraum zur Herstellung illegaler Schriften des Schneidermeisters Cabelitz entdeckt, den Friedericke Ries im Auftrag der Bezirksleitung eingerichtet hatte. In dieser Verhaftungswelle wurden zwischen 1934 und 1935 insgesamt

32 Personen zu Zuchthaus- oder Gefängnisstrafen verurteilt. Nur den wenigsten Funktionären gelang die Flucht. Neben Erwin und Friedericke Ries waren es noch fünf weitere Funktionäre aus Mannheim.⁸³

Die zweite große Verhaftungswelle gegen kommunistische Parteimitglieder und Funktionäre setzte im Spätsommer 1935 ein. Unter den Angeklagten war auch Erwin Ries' Mutter Babette, die quasi in ›Sippenhaft‹ Anfang des Jahres 1936 von der Gestapo verhaftet und zu 18 Monaten Frauenzuchthaus in Bruchsal verurteilt worden war, weil sie Geld und Lebensmittel für Familien inhaftierter Kommunisten gesammelt hatte.⁸⁴ Der kommunistische Widerstand war spätestens mit der Verhaftung und Ermordung der führenden Mitglieder der Lechleitergruppe 1942 und 1943 im Deutschen Reich endgültig zerschlagen worden.⁸⁵ In Mannheim konnte er zu keinem Zeitpunkt systemoppositionelle Wirkung entfalten, was jedoch seine moralische Bedeutung nicht schmälert.

IV. Flucht und Exil

Erste Station des Ehepaars Ries auf der Flucht ins Moskauer Exil war Straßburg, danach Saarbrücken. Die KPD-Parteiführung hatte bereits im Juni 1933 einen Teil ihrer Parteiführung ins Ausland verlagert. Die führenden Funktionäre der ›Auslandsleitung‹ waren Wilhelm Pieck, Franz Dahlem und Wilhelm Florin in Paris. Walter Ulbricht und drei andere Mitglieder blieben als ›Inlandsleitung‹ in Berlin.⁸⁶ Gleichzeitig hatte die KPD in grenznahen Orten des Auslands – Tschechoslowakei, Niederlande, Dänemark – und im Saargebiet, das noch bis 1935 unter Völkerbundverwaltung stand, ›Grenzstützpunkte‹ errichtet. Diese Stützpunkte dienten auch als Anlaufstationen für flüchtende Funktionäre und als Verbindungspunkte zwischen den Aktivisten im Untergrund und der Parteizentrale in der Emigration. Von diesen Punkten wurden Propagandaschriften nach Deutschland geschleust.⁸⁷

Die Flucht des Ehepaars Ries erfolgte am 9. März 1934 auf „Beschluss des Sekretariats“ der Partei und unter „ausdrücklicher Zusicherung“, dass Ries „nach Rücksprache mit dem ZK“ in einem anderen Bezirk verwendet werden sollte.⁸⁸ In Saarbrücken wohnten sie zuerst in der Heusweilerstraße 50, doch bereits am 9. Juli 1934 zogen sie in die Scheidter Straße 10 und am 1. September 1934 in die Friedrich-Ebert-Straße 10. Die Zeit in Saarbrücken war von Rastlosigkeit, Unsicherheit und Geheimhaltung geprägt, bevor beide am 18. Januar 1935 weiter nach Paris zogen.⁸⁹ Erwin Ries hatte sich unmittelbar nach seiner Ankunft in Saarbrücken bei der illegalen Bezirksleitung zu melden und übernahm dort bis zur Volksabstimmung am 13. Januar 1935 die Funktion des AM2 für das Saargebiet.⁹⁰ Seine Delegation nach Saarbrücken war keine aus der Not geborene Entscheidung, sondern diente dem Zweck, im Zuge der Vorbereitung der Volksabstimmung, die im Saargebiet eingesetzten Parteifunktionäre sowie Büros und Veranstaltungen der KPD abzusichern und Anschläge gegen die Partei gegebenenfalls auch gewaltsam abzuwenden. Gleichzeitig galt es die NS-Organisationen und Dienste zu bearbeiten, d.h. diese auszuspähen und zu unterwandern.⁹¹

Nach Mannheim konnte das Ehepaar Ries nicht mehr zurück, da es in den auf die Verhaftungswelle 1933 folgenden Prozessen schwer belastet wurde.

Friedericke Ries leitete in dieser Zeit in Saarbrücken die Parteibuchhandlung und den Literaturvertrieb.⁹² Die KPD-Saar hatte ihren Anlaufpunkt mitten im Arbeiterviertel Malstatt in der Herbertstraße 8 und verlegte dort auch die kommunistische ›Arbeiter-Zeitung‹.⁹³ Gleichzeitig

wurde Frau Ries als ›Kurierin‹ für das Gebiet Baden und Hessen eingesetzt. Doch angesichts der Verfolgungssituation in Deutschland beorderte die Parteileitung Saar die Eheleute Ries nach Paris. Bevor beide weiter über Paris nach Moskau flüchteten, verabschiedete sich Erwin Ries noch einmal von seiner Mutter Babette und seiner Nichte Karla. Die Familie war bis zu diesem Zeitpunkt über ihr Schicksal immer informiert gewesen, doch nun hieß es, Erwin gehe „zur Erholung“ in die Sowjetunion.⁹⁴ Von nun an sollten bis 1946 keinerlei Informationen über das weitere Schicksal der beiden nach Mannheim dringen.⁹⁵ Erwin Ries wurde über Paris sofort weiter nach Moskau geschickt. Friederike Ries arbeitete bis Januar 1936 in einem Pariser Haushalt bevor sie unter dem Pseudonym „Anna Klein“ (ihr Parteideckname war Grete Braun) mit einem Saar-Paß für die Einreise in die Sowjetunion ausgestattet wurde.⁹⁶

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland 1933 war die Reise in die Sowjetunion natürlich noch komplizierter geworden. Man vermied den gefährlichen Weg über Berlin und wählte stattdessen die lange Fahrt über Helsinki nach Moskau. Für Erwin Ries war es die dritte Reise in die UdSSR. Die Ankunft in der Hauptstadt des ›Vaterlands aller Werktätigen‹ Ende September 1935 wird für den jungen Parteifunktionär Erwin Ries mit Sicherheit ein herausragender Tag in seinem Leben gewesen sein. Auch ohne nähere Informationen darüber zu besitzen, geben zahlreiche Zeugnisse von prominenten Emigranten und Kaderschülern noch heute einen beredten Eindruck. Zu ihnen zählten der spätere SPD-Spitzenpolitiker Herbert Wehner, der SED-Generalsekretär Erich Honecker, der Verteidigungsminister der DDR und Mannheimer Heinz Hoffmann, der Stasi-Chef Erich Mielke und Anton Ackermann, einer der führenden Funktionäre der SED der ersten Stunde.⁹⁷ Die freudigen Erwartungen von Erwin Ries werden angesichts der propagandistischen Berichte über die Sowjetunion und aufgrund seiner bisherigen Erfahrungen sowie seiner eigenen Vorstellungen von den kommunistischen Errungenschaften sehr groß gewesen sein. Nun zeichnete sich ein Leben in Sicherheit ab, befreit von den schwerwiegenden existenziellen Sorgen der Zwischenkriegszeit und der Illegalität, da die Komintern, wenn auch bescheiden, für die Kosten des Aufenthaltes aufkam.⁹⁸

Was Erwin Ries jedoch höchstwahrscheinlich nicht richtig einschätzen konnte, war die hysterische und paranoide Stimmung unter den Moskauer Kaderschülern im Jahre 1935. Der Terror hatte seit Mitte der 1920er Jahre Methode. Bereits vor den großen Schauprozessen ab der Mitte der 1930er Jahre prägte der Machtkampf innerhalb der KPdSU die sowjetische Politik.⁹⁹ Nachdem Josef Stalin 1927 die ›Vereinigte Linke Opposition‹ unter Trotzki, Sinowjew und Kamenew ausgeschaltet hatte, führte er das Land in eine Phase der forcierten Industrialisierung und Zwangskollektivierung.¹⁰⁰ Die menschlichen Schicksale und das millionenfache Elend, die hinter diesen beiden Worten stehen, sind kaum darstellbar, geschweige denn auf eine personalisierte Formel wie ›Stalinismus‹ zu bringen. Auf brutalste Weise wurden Menschen ihrer Traditionen und Lebensgrundlagen beraubt und durch drakonische Gesetzgebungen in die Fabriken gepresst. Die durch Industrialisierung und Kollektivierung ausgelöste Hungersnot der Jahre 1932—1933 nahm in der Ukrainischen SSR systematisch geplante und organisierte Formen eines ›Holodomor‹ an,¹⁰¹ bei dem nach neuesten Schätzungen alleine in der Ukraine ca. 3,5 Millionen Menschen umkamen.¹⁰²

Im krassen Widerspruch zur gesellschaftlichen Wirklichkeit standen die ideologischen Selbstinszenierungen des Regimes. Mit der Monopolisierung und Ideologisierung der Bildung und Bildungsinstitutionen ging eine Gleichschaltung der Medien- und Presselandschaft einher.

Lebenslauf:

H 21

Bin am 12. X. 1907. in Mannheim geboren. Meine Herkunft ist proletarisch. Vater war Fabrikarbeiter in einem Mannheimer - Großbetrieb, Mutter teilweise ebenfalls.

Nachdem ich 8. Jahre die Volksschule besucht hatte kam ich bei der Firma Lang in Mannheim in die Lehre. Dort erlernte ich das Formschneidwerk. Nachdem ich die Lehre beendet hatte war ich zunächst eine Zeitlang arbeitslos. In den Jahren von 1925.-1928. arbeitete ich beruflich bei den Firmen's, Vögels HZ- und Feidich. Beides sind größere Mannheimer - Betriebe. Von 1930 ab war ich mit einigen Unterbrechungen wo ich als Hilfsarbeiter arbeitete, erwerbslos.

Im August 1923 bin ich dem K. J. V. D. in Mannheim beigetreten. Dies war meine erste politische Organisation. Funktionär derselben wurde ich kurze Zeit nach meinem Eintritt. Zunächst war es die des Leiters der Jugendzelle bei Lang. Bis zu meiner Überführung in die Partei war ich u. a. noch für folgende Funktionen verantwortlich: Geschäftsführer der Roten - Jungfront und Organisator der Jugend-Bl.

1930 erfolgte die Überführung in die Partei. Hier war ich vorerst Pol. eines Stadteils, später Instrukteur in einer Reihe Groß - Betriebe. (Benz, Kauter, Zellstoff.) Von 1932 ab war ich in der Bezirkslichen H.M. Abteilung als H.W. und später als H.M.S. tätig.

Bei Hitlers - Machtantritt mußte ich auf Anweisung des Sekretariats die Funktionen des Bezirkssekretärs übernehmen. Diese Funktionen führte ich aus bis

Abb.22: Erwin Ries, eigenhändiger Lebenslauf 1935, Seite 1; vermutlich verfasst für die Aufnahme an die KUNMZ

In der Öffentlichkeit präsentierten sich die Partei und Stalin dem Volk als Erlöser und Retter, was im Stalin-Kult seinen höchsten Ausdruck fand.¹⁰³

Am 1.10.1935 wurde Ries Schüler an der ›Kommunistischen Universität der nationalen Minderheiten des Westens‹ (KUNMZ),¹⁰⁴ einer der renommiertesten Kaderschulen der Sowjetunion, die im Auftrag der Kommunistischen Internationale 1921 gegründet worden war.¹⁰⁵ Ursprünglich war sie tatsächlich als Ausbildungsstätte für Nachwuchsfunktionäre der nationalen Minderheiten der Sowjetunion konzipiert worden, entwickelte sich jedoch in den fünfzehn Jahren ihres Bestehens durch das Anwachsen von nationalen Sektoren, an denen auch ausländische Kommunisten unterrichtet wurden, zu einer zunehmend international geprägten Kaderschule.¹⁰⁶ 1929 befanden sich insgesamt 919 Studierende – vorrangig Männer – an der KUNMZ in Moskau und 225 in der Abteilung in Leningrad, aufgeteilt auf 16 nationale Sektoren. Insgesamt überwog 1933 der Anteil der ausländischen Studierenden. Die Ausbildung der Kader richtete sich zum einen auf den Einsatz in der Sowjetunion; zum anderen auf die Rückführung in die Heimatländer der Schüler.¹⁰⁷

Mit 29 Jahren gehörte Ries schon zu den älteren Studierenden, die zwischen 18 und 35 Jahre alt waren. Voraussetzung für die Aufnahme waren mehrjährige Aktivität in Partei, Staat oder Gewerkschaft. Ein gewisses Bildungsniveau war genauso Zugangsvoraussetzung wie politische Verlässlichkeit. Aufgrund der Illegalität der KPD in Nazi-Deutschland spielte die Konspiration im Sinne der Geheimhaltung des Schulbesuchs gegenüber Angehörigen und der Verschleierung der wahren Identität eine wichtige Rolle. Ries war in der Schule unter dem Namen Paul Radtke eingeschrieben.¹⁰⁸


Ab 1932/1933 verschärfen sich die Zugangsbedingungen jedoch noch einmal.¹⁰⁹ Die innere Entwicklung an der Schule ging nun mit einer zunehmend repressiven sowjetischen Politik gegenüber den nationalen Minderheiten und einem wachsenden Misstrauen gegenüber ausländischen Kommunisten einher, die zunehmend zu einer Atmosphäre der ›Wachsamkeitshysterie‹ führten und Vorboten der bevorstehenden Schauprozesse gegen Sinowjew und Kamenew und der beginnenden Säuberungswellen waren.¹¹⁰

Diese Entwicklung wurde auch im deutschen Sektor an der KUNMZ spürbar.¹¹¹ Der deutsche Sektor war von 1921 bis 1936 ein fester Bestandteil der Universität, und für die akademische und politische Erziehung der Studenten war der Sektorleiter und Rektor der Universität selbst verantwortlich. Die Sektorleitung wechselte in diesen Jahren insgesamt sechs Mal. In der Zeit von Erwin Ries war gerade im März 1934 der Ungar Andrej Patak als Sektorleiter seines Amtes enthoben worden und der ehemalige KPD-Reichstagsabgeordnete und Absolvent der Leninschule Theodor Beutling (März 1934—Mai 1936) Sektorleiter geworden. Wie viele seiner Studierenden und Kollegen wurde Beutling nach der Schließung der KUNMZ im Rahmen der Säuberungswellen als ›Feind der Sowjetunion‹ verhaftet und kam im Gulag ums Leben.¹¹²

Im Zuge der praktischen Ausbildung an der KUNMZ wurden zahlreiche Studierende Teil des stalinistischen Repressionsapparates. Die Studierenden hatten insbesondere ihre nationalen Gebiete in der Sowjetunion zu betreuen, was sich für den deutschen Sektor auf das Gebiet der Rußlanddeutschen (Wolgarepublik, Rayons in der Ukraine, Gebiete in Nordkaukasus und in Sibirien etc.) bezog. Die praktische Arbeit vor Ort sollte die Studierenden jenseits der Moskauer Inszenierung mit den wahren sowjetischen Herausforderungen konfrontieren. Das Verhalten in der Alltagsarbeit war der Gradmesser für politische Verlässlichkeit und stalinistische Standhaftigkeit, denn sie wurden Zeugen und Mitwirkende bei der Durchführung drastischer Maßnahmen zur Forcierung der Kollektivierung gegen die Bauern, was die deutsche

Пролетарии всех стран, соединитесь!

СОЮЗ СОВЕТСКИХ СОЦИАЛИСТИЧЕСКИХ РЕСПУБЛИК.

 № 296899

**РОССИЙСКАЯ СОЦИАЛИСТИЧЕСКАЯ ФЕДЕРАТИВНАЯ
СОВЕТСКАЯ РЕСПУБЛИКА.**

ВИД НА ЖИТЕЛЬСТВО ДЛЯ ИНОСТРАНЦА.

Настоящий вид выдан Германскому 193... г.

гражданин -ну РАДИК Пауль Гор.

на **ВРЕМЕННОЕ** пребывание в СССР
и действителен на Шесть месяцев
по 13 августа 193... г., что подписью и приложением
печати удостоверяется.

Выдан 13 августа в г. Москва Рег. ТУРИСТ ВЪЕЗД Исполн. Комитета
Гор. Москва 193... г.

СВЕДЕНИЯ О ПРЕДЪЯВИТЕЛЕ.

1. Время и место рождения 1907 г.
2. Семейное положение в браке состоит
3. Основная профессия или должность Металлист
4. Цель приезда
5. Когда прибыл и какими властями СССР выдана последняя виза на въезд
в 1935 г. 193... г. №
6. Какие документы послужили основанием к выдаче вида
Действителен без предъявления на паспорт
7. При нем находится дети № 16 лет
..... 193... г.




Abb.22: Erwin Ries, sowjetisches Ausweisdokument ›Paul Radke‹, 1936

Minderheit aufgrund ihrer Sozialstruktur besonders traf. Die Studierenden wurden zu einer wichtigen Parteiresource bei der Stalinisierung der Gesellschaft in der Provinz.¹¹³ Es sind keine Unterlagen darüber vorhanden, ob Erwin Ries oder Friedericke Ries, die im Mai 1935 unter dem Decknamen „Grete Radtke“ auch an die KUNMZ kommandiert worden war,¹¹⁴ sich vor Ort an

der Unterwerfung der Bauern beteiligt haben. Erwin Ries war nur knapp ein Jahr an der Universität. Aber mit Sicherheit waren beide über die Geschehnisse und Verbrechen in den Regionen informiert.

1936 geriet die KUNMZ in den tödlichen Strudel der Fraktionskämpfe der Partei. ›Kritik und Selbstkritik‹ als Instrument und Ritual bolschewistischer Erziehung gingen Hand in Hand mit hysterischen Wachsamkeitsparolen gegenüber Parteifeinden.¹¹⁵ So war beispielsweise die Schulleiterin Maria Frumkina von der Anwesenheit von „Hitleragenten“ überzeugt und forderte im Februar 1936 sogar eine genaue Überprüfung der Studierenden.¹¹⁶ Die Schüler selber waren die gesamte Zeit der Kontrolle durch das Kollektiv unterworfen. Studierende wie Erwin und Friederike Ries, die noch nicht in den Fokus des NKWD geraten waren, werden den ersten Anschuldigungen wohl Glauben geschenkt haben und von der Idee einer „internationalen Konterrevolution“ überzeugt gewesen sein.¹¹⁷ Letztlich wurden von den 130 deutschen Absolventen 27 Prozent im Zuge der Säuberungen vom NKWD verhaftet. Vor dem Hintergrund eines wachsenden Misstrauens gegenüber Ausländern als potentielle Spione und Diversanten wurde die KUNMZ Ende April 1936 geschlossen.

Erwin Ries wurde am 13.5.1936 unter dem Decknamen „Hans Baumann“ als einer von drei KPD-Schülern des KUNMZ an die Internationale Leninschule (ILS) in Moskau delegiert. Mit der Auflösung der KUNMZ unter dem Schlagwort der Dezentralisierung der Parteiausbildung setzten nur 20 KUNMZ-Studenten (9 KPÖ, 6 KPJ, 3 KPD, 2 KPI) das Studium an der ILS fort.¹¹⁸

Die ILS war die prestigeträchtigste Ausbildungsstätte der Kommunistischen Internationale. Ries hätte eigentlich von einer Karriere als ranghoher Parteifunktionär träumen dürfen, wäre er nicht in Zeiten des schlimmsten Verfolgungswahns an die ILS gewechselt. Die Ausbildung an der ILS diente der Elitenbildung und sollte zur ›Bolschewisierung‹ der Kommunistischen Parteien beitragen. Innerhalb von zwölf Jahren (1926—1938) erfuhren 3 200 bis 3 500 Mitglieder der ›Bruderparteien‹ im Schatten des Machtaufstiegs Stalins ihre politische Sozialisierung und trugen diesen Geist in alle Welt.¹¹⁹ Mit dem Politbüromitglied Nikolaj Bucharin (1926—1930) und der erfahrenen Parteschulfunktionärin Klavdija Kirsanova (1930 bis 1931; 1933—1937) standen die meiste Zeit zwei altgediente Bolschewiki an der Spitze der internationalen Kadenschmiede. Bucharin gehörte als Chefredakteur der Parteizeitung ›Pravda‹ (1918—1929), als Mitglied des EKKI (1919—1929) und des Politbüros der KPdSU (1924 bis 1929) zur Parteispitze der KPdSU und Führungsriege der Komintern. Er hatte Stalin im Kampf gegen die ›Linke Opposition‹ um Trotzki, Sinowjew und Kamenew unterstützt, bevor er selber Opfer Stalins wurde und der NKWD ihn am 27. Februar 1937 verhaftete.¹²⁰

In der Regel stiegen Schüler der ILS schnell in der Parteihierarchie auf und erhielten Aufgaben an strategisch wichtigen Stellen (z. B. als Instrukteur oder Gebietsleiter) als Multiplikatoren für die stalinistische Sichtweise. Manche schafften es sogar bis an die höchste Parteispitze und sorgten dort für die Stalinisierung der KP. Aus der Gruppe der ILS-Absolventen bildete sich ein Kreis von bewährten Funktionärinnen und Funktionären heraus, die sich durch Kampfbereitschaft, Widerstand gegen den Nationalsozialismus oder eine langjährige starke Loyalität gegenüber der Kommunistischen Partei und der Sowjetunion ausgezeichnet hatten.¹²¹

Die Ausbildung an der Leninschule war von der Struktur, jedoch nicht vom Anspruch her, mit dem Programm der KUNMZ vergleichbar. Der Aufenthalt an der Leninschule stellte für die ausländischen Kommunisten eine Zeit der Bewährung dar. Am Ende der mehrmonatigen oder



Abb.24: Studienbescheinigung ›Hans Baumann‹

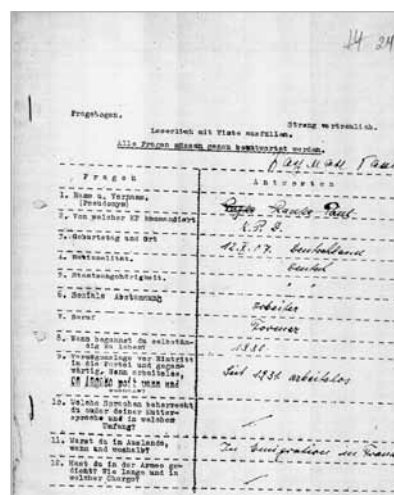


Abb.25: Fragebogen Leninschule

zwei- bis dreijährigen Ausbildung sollten sie die stalinistische Denkweise verinnerlicht haben. Der ›akademische‹ Unterricht diente der Vermittlung von Parteitheorie; durch Praxiselemente wie Exkursionen, die Mitarbeit im Kominternapparat oder die militärische Ausbildung sollten die Leninschüler auf ihre Funktionen im Parteiapparat gezielt vorbereitet werden. Die Parteierziehung und -disziplinierung erfolgte auch durch eine omnipräsente Propaganda im Schulalltag und die Internalisierung des kommunistischen Verhaltenskodex. Konspiration und Geheimhaltung galten auch hier. Ries geriet 1936 sofort wieder in den beklemmenden Kreislauf von unbedingter Parteidisziplin, Wachsamkeit gegenüber Abweichungen und Feinden, von demonstrativem ›Klassenbewusstsein‹ und Praktizierung des stalinistischen Rituals der ›Kritik und Selbstkritik‹.¹²²

Wie stark der Druck war, der auf Erwin Ries nach einem kurzen Jahr auf der KUNMZ lastete, bevor er auf die Leninschule wechselte, lässt sich kaum nachvollziehen. Aber er war nicht der einzige Mannheimer in dieser schweren Zeit an der ILS. Paul Wandel (Deckname „Paul Klassner“) befand sich bereits seit 1931 an der ILS in Ausbildung und wurde 1935 im deutschen Sektor als Lektor im Fach Politische Ökonomie weiter beschäftigt. Wandel war Vorsitzender der KPD-Fraktion in der Mannheimer Stadtverordnetenversammlung gewesen. In der Zeit in Moskau arbeitete er zum einem am Marx-Engels-Institut und zum anderen als persönlicher Sekretär von Wilhelm Pieck im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (EKKI).¹²³ Später, in der DDR, übernahm er zentrale Funktionen im Staatsapparat.¹²⁴ Neben Paul Wandel unterrichtete auch die gebürtige Mannheimerin Helene Berg an der ILS, nachdem sie dort bereits 1931 ihre Ausbildung absolviert hatte. Berg war 1935 nach Moskau geflüchtet und bis 1937 (Deckname „Lene Neckar“) stellvertretende Leiterin des deutschen Sektors in der Internationalen Leninschule. Dort unterrichtete sie die Geschichte der KPdSU und die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.¹²⁵

Es ist nicht überliefert, welchen Kontakt Ries, Wandel und Berg an der ILS miteinander pflegten.¹²⁶ Vorstellbar ist es, dass die hierarchische Kluft im streng gegliederten Schulalltag keinen Raum für persönliche Annäherungen ließ; aber ist vorstellbar, dass Paul Wandel und Helene Berg keinerlei Kenntnis über die Verhaftung und das Schicksal von Erwin Ries hatten?

Ries musste schon bald in den Abgrund des Terrors im Prozess der Auflösung der ILS blicken. Der erste Schauprozess gegen das „antisowjetische vereinigte trotzkistisch-sinowjewistische terroristische Zentrum“ im August 1936 (19.8.—24.8.1936) wirkte wie ein Schock in der ILS und steigerte noch einmal die Unerbittlichkeit der Verfolgung vermeintlicher Feinde, standen doch nun die Helden der Oktoberrevolution auf dem Schafott und wurden der „Weisheit und Genialität Stalins“ geopfert. An der Leninschule mussten die Funktionäre der ›Bruderparteien‹ das Urteil des Schauprozesses genau „durcharbeiten“ und die Verurteilung des Trotzismus als „feindliche“, „konterrevolutionäre“ Bewegung verinnerlichen. Der zweite Schauprozess gegen das ›Parallele antisowjetische trotzkistische Zentrum‹ in dessen Fokus Karl Radek u. a. (23.1. bis 30.1.1937) standen, richtete über 17 Personen wegen angeblicher Sabotage-, Diversions- und terroristischer Tätigkeiten mit dem Ziel des Sturzes der Sowjetmacht. Der staatliche Terror traf nun – im Gegensatz zu früheren Repressionsmaßnahmen – alle Schichten der Bevölkerung, auch Führungskräfte der Partei, der Wirtschaft, des Staates und nicht zuletzt die ›alte Garde‹ von Bolschewiki, die Stalins Machtanspruch infrage hätten stellen können.¹²⁷ „Die Massenverhaftungen von Politemigranten hatten in der totalen Logik die Vernichtung einer potenziellen ‚fünften Kolonne‘ zum Ziel, da diese pauschal als Mitglieder faschistischer Organisationen, Spione und Saboteure verdächtigt wurden.“¹²⁸

Im Zuge dieser Säuberungswelle geriet auch Erwin Ries ins Visier eines hysterischen Verfolgungswahns gegenüber abweichenden Auffassungen und nonkonformem Verhalten. Über den Anlass seiner Verhaftung im Oktober 1937 gibt es keine Informationen. Doch zum gleichen Zeitpunkt wurden die Rektorin und weitere Leninschüler verhaftet.¹²⁹

Ein möglicher Grund für Ries' Verhaftung könnte auch seine frühere Tätigkeit für den AM-Apparat der KPD gewesen sein. Die Zerschlagung des AM-Apparates 1935, diese von der Komintern als beispielhaft herausgestellte illegale, zentrale Organisation, die unter NS-Bedingungen von existentieller Bedeutung für die Gesamtpartei war, strahlte aus Deutschland in das sowjetische Exil aus. Die durch Walter Ulbricht und die Moskauer Führung vorangetriebene Auflösung des Apparates endete mit der Überführung ›verdienter‹ Funktionäre in die stalinistische Vernichtungsmaschinerie in der Sowjetunion.¹³⁰ Die Anfang 1936 einsetzenden, gezielten Säuberungsaktionen gegen deutsche Kommunisten in der Sowjetunion richteten sich demnach auch auf die Leitungskader des militärpolitischen Apparates wie Kippenberger, erfassten sogar das Umfeld und schließlich die gesamte deutsche politische Emigration in der Sowjetunion. Der Terror traf selbst die treuesten Kader, was hinsichtlich der ›prophylaktischen Funktion‹ der Säuberungen eine gewisse innere Logik erkennen lässt.¹³¹

Das Anklageverfahren gegen Ries wird dem der anderen Verhafteten geglichen haben. Aufgrund von Denunziationen oder verdeckten Hinweisen wurden Informationen gesammelt. Dem üblichen Prozedere folgend, wird der ›Fall‹ im Sektor der ILS „durchgearbeitet“ worden sein, um daraus „Lehren“ gemäß der stalinistischen Deutungslinie zu ziehen. Am 20. Oktober 1937 wurde Ries verhaftet, am 3. November 1937 mit 33 weiteren Funktionären aus der KPD ausgeschlossen und am 5. Juni 1939 zu 8 Jahren Haft wegen antisowjetischer Tätigkeit verurteilt.¹³² Von nun an sollte das Leben von Erwin Ries und seiner Frau Friedericke eine weitere dramatische und tragische Wende nehmen.

V. Leben und Sterben im GULag

Die eineinhalb Jahre vom Oktober 1937 bis zum Juni 1939 in denen Erwin Ries in ›Untersuchungshaft‹ war, sind mit diesem Begriff kaum zu beschreiben. Auf die Festnahme der Verhafteten folgte in der Regel die Einweisung in eines der zahlreichen sowjetischen Untersuchungsgefängnisse. Zu den berüchtigtsten in Moskau gehörte die Lubjanka oder das Butyrka-Gefängnis. Mitte der 1930er Jahre zur Zeit der Großen Säuberung waren die Gefängnisse hoffnungslos überfüllt. In der Regel wussten die Angeklagten nicht, wie die Anklage eigentlich lautete, wann die Verhöre beginnen würden und wo sie sich eigentlich befanden.¹³³

Die Aufnahme-prozedur wird für Erwin Ries eine harte seelische und körperliche Erschütterung gewesen sein. Die Verhaftung und Untersuchungshaft leiteten einen Prozess der Entwürdigung und Demütigung ein, der seine persönliche Integrität und politische Identität in Frage stellte. Diese ›Depersonalisierung‹ war Zweck eines ausgeklügelten Haftregimes, dessen Zielsetzung darin bestand, den Häftling psychisch und moralisch zu zerstören. In den meisten Gefängnissen war es den Häftlingen verboten, miteinander zu reden. Vom Moment der Verhaftung an wurde der Gefangene in ständiger Spannung gehalten: Was auch immer mit ihm geschieht, wohin er auch immer gebracht wird – es gab keine Erklärung. Die Ungewissheit und das Ausgeliefertsein erzeugten Angst.¹³⁴

Insbesondere für die kommunistischen Funktionäre nahm diese Zeit des Wartens groteske Züge an. Ries wird sich natürlich als ›unrechtmäßig‹ inhaftiert angesehen haben, während aus seiner Sicht andere durchaus ›zu Recht‹ der sowjetischen Gerichtsbarkeit unterlagen.¹³⁵ Er fühlte sich dem Wachpersonal sicherlich anfangs näher als vielen Mithäftlingen, denn seine gewachsene politische Identität ließ eine Identifikation mit den meisten Mitgefangenen gar nicht zu. Vielmehr müsse doch alles ein Irrtum sein, der sich schnellstmöglich wieder auflösen werde. Die Parteiidentität war für Ries vor dem Hintergrund der Verfolgung in Nazi-Deutschland und der Emigration geradezu eine existentielle Tatsache, die durch nichts erschüttert werden konnte. Genauso wenig war für ihn ein Willkürakt des NKWD ausgeschlossen, während Stalin und die KPdSU weiterhin in ihrer Rolle und Funktion als Garanten einer leuchtenden kommunistischen Zukunft unantastbar blieben. In der härtesten Konsequenz hätte Erwin Ries seine Verurteilung auch als ein notwendiges Opfer angesichts des Kriegsausbruchs 1939 sehen können, gemäß der Überlegung, dass man Deutschen in Zeiten der militärischen Bedrohung der Sowjetunion generell nicht trauen könne.¹³⁶ Das Jahr in den Moskauer Gefängnissen hat Ries zugesetzt und als das Urteil „endlich“ gesprochen war, wird er dieses vielleicht sogar erleichtert aufgenommen haben, da nunmehr Klarheit über sein persönliches Schicksal bestand.

Als er am 5. Juni 1939 zu acht Jahren Lagerhaft verurteilt und ins GULag des NKWD-Nordost-Gebiets verbannt wurde, lagen die Strapazen des Transports noch vor ihm. Dieser vollzog sich in der Regel in Güterwaggons, die man notdürftig für die Beförderung von Menschen hergerichtet hatte; gelegentlich gab es auch sogenannte Mehrpersonenzellen. Die Zugfahrten dauerten mehrere Tage oder Wochen. Am Bestimmungsort angekommen, mussten die Gefangenen häufig noch einen langen Fußmarsch auf sich nehmen.¹³⁷

Zum Zeitpunkt der Urteilssprechung von Erwin Ries befand sich das Strafvollzugssystem in der UdSSR im Umbruch. Bereits 1929 hatte Stalin mit dem Dekret vom 26. Juli 1929 den gezielten Einsatz der Arbeitskraft der Häftlinge in den Arbeitslagern gefordert, die daraufhin offiziell als ›Besserungsarbeitslager‹ (ITL) bezeichnet wurden und begrifflich immer noch das Moment

der ›Umerziehung‹ als ideologische Zielsetzung in sich trugen. Häftlinge mit einem Strafmaß von über drei Jahren sollten nun generell in Lagern untergebracht werden und dort Arbeiten verrichten. Das war die eigentliche Geburtsstunde des GULag (Главное управление лагерей (Hauptverwaltung Lager) abgekürzt ГУЛар).¹³⁸ Zur Radikalisierung dieses Systems kam es im Zuge des ›Großen Terrors‹, in dessen Verlauf rund 1,5 Millionen Menschen durch die Organe der Hauptverwaltung für die Staatssicherheit GUGB/NKWD verhaftet wurden. Fast die Hälfte der Verhafteten wurde erschossen. Die Urteile wurden hauptsächlich von extra geschaffenen außergerichtlichen Organen, sogenannten ›trojka‹ und ›dwojka‹, gefällt. Ab Herbst 1937 begann die Zahl der Häftlinge im GULag katastrophal zu wachsen und im Jahre 1938 überschritt sie bereits die Zweimillionen-Grenze.¹³⁹

Die Hauptprobleme des GULag in dieser Zeit waren die Organisation der Aufnahme, Verteilung, Bewachung und des Arbeitseinsatzes dieser gigantischen Masse von Menschen. Man organisierte im Laufe von einigen Monaten neue Waldlager, aber auch diese führten zu keiner Entlastung. Gleichzeitig schuf der NKWD noch weitere Lager, die mit verschiedenen Industrieobjekten verbunden waren. Aber auch diese konnten das Problem der Aufnahme der Häftlingsmassen nicht lösen.¹⁴⁰ Das Verwaltungssystem des GULag wurde immer schwerfälliger und ineffektiver; die Lebensbedingungen für die Häftlinge gestalteten sich immer schwieriger und härter. Erwin Ries musste seine Lagerhaft also zu einem Zeitpunkt antreten, als Chaos, Ineffizienz und härteste Lebensbedingungen für die Häftlinge das Lagersystem prägten.

Über seinen Aufenthalt im GULAG ist nichts bekannt. Seine Nichte Karla Spagerer berichtete nur, dass sie unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg eine Karte von Friederike Ries erhalten habe, die mit dem Hinweis versehen war: „E. ist auf Expedition in Murmansk.“ Wusste Friederike Ries wirklich, was mit ihrem Mann geschehen war? Oder waren ihre Ängste und Fragen mit derlei Hinweisen besänftigt worden?

Das einzige Lager in Murmansk, das schon im Jahr 1939 bestand, war das sogenannte Kola-ITL. Es wurde im Oktober 1939 geöffnet und im Februar 1941 wieder geschlossen. Die Häftlinge wurden danach an anderen Standorten eingesetzt. Ziel der Kola-ITL war der Sonder-eisenbahnbau im Gebiet Kola-Halbinsel, Kap Seljony und der Wajenga-Bucht. Das Lager befand sich im Norden der UdSSR über der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik Karelien unmittelbar an Finnland angrenzend. Die Lagerverwaltung befand sich in der Stadt Murmansk. Im Lager selber waren bis zu 7 700 Personen inhaftiert, die beim Eisenbahnbau sowie beim Bau von militärischen Objekten an der Küste der Kola-Halbinsel eingesetzt wurden. Über die Zusammensetzung der Häftlingsgesellschaft ist nichts bekannt.¹⁴¹

Folgt man jedoch den allgemeinen Analysen zur Häftlingsgesellschaft im GULag, dann waren auch die Haftbedingungen von Erwin Ries durch harte Arbeitsbedingungen, Krankheit und Tod gekennzeichnet. Noch heute veranschaulichen der Roman von Alexander Solschenizyn ›Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch‹ und die ›Erzählungen aus Kolyma‹ von Warlam Schalamow die Zerstörung der personalen Identität der Gefangenen, die Veränderung ihres Raum- und Zeitsinns, ihres Grundvertrauens in den Fortbestand einer sozialen Welt sowie den Verlust ihrer Selbstachtung in der verordneten Trostlosigkeit des Lageralltags.¹⁴² Die Häftlingsgesellschaft im sowjetischen GULag war, trotz großer Unterschiede in der Lagergröße, der Lagerzusammensetzung und der wirtschaftlichen Funktion, vergleichsweise klar in soziale und ethnische Gruppen hierarchisiert, und das Lagerleben war durch Propaganda und ›verordnete Kultur‹ geprägt.

Als politischer Häftling befand sich Erwin Ries am untersten Ende der Häftlingsgesellschaft, in der sich die Bevölkerungsstruktur der Sowjetunion unter sozialen und ethnischen Gesichtspunkten recht genau abbildete. Die unteren sozialen Schichten – Kolchosebauern und Arbeiter – stellten die größte Gruppe im Lager dar, nur Intellektuelle, Akademiker und Personen, die im Verwaltungsjargon als ›Byvšie‹ (›Einstige‹: ehemalige Sowjetfunktionäre) bezeichnet wurden, waren ausgehend von ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung leicht überrepräsentiert.¹⁴³

Offiziell gab es nur die Lagerleitung und die Klasse der Sträflinge. Diese war eingeteilt nach vier Kategorien: A) umfasste die in der Produktion Tätigen, zu der mindestens 85 Prozent gehören sollten; B) setzte sich aus dem Personal der Lagerdienste zusammen, nach Planvorgabe nicht mehr als zehn Prozent, im Lagerjargon ›Pridurki‹ (Drückeberger) genannt; C) und D) bildeten schließlich die zeitweise oder endgültig Nichtarbeitenden.¹⁴⁴

Die Häftlinge im Allgemeinen hießen ›Wremmenyje Saklutschonnyje‹ (›zeitweilig Inhaftierte‹) – abgekürzt ›Seki‹. 80 Prozent der Neuankömmlinge wurden diesem ›allgemeinen‹ Stamm der Häftlinge zugeordnet. Die restlichen 20 Prozent setzten sich zum Großteil aus Kriminellen zusammen, unter denen die Schwerverbrecher, eine kleine, gefährliche und verschworene Gemeinschaft waren. Die ›Allgemeinen‹ bildeten den Kern des Lagers und arbeiteten unter schwersten Bedingungen, waren unzureichend gekleidet, unterernährt und von den Entbehrungen gezeichnet. Fiel der Häftling als Arbeiter aus, beschloss er sein elendes Schicksal als aktenkundiger Invalide. Er wurde auf Sparkost gesetzt, abgeschoben und medizinisch kaum versorgt. Er verfiel ins letzte Stadium vor dem Tod. Die Erscheinung der ›Dochodjagi‹ (›Abkratzer‹ oder ›Weggeher‹) fand auf diesem Weg Eingang in den Lagerjargon und kennzeichnete die Todgeweihten.

Insgesamt war die Lager-Kommunikation zwischen den Häftlingen auf ein überlebenswichtiges Minimum reduziert und von Worten wie Brot, Balanda (= Suppe) und Machorka (= Tabak) geprägt. In diesem auf das nackte Überleben ausgerichteten Kosmos der Häftlinge folgten gleich darauf existentielle Notwendigkeiten wie Schlaf, ›Windmacherei‹ (Arbeitsverschleppung) und ein allgegenwärtiges Misstrauen.¹⁴⁵

Neben diesen Gemeinsamkeiten war die Häftlingsgesellschaft stark hinsichtlich sozialer Merkmale wie Lebenslauf, sozialer Herkunft, Strafart und Strafmaß sowie der Stellung des Inhaftierten im Lager ausdifferenziert. Die zentralen Häftlingspositionen wurden durch Kriminelle besetzt. Als Zwischengruppen gab es ›Ordner‹ und technische Spezialisten. Ganz unten standen die ›volksfeindlichen‹ Politischen, die etwa die Hälfte der Lagerbevölkerung ausmachten.¹⁴⁶

Alle Gefangenen lebten unter der Kontrolle einer doppelten Lagerobrigkeit. Zwischen der privilegierten NKWD-Lagerleitung und der Masse der gemeinen Häftlinge standen die ›Urki‹ (Jargon für Kriminelle) oder ›Blatnyje‹ (Verbrecher), welche die eigentlichen Herrscher im Lageralltag waren. Unter diesen grenzten sich die Schwerverbrecher auch nach außen sichtbar durch eine Art Uniform und Tätowierungen vom Rest der ›Seki‹ ab. Sie wurden von der Lagerleitung nicht nur toleriert, sondern auch gezielt innerhalb der Häftlingsgesellschaft eingesetzt, um die unterschiedlichen Häftlingsgruppen gegeneinander auszuspielen. Die kriminelle Gesellschaft war ein Schattenreich innerhalb des Lagers. Sie verfügte über eigene Gesetze und Gerichte, verschaffte sich Werkzeuge und Waffen und exekutierte in der Nacht ihre Urteile. Untereinander zerfiel sie in Banden, die jeweils von einem Anführer (›Baldower‹) mit



Abb.26
Friedericke Ries
(zweite Reihe v. o.,
dritte von links)
in ihrem
Verbannungsort
Frunse

unbedingter Autorität angeführt wurden. Diese waren in allen Lagern bekannt und hielten regelrecht Hof, umgeben von ihren Frauen, Agenten und den ›Bytowiki‹, den leichteren Kriminellen, die erst als Rückfällige zu ›Urki‹ werden konnten. Die politischen Häftlinge hatten zu dieser Welt keinen Zutritt.

Eine wichtige Funktion innerhalb des Lagers hatten die ›Spitzel‹. Sie rekrutierten sich aus Häftlingen und stellten 8 bis 10 Prozent der Insassen. Der Lagerleitung dienten sie als willfährige ›Kronzeugen‹ für Verfahren der Strafverlängerung oder bei Hinrichtungen. Aber sie lieferten auch Informationen über das Innenleben des Lagers, über die Welt der Kriminellen und übrigen Gefangenen, die für das Wachpersonal nur bedingt oder gar nicht einsehbar war.

Auch die Gruppe der Politischen war in sich gegliedert. Für jede nach gemeinem oder politischem Strafrecht erfolgte Verurteilung gab es Kürzel – zusammen mit der Strafzeit, dem Vor- und Vaternamen und dem Geburtstag auf Anforderung zu nennen. Ein Verurteilter wegen „antisowjetischer Tätigkeit“, wie Erwin Ries, hatte bessere Überlebenschancen als ein Inhaftierter wegen „konterrevolutionärer trotzkistischer Tätigkeit“, was einem Todesurteil durch Arbeit gleichkam. Unter den Politischen waren alle Gruppen der Bevölkerung vertreten, insbesondere aus der russischen und ausländischen Intelligenz, unter ihnen viele Kommunisten und andere Linke, Christen, als staatsfeindlich angesehene Individuen und Angehörige nichtrussischer Völker, aber auch solche Gruppen wie republikanische Spanier, Atomarbeiter (also Geheimnisträger) oder Lageraufständische. Sie lebten separiert neben- und nicht selten auch gegeneinander. Zur Kontrolle und Drangsalierung wurden die Politischen bewusst mit Kriminellen gemischt.¹⁴⁷



Abb.27: Friedericke Ries um 1946 bei der Arbeit an der Nähmaschine, nach ihrer Entlassung aus dem Lager, in Mariinsk

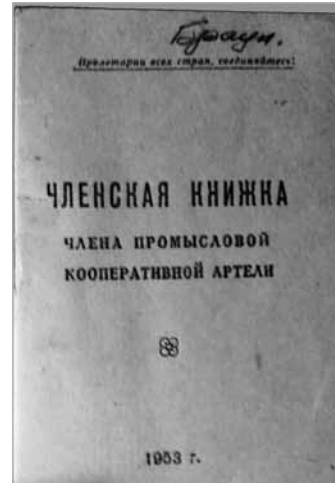


Abb.28: Arbeitsbuch von Friedericke Ries aus Mariinsk

Innerhalb der Lagerwelt stellten die Frauen, wie die Forschung zeigt, eine besondere Gruppe dar.¹⁴⁸ Viele Frauen wurden im Rahmen der Großen Säuberungen in ›Sippenhaft‹ genommen und in die Verbannung geschickt. Friedericke Ries wurde am 12. September 1941 vom NKWD verhaftet und von einer ›Trojka‹, zu fünf Jahren verurteilt. Zunächst lebte sie in der Kirgisischen Sozialistischen Sowjetrepublik in der Stadt Frunse in Verbannung, dann kam sie in das Dorf Suslowo in Sibirien. Sie hatte damit ungleich größere Überlebenschancen als ihr Mann. Zwar war ihr Leben unter erbärmlichen Bedingungen eine harte Prüfung, dennoch blieb ihr ein Lebensweg in den Lagern erspart, wie ihn Jewgenija Ginsburg in ›Gratwanderung‹ und ›Marschroute eines Lebens‹ schildert oder wie er von Susanne Leonhard und Margarete Buber-Neumann überliefert ist. Diese drei Frauen waren intellektuelle Sozialistinnen bzw. Kommunistinnen, welche im Gefolge der ›Großen Säuberungen‹ 1937 verhaftet und verurteilt wurden. Ihre schriftlichen Zeugnisse lassen erahnen, welchen Drangsalierungen Frauen im Lager ausgesetzt waren.¹⁴⁹

Die Grenzen zwischen den Systemen des Lagers und des ›freien‹ Lebens außerhalb des Lagers waren fließend. Das Lager baute Siedlungen von ›Freien‹ um sich herum auf. Diese wuchsen später oft zu großen Städten an. Durch diese Orte war der Gulag ins Land ausgehnt. Diese erweiterte Zone setzte sich aus der Stammbevölkerung, dem Lagerpersonal mit deren Familien und ehemaligen Häftlingen zusammen. In dieser Struktur bewegte sich auch Friedericke Ries nach ihrer Freilassung 1946 und siedelte in unmittelbarer Nachbarschaft ihres ursprünglichen Verbannungsortes.

Letztlich glich der Gulag zwei kommunizierenden Röhren. Durch die eine passierten Millionen wahllos inhaftierter Gefangener aus der Gesellschaft die Stacheldrahtzäune der Lager; durch die andere floss die spezifische Alltagskultur des Lagers mit ihrer Sprache, sozialen Degeneration aus Angst und Lügen und ihrem darwinistischen Existenzkampf zurück in den Alltag der Sowjetgesellschaft.¹⁵⁰

Wir wissen nicht, welche Überlebensstrategien Erwin und Friedericke Ries angewandt haben, die es ihnen ermöglichten, getrennt voneinander im Gefängnis, Gulag und der Verbannung zu überdauern. Konnten ihre industriellen Ausbildungsberufe, ihre handwerklichen oder ihre hauswirtschaftlichen Fähigkeiten ihnen eine Zeit lang von Nutzen sein? Über welche Mittel der Kontakt- und Kommunikationsfähigkeit verfügten sie? Friedericke Ries bspw. schrieb noch Jahre nach ihrer Lagerzeit und Verbannung russisch, aber sprechen konnte sie wohl nur eingeschränkt. Beide werden sicherlich eine ausgeprägte Disziplin und ein Pflichtgefühl in sich getragen haben, vielleicht auch ein Stück ›Leidensfähigkeit‹, aber was bedeutet das vor dem Hintergrund der eben geschilderten Strukturen und Gefahren? Eingebrennt werden ihnen sicherlich die Sehnsucht nach Angehörigen und die Erinnerung an die ›Kurfalz‹ gewesen sein.

VI. Schweigen und geteilte Erinnerung in Ost und West.

Wir wissen so gut wie nichts über den letzten Tag im Leben von Erwin Ries. Er wurde am 16.3.1942 im Gulag erschossen. Seine Geschichte endete jedoch nicht mit dem Tod, sondern erst mit dem Erlöschen der Erinnerung an seine Person. Einer der wenigen Menschen, der um das Schicksal oder die Umstände des Verschwindens von Erwin Ries gewusst oder etwas geahnt hat, war seine Frau Friedericke Ries.

Am 12. September 1946 wurde sie nach dem Ende ihrer Haftstrafe entlassen. Damit gehörte sie zu den wenigen, die zu einem Zeitpunkt der Krise und des darauffolgenden expansiven Wachstums des Gulags aus der Haft frei kamen. In erster Linie waren es die Kriegsfolgen, die bürokratische Maschinerie, die zunehmende Renitenz der Häftlinge und die abnehmende Rentabilität des Gulags, die zu einer Umstrukturierung und Ausweitung des Lagerkosmos führten, der auf seinem Höhepunkt 1950—1953 knapp 2,5 Mio. Insassen fasste.¹⁵¹ Gleichzeitig kam es zu punktuellen Freilassungen von Gefangenen, allerdings unter der Bedingung, dass diese sich verpflichteten, weiter vor Ort zu arbeiten.¹⁵²

Friedericke Ries ließ sich unweit von ihrem letzten Verbannungsort Soslowo in Mariiinsk (ca. 30 bis 40 km entfernt davon) nieder. Von 1929 bis 1960 existierte dort das Strafgefangenenlager Siblag (Sibirski ITL, Sibirisches Lager) im System des Gulag, dessen Verwaltung sich über den größten Zeitraum in Mariiinsk befand. Sie blieb somit also unweit ihres Verbannungsortes in der unmittelbaren Einflusszone des NKWD. Zuerst arbeitete sie in einer Maßschneiderei und lernte dann zur Herrensneiderin um. Gleichzeitig wurde sie Mitglied im Kooperativen-Artel (sowjetische Genossenschaft). In den neun Jahren, die sie hier wohnte, lebte sie integriert in den sowjetischen Alltag und obwohl ihre Russischkenntnisse bescheiden waren, hielt sie auch nach ihrer Ausreise in die DDR Kontakt zu den ehemaligen Kollegen in Mariiinsk.¹⁵³

Dass Friedericke Ries keinesfalls freiwillig in Sibirien blieb, zeigten ihre zahlreichen Eingaben an die Spitzenfunktionäre der SED. Bereits 1946 hatte sie sich direkt an Wilhelm Pieck gewandt und verlangt, dass ihre Parteimitgliedschaft geklärt wird. Vom damaligen Repräsentanten der Deutschen Vertretung in Moskau erhielt sie die Antwort, es würde alles geregelt, wenn sie in Deutschland sei. Auch ihr Insistieren bei der DDR-Botschaft in Moskau brachte nicht den erhofften Erfolg einer schnellen Rückreise, genauso blieben zahlreiche Schreiben an sowjetische Instanzen, die KPdSU und das ZK der SED unerwidert.¹⁵⁴

Erst im Rahmen der allgemeinen Amnestie ›politischer Häftlinge‹ nach dem Tod Stalins konnte Friedericke Ries die Sowjetunion verlassen. Innerhalb von zwei Jahren (1954—1956)

Botschaft
der
Deutschen Demokratischen Republik
in der UdSSR

Посольство
Германской Демократической Республики
в СССР



Provisorischer Reiseausweis
ВРЕМЕННОЕ УДОСТОВЕРЕНИЕ

№ 357/54

Unterschrift des Inhabers
Подпись владельца

Name und Vorname des Inhabers B r a u n Grete
Фамилия и имя владельца Б р а у н Грете

Geburtsdatum 30.9.1905
День и год рождения 30.9.1905

Geburtsort Giengen
Место рождения ГИЕНГЕН

Beruf Schneiderin
Занятие ПОДШИХА

Staatsbürgerschaft Deutsche Demokratische Republik
Гражданство Германская Демократическая Республика

Jetzige Wohnadresse
Местоожительство Кемеровская область, г. Мариинск, ул. Коммунистическая, дом № 41

Dieser provisorische Reiseausweis ist gültig für die Rückreise in die Deutsche Demokratische Republik
Временное удостоверение действительно для возвращения в Германскую Демократическую Республику

Die Gültigkeit dieses provisorischen Reiseausweises endet mit der Beantragung des Deutschen Personalausweises in der DDR und ist zu diesem Zeitpunkt abzugeben. Spätestens verliert er jedoch seine Gültigkeit am 30. April 1955

Настоящее временное удостоверение действительно до подачи заявления на получение немецкого удостоверения личности в ГДР и к этому времени должно быть сдано. Срок его действия истекает не позже, чем 30 апреля 1955

Dieser provisorische Reiseausweis wurde von der Botschaft der DDR bei der Regierung der UdSSR ausgestellt.

Временное удостоверение выдано Посольством Германской Демократической Республики при Правительстве СССР.

Moskau, den 28. Oktober 1954

Москва, 28 октября 1954



Иппельт
Посол

Abb.29: Vorläufiger Reiseausweis von Friedericke Ries zur Ausreise in die DDR, Ende 1954



Abb.30: Zugangsgenehmigung für Groß-Berlin, Friedericke Ries, 1955

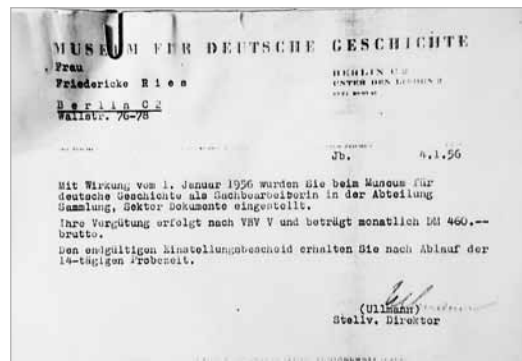


Abb.31: Anstellungsnachweis, 1956; Museum für deutsche Geschichte

ging die Zahl der Politischen im Gulag um 75 Prozent zurück. Doch anders als gewöhnlich angenommen, brachte für den Prozess der Entlassung von Häftlingen nicht der XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 die entscheidende Wende. Bereits kurz nach dem Tod Stalins kam es ab 1954 zur Überprüfung von Häftlingsakten durch neugebildete Kommissionen, die innerhalb von eineinhalb Jahren 300 000 Dossiers sichteten und zuweilen neu bewerteten.¹⁵⁵ Im Zuge dieses allgemeinen Überprüfungsprozesses erhielt scheinbar auch Friedericke Ries am 30. April 1955 ihren vorläufigen Reiseausweis unter ihrem Decknamen „Grete Braun“ zur „Rückreise in die Deutsche Demokratische Republik“. Sie war zu diesem Zeitpunkt wohnhaft im Kemerowski-Gebiet in der Stadt Mariinsk, im ›kommunistischen Haus‹ Nr. 41¹⁵⁶ Vierzehn Jahre nach ihrer Verhaftung und neun Jahre nach ihrer Haftverbüßung durfte sie endlich ausreisen, doch mit ihrer Ankunft in der DDR war sie – wie alle ›Umsiedler‹ aus der Sowjetunion – zum ›Schweigen‹ verurteilt.¹⁵⁷

Als Friedericke Ries in Ost-Berlin am 30. Dezember 1955 ankam,¹⁵⁸ wurde sie vom ZK der SED darüber informiert, dass ihr Mann im Jahr 1942 „verstorben“ war. Nun hatten sich alle ihre schlimmsten Befürchtungen bewahrheitet. Warum nutzte Friedericke Ries nun nicht sofort die Möglichkeit zur Flucht in die Bundesrepublik? Der Mauerbau lag noch in weiter Ferne. Der Sprung über die Grenze wäre sicherlich möglich gewesen. Aber war die Flucht in den Westen wirklich ein realistisches Szenario?

Friedericke Ries entstammte einem sozialmoralischen Milieu, das durch materielle Unsicherheit und politische Polarisierung geprägt war. Die kommunistische Bewegung hat sie ideologisch und moralisch geformt; ihr inneres Koordinatensystem beruhte nicht nur auf den heilsgeschichtlichen Maximen des Marxismus-Leninismus, sondern auf einem milieuspezifischen Erfahrungswissen, das tief in die Zeit ihrer politischen Sozialisation in Mannheim zurückreichte. Sie hatte keine liberaldemokratische Exilerfahrung gemacht, wie zahlreiche Mitglieder sozialistischer und kommunistischer Splittergruppen, deren Erlebnisse in England, den USA oder Skandinavien einen Prozess der ›Westernisierung‹ ausgelöst hatten.¹⁵⁹ Ihre Erfahrungen in der Sowjetunion hinterließen sicherlich keine positiven Erinnerungen, sondern blieben eine negative Kontrastfolie. Die Jahre in der sinnlosen Verbannung, das „ungewisse“, aber vielleicht „vermutete“ Schicksal ihres Mannes, die tiefen inneren Verletzungen werden sie Zeit ihres Lebens in der DDR begleitet haben. Aber woran sollte sie sich innerlich ausrichten? Ihre ›innere Stimme‹



Abb.32: Friedericke Ries,
1960er Jahre



Abb.33: Friedericke Ries (li.) mit ihren Eltern,
auf der Schwäbischen Alb, 1960er Jahre

und ihr ›Wertekompass‹ hatten sich im Kommunistischen Jugendverband in Mannheim gebildet. Aus ihrem persönlichen Blickwinkel wird sie die kommunistische Gewaltherrschaft vermutlich als stalinistische Deformation eines humanistischen Ideals gedeutet haben. Der Kommunismus als Zukunftsentwurf schien so immer noch möglich.¹⁶⁰

Aus diesem Grund wird sie ihre ›Rückkehr‹ in die DDR eher als Chance, denn als Schicksal betrachtet haben. Im Unterschied zu ihrem bisherigen Leben sollte es fortan ohne größere Komplikationen verlaufen. Bei ihrer Ankunft war alles durch einen Kreis alter Mannheimer ›Freunde‹ um Paul Wandel und Helene Berg gerichtet. Heinz Knapp sollte ihr ein wichtiger Vertrauter werden. Man erwartete sie und bot ihr ein bisschen Heimat in einer unbekanntem Welt.¹⁶¹ Wie wichtig ihr diese lokale Verbundenheit war, dokumentieren zahlreiche Reisen in die Bundesrepublik, die sie bereits in den sechziger Jahren als privilegierte Bürgerin der DDR unternehmen durfte.¹⁶²

Gleichzeitig war sie erstmals materiell abgesichert. Bereits am 2. Januar 1956 trat sie ihre Arbeit im Museum für Deutsche Geschichte in der Abteilung Sammlung, Sektor Dokumente Zeitgeschichte an.¹⁶³ Sie passte sich schnell in die institutionelle Wirklichkeit der DDR ein und wurde zu einer ›idealtypischen‹ sozialistischen Bürgerin der DDR. In ihrem Wohnbezirk wurde sie darüber hinaus Kassiererin, Agitatorin der Volkssolidarität und freiwillige Helferin der Staatlichen Kontrolle. An ihrem Arbeitsplatz setzte sie sich im Frauenausschuss ein und wurde Mitglied der Konfliktkommission, die sich seit 1961 als Gericht der ›sozialistischen Rechtspflege‹ um einfache betriebliche Streitigkeiten und geringfügige Straftaten kümmerte. Darüber hinaus war sie von 1957 bis 1962 in der Parteileitung im Museum für Deutsche Geschichte, deren Aufgabe darin bestand, die Arbeit des Betriebes effizienter zu gestalten und den Einfluss der SED im Betrieb zu sichern.

Am 6. Oktober 1964 erhielt Friedericke Ries den Vaterländischen Verdienstorden in Silber. Sie bekam damit einen jährlichen Ehrensold von 500 Mark (Ost), was einem Monatsverdienst gleichkam.¹⁶⁴ Diese Auszeichnung wird einer der absoluten Lebenshöhepunkte einer einfachen kommunistischen Funktionärin aus Mannheim gewesen sein. Hier wurde ihr ›antifaschistischer Widerstand‹ das erste Mal geehrt. Oder wollte hier ein Regime an einem Menschen, der stets treu der kommunistischen Idee gedient hatte, wieder etwas gutmachen? Vielleicht diente die Ehrung von Friedericke Ries auch ein Stückweit der ›Fluchtprävention‹, bedenkt



Abb.34: »Mannheimer Kreis« in Ost-Berlin
v.l. Paul Wandel, (?), (?), Friedericke Ries



Abb.35: »Mannheimer Kreis« in Ost-Berlin
Friedericke Ries (re.) mit Helene Berg

man, welche Erfahrung sie im Stalinismus gemacht hat. Berücksichtigt man, dass Friedericke Ries ihren Lebenslauf wenige Monate vor dieser offiziellen Ehrung angefertigt hat, wird deutlich, dass sie die Geschichte ihrer Verbannung und die Ermordung ihres Mannes stets begleitet haben. An den entscheidenden Stellen heißt es in verkürzter und gedrängter Sprache zu ihrer und der Verhaftung ihres Mannes: „Im Januar [1936] fuhr ich ebenfalls nach Moskau. Meine Kommandierung auf [die] Parteischule (KUM) hatte ich inzwischen erhalten. Leider wurde die Schule Mitte 1936 geschlossen. (Der Grund, siehe XX. Parteitag). Im Oktober 1937 wurde mein Mann auf der Lenin-Schule verhaftet. [...] Später war ich Brigadier bis zu meiner Verhaftung am 12. September 1941—12. September 1946 ohne Gericht, von der sogenannten Troika. Erst war ich in Mittelasien, Frunse und dann in Suslowo Sibirien. Ich glaube, über die Ursache brauche ich nichts zu sagen, das hat der XX. Parteitag zur Genüge getan.“¹⁶⁵ Überliefert ist nicht, ob sie oder ihr Mann jemals rehabilitiert wurden.

VII. Der schwierige Umgang mit der doppelten Diktaturerfahrung

Die Geschichte von Erwin Ries und damit auch von Friedricke Ries ist eine deutsche Geschichte über Weltanschauung, Widerstand, Verfolgung, Mord und Verdrängung. Insofern war die Geschichte des kommunistischen Widerstandes und Exils keine ›Heldengeschichte‹, sondern durchzogen von Irrtümern, Fehlern und Inhumanität. Verbrechen wurden geduldet und sogar durch führende Funktionäre unterstützt.¹⁶⁶ Die Geschichtsschreibung der DDR verschwieg diese Brüche, Schatten und Gegensätze und verklärte eine Zeitphase, die es gerade wegen ihrer Widersprüchlichkeit, der Tapferkeit, der Schwächen und der Vergehen ihrer Protagonisten und der Differenzierung der Bewertungsmaßstäbe zu betrachten gilt.

In diesem Sinne sticht die Geschichte von Erwin Ries aus mehreren Gründen aus den Überlieferungsmustern tradierter Geschichtsnarrative heraus. Erwin Ries war kein Spitzenfunktionär der KPD und traf auch keine wichtigen Entscheidungen an den Wegmarken der Geschichte der Arbeiterbewegung. Er war aber auch kein einfaches Parteimitglied, das den Schicksalsstürmen der großen Mächte als Herrschaftsunterworfener ausgeliefert war. Er war mittlerer Funktionär einer radikalen Oppositionspartei, der Befehle ausgeführt und umgesetzt hat. Mit Sicherheit war Erwin Ries kein demokratisches Vorbild, vielmehr setzte er der Weimarer Demokratie von links zu. Aber im Moment der nationalsozialistischen Machtergreifung war sein Widerstand ehrenwert und verdienstvoll, auch wenn keine systemsprengende Wirkung von der KPD-Bezirksleitung Baden/Pfalz ausging. Nur wenig später geriet Ries aufgrund seiner parteipolitischen Verflechtungen in die Mühlen des sowjetischen Terrors; aber unter den Opfern der kommunistischen Gewaltherrschaft war er einer von Millionen. Sein Lebensweg ist kein Einzelschicksal, denn es steht paradigmatisch für das 20. Jahrhundert und seine zivilisatorischen Verwerfungen. Gerade deshalb eignet sich seine Biographie nicht zu seiner Inszenierung als Widerstandssikone; aber in der Brüchigkeit und Widersprüchlichkeit seines Lebens liegt ein authentisches Moment, das jedwedem Leser eine reflexive Aneignung der doppelten Diktaturerfahrung möglich macht.

In das Geschichtsbild der SED passten die kommunistischen Opfer des Stalinismus nicht. Der „Antifaschismus“ war in der DDR eine, wenn nicht die zentrale Kategorie für Bewusstseinsbildung, Orientierung, Legitimation, Präsentation und Abgrenzung des eigenen politischen Regimes im innerdeutschen Systemwettbewerb.¹⁶⁸ Der kommunistische Widerstand war ein Aktivposten für die SED und der hohe Blutzoll der KPD auch international glaubwürdig, weshalb die DDR auch gegenüber der Bundesrepublik emotional aufgewertet wurde.¹⁶⁹ Nach der Wende 1989 formulierten einige selbstkritische DDR-Historiker: „Wenn es einen Bereich der Geschichtsschreibung gab, der politisch überaus instrumentalisiert wurde, der gleichsam ein Akt der Selbstlegitimierung der politischen Führung dieses Landes war, mit allen Tabuzonen des eigenen Ego, dann war es im allgemeinen die Geschichte der KPD und im Besonderen die ihres Widerstandes im Dritten Reich.“¹⁷⁰ Die Auseinandersetzung mit Hitler-Gegnern, die in der Sowjetunion ermordet wurden, passte nicht in das „saubere“ Selbstbild und die antifaschistische Staatsdoktrin der DDR.¹⁷¹

Im offiziellen Geschichtsdiskurs der Berliner Republik nimmt die Verfolgung und Ermordung kommunistischer Funktionäre in der Sowjetunion erste Konturen an. Im politischen Feld lösen sich tradierte Geschichtsbilder an den Rändern auf.¹⁷² Die Enthüllung einer Gedenktafel am Karl-Liebkecht-Haus in Berlin war ein großer, vielleicht sogar subtiler Moment

subversiver Geschichtsaneignung, der es verdient hätte, stärker öffentlich gewürdigt zu werden.¹⁷³ Aber vor dem Hintergrund inszenierter Geschichtsmythen in der Vergangenheit ist vielleicht – im Sinne von Jorge Semprún – ein stilleres Gedenken die angemessenere Form an die Opfer der nationalsozialistischen und kommunistischen Gewaltherrschaft zu erinnern.

ANMERKUNGEN

- 1 Siehe hierzu die einschlägigen Überblicksdarstellungen. Einen schnellen Einstieg bietet Bernd Faulenbach: *Demokratien und Diktaturen im ›kurzen‹ 20. Jahrhundert. Eine Skizze über Gegensätze und Entwicklungslinien in Europa 1914—1991*, Berlin 2014. (online abrufbar: http://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/uploads/2014-pdf-publikationen/faulenbach-demokratien_diktaturen.pdf)
- 2 In diesem Aufsatz wird für bessere Lesbarkeit auf eine geschlechterdifferenzierte Ausdrucksweise weitgehend verzichtet, was keine Aussage über die geschlechterspezifischen Differenzierungsmuster beinhaltet.
- 3 Vgl. Klaus Schönhoven: *Kontinuität und Brüche. Zur doppelten deutschen Geschichte nach 1945*, in: Hans-Jochen Vogel/Michael Ruck (Hrsg.) *Klaus Schönhoven. Arbeiterbewegung und soziale Demokratie in Deutschland – Ausgewählte Beiträge*, Bonn 2002, S.365—384.
- 4 In seinem Roman ›Was für ein schöner Sonntag!‹ verarbeitet Jorge Semprún seine Erfahrungen im Konzentrationslager Buchenwald literarisch und reflektiert vor diesem Hintergrund die Entwicklung des Nationalsozialismus, den kommunistischen Widerstand und die totalitären Züge des Stalinismus. Das Werk erschien 1980 auf Französisch in Paris, die deutsche Übersetzung 1981. Das Zitat stammt aus der Danksagung anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 1994. Die Rede ist abrufbar unter: www.friedenspreis-des-deutschen-buchhandels.de/sixcms/media.php/1290/1994_sempr%FAAn.pdf (abgerufen am 30. August 2014).
- 5 Für den emeritierten Münchener Professor für politische Wissenschaft Hans Maier, der das analytische Konzept der politischen Religion in die wissenschaftliche Debatte eingeführt hat, ist das ›Zeitalter der Gewalt‹ durch drei Entwicklungstendenzen gekennzeichnet: 1. Die technisierte Massenvernichtung, 2. Ethnische Säuberungen und 3. Die Entstehung von modernen ›Lager-Welten‹ für vermeintliche ›Gegner‹ des Regimes. Vgl. Hans Maier (Hrsg.): *Wege in die Gewalt. Die modernen politischen Religionen*, Frankfurt (Main) 2000, S.7.
- 6 Vgl. Hermann Weber/Andreas Herbst: *Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945*, überarbeitete und stark erweiterte Auflage, Berlin 2008, S.10.
- 7 So der deutsche Titel der ›Meistererzählung‹ des britischen Historikers Eric Hobsbawm: *The Age of Extremes*, London 1994.
- 8 Vgl. als schnellen Einstieg in den Forschungsstand die immer noch lesenswerte Einführung von Hermann Weber: *Kommunismus in Deutschland*, Darmstadt 1983; und zur Konfliktgeschichte von SPD und KPD die komprimierte Übersichtsdarstellung von Klaus Schönhoven: *Reformismus und Radikalismus. Gespaltene Arbeiterbewegung im Weimarer Sozialstaat*, München 1989.
- 9 Der ›Große Terror‹ im Allgemeinen und die Verfolgung deutscher Politemigranten im Besonderen sind gut erforscht. Einen schnellen Einstieg und Überblick über den Forschungsstand ermöglicht Barry McLoughlin: ›Vernichtung des Fremden‹. Der ›Große Terror‹ in der UdSSR 1937/1938. *Neue russische Publikationen*, in: *JHK* 2000/2001, S.50—88.
- 10 Vgl. hierzu den Überblick zum Forschungsstand Nicolas Werth: *Der Gulag im Prisma der Archive. Zugänge, Erkenntnisse, Ergebnisse*, in: *Osteuropa* 6/2007, S.9—30.
- 11 Hermann Weber: ›Weiße Flecken‹ in der Geschichte. Die KPD-Opfer der Stalinistischen Säuberungen und ihre Rehabilitierung, Frankfurt (Main) 1989; oder auch: Hermann Weber/Ulrich Mählert (Hrsg.): *Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936—1953*. 2. Auflage, Paderborn 2001.
- 12 Weber/Herbst: *Kommunisten*, S.733.
- 13 Das biographische Handbuch zur Geschichte der Komintern stellt für die neuere Forschung eine wichtige Quelle dar. Zahlreiche Mitglieder der Kommunistischen Internationale waren nur mit ihrem Decknamen bekannt, biographische Daten fehlten meist völlig. Die beiliegende CD-ROM enthält Angaben zu 15 000 Personen. Bemerkenswert ist, dass bei den kurzen Biographien soziale Herkunft und Bildungsweg schlagwortartig berücksichtigt werden. Der Datensatz zu Erwin Ries trägt die Nummer 21008. Vgl. Michael Buckmiller/Klaus Meschkat (Hrsg.): *Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale: Ein deutsch-russisches Forschungsprojekt*. München 2007.

- 14 Wolfgang Leonhard: Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln 2010.
- 15 Bspw. Carola Tischler: Flucht in die Verfolgung. Deutsche Emigranten im sowjetischen Exil 1933 bis 1945, Münster 1996; Oleg Dehl: Von der Illusion zur Tragödie. Deutsche Emigranten in der UdSSR in den 30er Jahren (russ.), Moskau 1997.
- 16 Julia Köstenberger: Die Geschichte der ›Kommunistischen Universität der Minderheiten des Westens‹ (KUNMZ) in Moskau 1921—1936, in: JHK 2000/2001, S.248—303; Julia Köstenberger: Die Internationale Leninschule (1926—1938), in: Buckmiller/Meschkat (Hrsg.): Biographisches Handbuch, S.287—309; die gleichnamige Dissertationsschrift von Julia Köstenberger: Die Geschichte der Internationalen Leninschule in Moskau (1926—1938). Unter besonderer Berücksichtigung des deutschen und österreichischen Sektors, liegt dem Autor in Manuskriptform vor und erscheint voraussichtlich 2014 im LIT Verlag.
- 17 Die Unterlagen zu Erwin Ries – zwei handschriftliche Lebensläufe aus den Jahren 1932 und 1935, ein Fragebogen für die Leninschule und offizielle Aufenthaltsdokumente – sind verzeichnet im Russischen Staatsarchiv für sozio-politische Geschichte (RGASPI) Signatur: 495/205/6212.
- 18 Archivrecherchen und -anfragen im Stadtarchiv Mannheim verliefen ergebnislos. In Saarbrücken wurden durch das Stadtarchiv und Landesarchiv nach umsichtiger Recherche einige Detailinformationen zum Aufenthalt des Ehepaars Ries in Saarbrücken bearbeitbar gemacht; das Nationalarchiv in Paris verweist auf einen Aktenvermerk zu Friedericke Ries ›2000095/81‹ im ›Fonds Moskau‹, die Recherche blieb aber ansonsten erfolglos.
- 19 Erich Matthias/Hermann Weber (Hrsg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim, Mannheim 1984.
- 20 Fritz Salm macht aus seiner parteipolitischen Abhängigkeit nur wenig Hehl, wenn er auf die Kooperation mit den „Verantwortlichen und Mitarbeitern des Zentralarchivs der SED beim Institut für Marxismus/Leninismus in Berlin“ hinweist. Eine kritische Reflexion seiner Thesen finden sich im Beitrag zum Kommunistischen Widerstand von Hermann Weber, in: Matthias/Weber: Widerstand, S.245—347. Eine kritische Untersuchung und angemessene historische Würdigung der Vita von Fritz Salm steht hinsichtlich seines Widerstands, seines Nachkriegswirkens in Mannheim und seiner Zusammenarbeit mit SED und FDGB noch aus.
- 21 Diese Verdrängungsleistung ist umso bemerkenswerter, da der sechs Jahre jüngere Salm 1929 zu einem Zeitpunkt in den KJVD eingetreten war, als Erwin Ries sicherlich zu den zentralen Führungspersönlichkeiten des KJVD Baden/Pfalz gehört haben dürfte. Vgl. Fritz Salm: Im Schatten des Henkers. Vom Arbeiterwiderstand in Mannheim, Frankfurt (Main) 1979, S.86.
- 22 Der Autor dankt Karla Spagerer und Heinz Knapp für ihre Auskunftsbereitschaft und Unterstützung; Prof. Klaus Schönhoven und Prof. Hermann Weber für ihre wertvollen Anmerkungen und Anregungen sowie Gerda Weber, Detlef Möller, Heike List für die Ergänzungen und Änderungsvorschläge.
- 23 In der Forschung wird der Frage nach den Wirkungszusammenhängen im Kräftedreieck zwischen KPD, Komintern und RKP(b)/VKP(b) (KPdSU) besonderes Augenmerk geschenkt. Siehe hierzu den Sammelband und insbesondere den Beitrag: Bernhard H. Bayerlein: Deutscher Kommunismus und transnationaler Stalinismus – Komintern, KPD und Sowjetunion 1929—1943. Neue Dokumente zur Konzeptualisierung einer verbundenen Geschichte, in: Hermann Weber/Jakov Drabkin/Bernhard H. Bayerlein/Alexander Galkin: Deutschland, Russland, Komintern – Überblicke, Analysen, Diskussionen. Neue Perspektiven auf die Geschichte der KPD und die Deutsch-Russischen Beziehungen (1918—1943), Berlin/Boston 2014, S.225—400.
- 24 Vgl. hierzu den 1975 von Friedericke Ries angefertigten offiziellen Lebenslauf. Im Privatbesitz von Heinz Knapp, Schwetzingen. (Eine Kopie liegt dem Verfasser vor.); und den von Erwin Ries für seine Reise in die Sowjetunion angefertigten Lebenslauf vom 27.1.1932, in: Russisches Staatsarchiv für sozio-politische Geschichte (RGASPI) Signatur: 495/205/6212.; und den zweiten vor Eintritt in die Leninschule 23.9.1935 angefertigten Lebenslauf, in: Russisches Staatsarchiv für sozio-politische Geschichte (RGASPI) Signatur: 495/205/6212.
- 25 Vgl. Karla Spagerer: Verfolgung, in: Karl Heinz Mehler (Hrsg.): Mannheimer Zeitzeugen. Zwischen Weltwirtschaftskrise und totalem Krieg - Mannheimer Zeitzeugen erzählen aus ihrem privaten Leben, Bd. 1, Mannheim 2009, S.399f.
- 26 Lepsius hat bereits Ende der Sechziger Jahre herausgearbeitet, dass die politische Integration und Organisation der deutschen Gesellschaft nicht nur nach Klasseninteressen erfolgte, sondern durch eine komplexe Konfiguration religiöser, regionaler, sozialer und wirtschaftlicher Faktoren. Vgl. Rainer M. Lepsius: Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.): Deutsche Parteien vor 1918, Köln 1973, S.56—80.

- 27 Vgl. Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914—1949, Bd. 4, München 2008, S.310f.
- 28 Vor dem Hintergrund der Forschungskontroverse über die Stabilität des Arbeitermilieus in der Weimarer Republik wird der Begriff ›Dynamisierung‹ verwendet, um die Gegenläufigkeit, zunehmende Zerrissenheit und Veränderungstendenzen zu akzentuieren, ohne von Begriffen wie ›Auflösung‹ sprechen zu wollen. Dieser Prozess schlägt erst in der Bundesrepublik durch, auch wenn seine Grundzüge bereits in der Weimarer Republik erkennbar sind. Vgl. hierzu die nachgezeichnete Forschungskontroverse um die Milieustabilität zwischen Dieter Langewiesche/Schmiechen-Ackermann und Peter Lösche/Franz Walter in der Weimarer Republik bei Eberhard Kolb/Dirk Schumann: Die Weimarer Republik, München 2012, S.188f.
- 29 Vgl. Klaus Schönhoven: Reformismus und Radikalismus. Gespaltene Arbeiterbewegung im Weimarer Sozialstaat, München 1989, S.42ff.
- 30 Vgl. zu Ludwig Frank bspw. Martin Krauß: Im Ersten Weltkrieg, in: Ulrich Nieß/Michael Caroli (Hrsg.): Geschichte der Stadt Mannheim, Mannheim 2007, S.4.
- 31 Die Revolutionsereignisse und das Wirken der Arbeiter- und Soldatenräte war bereits in der Weimarer Republik nach Gesichtspunkten der politischen Opportunismus und Apologetik massiv umgedeutet worden. Heutzutage ist die Erforschung der Ziele, Forderungen, Triebkräfte, Strukturen und das konkrete Vorgehen der Arbeiter- und Soldatenräte vor Ort sehr gut erforscht und ihre Deutung als revolutionäre linksextremistische Bewegung nicht mehr haltbar. Das zeigen bereits die Zusammensetzung der Räte und der Revolutionsverlauf. Einen schnellen Einstieg in die Thematik und den Forschungsstand bietet Eberhard Kolb: Weimarer Republik, München 1993, S.161ff.; Weber: Kommunismus in Deutschland, S.38f., S.74—78; immer noch maßgeblich Erich Matthias: Zwischen Räten und Geheimräten. Die deutsche Revolutionsregierung 1918/1919, Düsseldorf 1970; maßgeblich zu Baden und Mannheim ist der von Peter Brandt und Reinhard Rürup bearbeitete Band: Arbeiter-, Soldaten- und Volksräte in Baden 1918/19, Düsseldorf 1980 (Quellen zur Geschichte der Rätebewegung in Deutschland 1918/19, III); einen guten Stimmungsbericht über die Situation in Mannheim enthält: Säumt keine Minute! Dokumente zur Arbeiterbewegung in Mannheim 1848—1949, hrsg. Von der IG Metall Mannheim, Mannheim 1986, S.279—291.
- 32 Vgl. Lebenslauf (1964).
- 33 Karla Spagerer gab im persönlichen Gespräch an, dass man die Familie Ries nicht als intellektuell bezeichnen könne, sondern es sich um einen ›klassischen Arbeiterhaushalt‹ gehandelt habe. Sie skizzierte ihre Großmutter mit den Worten, „das tägliche Brot“ sei das Wichtigste und die Politik habe dafür zu sorgen. Vgl. Spagerer: Verfolgung, S.399. Friederike Ries gab gegenüber den SED-Parteifunktionären in ihrem Lebenslauf an, dass vor der Phase der Verfolgung und des Widerstandes ihre Haltung zur Partei eher „eine gefühlsmäßige“ gewesen sein. Das wird der Haltung zahlreicher junger Parteimitglieder entsprochen haben. Vgl. Lebenslauf (1964).
- 34 Vgl. Lebenslauf (1935); Fragebogen (1936).
- 35 Vgl. Lebenslauf (1935).
- 36 Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, Dok. 21008.
- 37 Günter Braun/Wolfgang Horn/Erich Matthias: Einleitung, in: Matthias/Weber: Widerstand, S.27—32.
- 38 Vgl. Lebenslauf (1935).
- 39 Notstandsarbeiter kamen in Zeiten der konjunkturellen Flaute zum Einsatz. Außer der Stammebelegschaft durften nur solche Arbeitslose beschäftigt werden, die das Arbeitsamt ausgewählt und als Notstandsarbeiter ›eingewiesen‹ hatte. Damit wurde bezweckt, die Ausgaben für Unterstützungen an Arbeitslose zu senken und in produktive Arbeitsleistungen (werteschaffende Arbeitslosenfürsorge) umzuwandeln. Das setzt allerdings eine mindestens zeit- oder gebietsweise anhaltende Arbeitslosigkeit voraus, die einen wirtschaftlichen Notstand darstellte. Notstandsarbeiten sollten in diesem Sinne als ›Konjunkturspritze‹ wirksam werden.
- 40 Ebd., S.34ff.
- 41 Vgl. Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, Dok. 21008.
- 42 Vgl. hierzu den Fragebogen, den Erwin Ries beim Eintritt in die Leninschule am 13. Mai 1936 auszufüllen hatte. Russisches Staatsarchiv für sozio-politische Geschichte (RGASPI) Signatur: 495/205/6212.
- 43 So Karla Spagerer im Zeitzeugengespräch.

- 44 Obwohl die KPD zwischen 200 000 und 300 000 Demonstranten erwartet hatte und nur einige Zehntausende auf den Straßen erschienen, beantwortete die Berliner Polizei die kommunistische Provokation mit einer dreitägigen Straffaktion in den missliebigen „roten Stadtvierteln“ von Berlin, wobei 32 Zivilpersonen ums Leben kamen – größtenteils durch Schussverletzungen beim Auflösen von Menschenversammlungen. Nahezu alle Opfer, darunter nur ein Mitglied der KPD, waren unorganisiert und reichten vom 16-jährigen Mädchen bis zum 79-jährigen Greis. Vgl. das immer noch zutiefst lesenswerte Werk und Zeitdokument aus dem Jahr 1928 von Arthur Rosenberg: Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt (Main) 1988, S.466; und mit einem Hinweis auf die propagandistische Ausstrahlung in die Region Klaus-J. Becker: Spartakus, Rote Front, Antifa. Ausübung und Instrumentalisierung politischer Gewalt in der Weimarer Republik am Beispiel des Bezirkes Pfalz der KPD, in: Mitteilungen des Historischen Vereins der Pfalz, Band 107, Speyer 2009, S.405—433.
- 45 Stalin und Sinowjew hatten die SPD bereits 1924 als ›Flügel des Faschismus‹ bezeichnet, bevor Thälmann die Doktrin vom Sozialfaschismus 1929 auf dem XII. Parteitag der KPD in Berlin-Wedding verkündet hatte.
- 46 Vgl. Hermann Weber: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Bd. 1, Frankfurt (Main) 1969, S.223ff.; konzise und präzise Schönhoven: Reformismus, S.132ff.
- 47 Weber: Kommunisten, S.250f.
- 48 Vgl. Lebenslauf (1935).
- 49 Vgl. Weber: Kommunisten, S.254.
- 50 Vgl. Raymond Aron: Über Deutschland und den Nationalsozialismus. Frühe politische Schriften 1930—1939, hrsg. von Joachim Stark, Opladen 1993, S.186—208.
- 51 Der Autor unterscheidet zwischen dem Marxismus als Weltanschauung und Methode, ohne weitergehend zwischen Marxismus, Marxismus-Leninismus oder Stalinismus zu differenzieren. Im Rahmen eines ›Methodenpluralismus‹ haben modifizierte marxistische Ansätze weiterhin eine partielle Erklärungskraft, sofern es nicht zu einer Verkürzung der Analyse von Gesellschaftsformationen und -strukturen auf einen ökonomischen Ansatz kommt. Die Kritik am klassischen Marxismus formulierte bereits Eduard Bernstein: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgabe der Sozialdemokratie, Stuttgart 1902.
- 52 Michael Rohrwasser: Der Kommunismus. Verführung, Massenwirksamkeit, Entzauberung, in: Maier: Gewalt, S.128ff.
- 53 Vgl. Matthias Heeke: Reisen zu den Sowjets. Der ausländische Tourismus in Rußland 1921—1941. Mit einem bio-bibliographischen Anhang zu 96 deutschen Reiseautoren, Münster 2003.
- 54 In seinem Lebenslauf für die KUNMZ fächert er die ihm bekannte Literatur auf: Karl Marx/Friedrich Engels: Das Kommunistische Manifest, Karl Marx: Lohnarbeit und Kapital, Wladimir Iljitsch Lenin: Staat und Revolution, Wladimir Iljitsch Lenin ›Gesammelte Werke I. II. IV.‹ und noch einige Abschnitte von Josef Stalin: Probleme des Leninismus.
- 55 Siehe hierzu auch die von Heinz Knapp bereitgestellten Photos von Ausflügen des KJVD aus dessen persönlichem Bestand. Abzüge der Photos finden sich auch im Nachlass von Fritz Salm im Archiv des VVN in Stuttgart.
- 56 Vgl. hierzu auch Barbara Köster: ›Die Junge Garde des Proletariats‹. Untersuchungen zum Kommunistischen Jugendverband Deutschlands in der Weimarer Republik, (Diss. Bielefeld) 2005, S.5. (abgerufen am 14.9.2014: <http://pub.uni-bielefeld.de/luur/download?func=downloadFile&recordId=2303641&fileId=2303644>)
- 57 Vgl. Fragebogen (1936).
- 58 Köster: Junge Garde, S.258.
- 59 Vgl. Fragebogen (1936).
- 60 Am 13. Juli 1925 wurde Philippe Pétain zum Oberbefehlshaber der sogenannten französischen Rif-Armee ernannt. Er setzte völkerrechtswidrig über 500 Tonnen Senfgas gegen die marokkanischen Aufständigen ein. Bis heute ist das Gebiet um Al-Hoceima kontaminiert.
- 61 Vgl. Lebenslauf (1964).
- 62 Köster: Junge Garde, S.122ff.
- 63 Vgl. Jürgen Reulecke: Jugend und ›junge Generation‹ in der Gesellschaft der Zwischenkriegszeit, in: Dieter Langewiesche/Heinz-Elmar Tenroth (Hrsg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. V (1918—1945), München 1989, S.103.

- 64 Vgl. Weber/Herbst: Kommunisten, S.447f.
- 65 Der AM-Apparat war grob in folgende Abteilungen gegliedert: Abwehr = Überprüfung neuer Mitglieder, Überwachung von Funktionären und einfachen Mitgliedern; Zersetzung = Auskundschaftung und Untergrabung der Reichswehr und der Polizei; Behörden = Ausspähen von Reichs-, Land- und Gemeindebehörden sowie Privatstellen; Betriebe = Erkundung innerbetrieblicher Verhältnisse, Weitergabe von Betriebsgeheimnissen. Vgl. Franz Feuchtwanger: Der militärische Apparat der KPD in den Jahren 1928 bis 1935. Erinnerungen, in: IWK 4/1981, S.485—533.
- 66 Vgl. hierzu die von ehemaligen Mitarbeitern des MfS verfasste Darstellung: Bernd Kaufmann/Eckhard Reisener/Dieter Schwips/Henri Walther: Der Nachrichtendienst der KPD 1919—1937, Berlin 1993.
- 67 Hans-Rainer Sandvoß: Die »andere« Reichshauptstadt. Widerstand aus der Arbeiterbewegung in Berlin von 1933 bis 1945, Berlin 2007, S.388—392.
- 68 Vgl. Kaufmann u. a.: Nachrichtendienst, S.184—187.
- 69 Weber/Herbst: Kommunisten, S.733; Lebenslauf (1935).
- 70 Zaisser war 1920 einer der militärischen Leiter der Roten Ruhrarmee und in der militärischen Zentraleitung in Essen tätig. 1921 wurde er als Mitglied der Oberleitung der illegalen »Kampforganisation« der KPD verhaftet. Von 1923 bis 1926 war er Mitglied der KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet und in der Oberbezirksleitung West in der Funktion des KP-Oberleiters des Militärpolitischen Oberbezirks West. Während des »deutschen Oktobers« auch M-Leiter für das Ruhrgebiet. Vom März bis Juni 1924 nahm Zaisser an einem Lehrgang an der Militärpolitischen Schule der Komintern (KI) in Moskau teil. 1926 war er als Mitarbeiter des Zentralkomitees der KPD für die militärpolitische Schulung verantwortlich. 1927 wurde er Mitarbeiter der Komintern in Moskau und war von 1927 bis 1930 Militärberater der Kuomintang in der Mandschurei. Anschließend hielt sich Zaisser von 1930 bis 1932 in Prag auf. Seit etwa dieser Zeit hatte Zaisser als Vertrauensperson zu sowjetischen Dienststellen eine eigenständige und von der KPD-Führung unabhängige Position aufgebaut. Vgl. Weber/Herbst: Kommunisten, S.1052f.
- 71 Vgl. Lebenslauf (1935).
- 72 Vgl. Kaufmann u.a.: Nachrichtendienst, S.177—187.
- 73 Weber: Kommunisten, S.258.
- 74 Weber: Kommunisten, S.252.
- 75 Mannheim war ab 1933 nur noch für Nordbaden, Kaiserslautern und die Pfalz zuständig.
- 76 Weber: Kommunisten, S.265.
- 77 Ebd., S.267; Salm: Im Schatten, S.66.
- 78 Kurt Müller wurde 1934 in Weinheim verhaftet und von den Nationalsozialisten in der Haft und im Konzentrationslager schwer geschunden. Nach Kriegsende wurde er Bundestagsabgeordneter der KPD. 1950 wurde Müller trotz Immunität unter einem Vorwand nach Ost-Berlin geladen und vom MfS festgenommen. Durch ein sowjetisches Fernurteil wurde er zu 25 Jahren Haft in der UdSSR verurteilt. Er kam 1955 im Rahmen der von Adenauer ausgehandelten Rückführung deutscher Kriegsgefangener aus der Sowjetunion in die Bundesrepublik frei. Vgl. Dieter Dowe (Hrsg.): Kurt Müller (1903—1990) zum Gedenken. Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1991.
- 79 Vgl. Weber: Kommunisten, S.280.
- 80 An ein regelmäßiges Erscheinen war jedoch kaum zu denken. Sie erschien im August, September und Dezember 1933. Vgl. Salm: Im Schatten S.77.
- 81 Ebd., S.66.
- 82 Die Verhaftungswellen des ersten Jahres werden plastisch bei Salm geschildert. Ebd. S.70 und 16—87.
- 83 Ebd., S.86.
- 84 Vgl. Spagerer: Verfolgung, S.399.
- 85 Vgl. Karl-Heinz Schwarz-Pich: Die kommunistische Lechleiter-Gruppe. Von ihrer Gründung in Mannheim 1941 bis zu ihrer Zerschlagung im Februar 1942, in: JHK 25/2012, S.303—314.
- 86 Herbst: Widerstand, S.34ff.

- 87 Klaus J. Becker: Anpassung, innere Verweigerung, offener Widerstand, Repression. Der kommunistische Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur und dessen Zerschlagung in der Pfalz anhand neu zugänglicher Archivalien. in: Mitteilungen des Historischen Vereins der Pfalz. Band 108, Speyer 2010, S.313—333.
- 88 Vgl. Lebenslauf (1935).
- 89 Im Stadtarchiv Saarbrücken findet sich noch eine Meldekarte von Erwin und Friedericke Ries mit dem Vermerk „politischer Flüchtling“ und „verzogen sie beide nach unbekannt“, so das Stadtarchiv Saarbrücken in einer schriftlichen Auskunft von 18. September 2014.
- 90 Vgl. Lebenslauf (1935).
- 91 Kaufmann u.a.: Nachrichtendienst, S.366f.
- 92 Vgl. Lebenslauf (1935).
- 93 So die schriftliche Auskunft des Landesarchivs Saarbrücken vom 18. September 2014.
- 94 Vgl. Lebenslauf (1935); Fragebogen (1936).
- 95 Vgl. Spagerer: Verfolgung, S.399.
- 96 Vgl. Lebenslauf (1964).
- 97 Bspw. die Autobiographien von Herbert Wehner: Zeugnis, Frankfurt (Main), S.180ff.; Erich Honecker: Aus meinem Leben, Frankfurt (Main) 1980, S.38ff.; des Mannheimers Heinz Hoffmann: Mannheim - Madrid - Moskau. Erlebtes aus drei Jahrzehnten, Berlin (Ost) 1981.
- 98 Vgl. zu den Ankunftserfahrungen auch anschaulich Köstenberger: Internationale Leninschule, S.128f.
- 99 Vgl. Jörg Baberowski: Der rote Terror. Die Geschichte des Stalinismus, Bonn 2007, S.135—140.
- 100 Vgl. Helmut Altrichter: Kleine Geschichte der Sowjetunion 1917—1990, München 1993, S.64—71.
- 101 Der Holodomor (ukrainisch Голодомор) heißt wörtlich übersetzt „Tötung durch Hunger“ und bezeichnet eine durch Menschen verursachte Hungersnot. Dieser sowjetischen Vernichtungsstrategie lagen herrschaftsichernde, sozial-klassenpolitische, sprach- und kulturpolitische, nationale und weitere Interessen zugrunde. Vgl. hierzu den Sammelband der Zeitschrift Osteuropa ›Vernichtung durch Hunger. Der Holodomor in der Ukraine und der UdSSR‹ und darin: Egbert Jahn: Der Holodomor im Vergleich. Zur Phänomenologie der Massenvernichtung, in: Osteuropa, 12/2004, S.13—32.
- 102 Vgl. im Allgemeinen als ersten Syntheseversuch zur topographischen Verortung der Massenvernichtung in Ostmitteleuropa Timothy Snider: Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin, Bonn 2011, S.43—72; und im Besonderen zur Hungersnot in der Ukraine Donald Bloxham/Dirk Moses (Hrsg.): The Oxford Handbook of Genocide Studies. Oxford University Press, Oxford 2010, S.396.
- 103 Baberowski: Terror, S.135.
- 104 Buckmiller/Meschkat (Hrsg.): Biographisches Handbuch, Dok. 21008.
- 105 Die wichtigsten internationalen Kaderschulen in Moskau waren die ›Kommunistische Universität der Werktätigen des Ostens‹ (KUTV), ›Kommunistische Universität der nationalen Minderheiten des Westens‹ (KUNMZ), ›Kommunistische Universität der Werktätigen Chinas‹ (KUTK bzw. Sun-Yat-sen Universität) und die Leninschule.
- 106 Köstenberger: KUNMZ, S.254.
- 107 Ebd., S.253.
- 108 Buckmiller/Meschkat (Hrsg.): Biographisches Handbuch, Dok. 21008.
- 109 Nun waren auch beglaubigte Autobiographien, Kopien des Parteibuches und ähnliches vorzulegen.
- 110 Köstenberger: KUNMZ, S.264.
- 111 Am deutschen Sektor wurden in den Jahren seines Bestehens etwa 700 deutsche oder deutschstämmige Studierende ausgebildet.
- 112 Köstenberger: KUNMZ, S.265.
- 113 Ebd., S.279.
- 114 Buckmiller/Meschkat (Hrsg.): Biographisches Handbuch, Dok. 21008.

- 115 Seit den frühen 1920er Jahren sind Parteimitglieder dazu verpflichtet, sich in Sitzungen ihrer Parteigruppe der ›Kritik‹ ihrer Genossen zu stellen und eigene Fehler und Vergehen im Sinne der ›Selbstkritik‹ einzugestehen. In der Praxis entwickelte es sich zu einem brutalen Instrument parteiinterner Auseinandersetzungen. Vgl. hierzu ausführlich Brigitte Studer/Berthold Unfried: Der stalinistische Parteikader. Identitätsstiftende Praktiken und Diskurse in der Sowjetunion der dreißiger Jahre, Köln u.a. 2001, S.149—191.
- 116 Frumkina war eine Bolschewistin der ersten Stunde und überzeugte Anhängerin Stalins. Sie wurde neben zahlreichen anderen leitenden Mitarbeitern und Lektoren vom NKWD verhaftet und ermordet. Köstenberger: KUNMZ, S.300.
- 117 Köstenberger: KUNMZ, S.299.
- 118 Vgl. Köstenberger: Leninschule, S.66.
- 119 Ebd., S.27—29.
- 120 Vgl. zur kurzen Einordnung des anschließenden Schauprozesses: Nicolai Bucharin: Das letzte Wort des Verurteilten am 12. März 1938. Mit einem Essay von Stefan Reinecke, EVA-Reden Bd. 22, Hamburg 1996.
- 121 Ebd., S.488.
- 122 Ebd.; ein anschauliches Beispiel für die kommunistische Umdeutung dieser im Gewande erkenntnistheoretischer Methode daherkommenden perfiden Sozialdisziplinierung in der Leninschule liefert Hoffmann: Mannheim, S.299—302.
- 123 Pieck hatte kurzzeitig die Umstrukturierung der ILS im Jahr 1932 in der Funktion des Rektor vorgenommen.
- 124 Dem Autor ist nicht bekannt, ob noch andere Mannheimer Funktionäre neben Wandel und Berg die Leninschule besuchten. Vgl. zu seiner Biographie Weber/Herbst: Kommunisten, S.840.
- 125 Vgl. zu ihrer Biographie Weber/Herbst: Kommunisten, S.103.
- 126 Von April 1937 bis Dezember 1937 zum Zeitpunkt der Festnahme von Erwin Ries übernahm Herbert Wehner („Kurt Funk“) den Unterricht zum Thema ›Erfahrungen und Lehren aus der konspirativen Arbeit‹. Inwiefern er den jungen Erwin Ries kannte, ist nicht überliefert.
- 127 Köstenberger: Leninschule, S.285.
- 128 Zitiert nach ebd., S.287.
- 129 Vgl. hierzu bspw. das Kapitel zum ›Fall Ricker‹ (Eduard Lange), in: Ebd., S.292—295.
- 130 Vgl. Bayerlein: Deutscher Kommunismus und transnationaler Stalinismus, S.301—313; Kaufmann u.a.: Nachrichtendienst, S.433—438.
- 131 Bayerlein sieht in den ›Säuberungen‹ des Apparats den Präventivschlag einer verunsicherten, nur noch auf das NKWD gestützten sowjetischen Führung gegen drohende Gefahren und vermutete potentielle Opponenten. Insofern sei der Terror nicht ausschließlich als blinder und dysfunktionaler Gewaltakt zu begreifen. Ebd., S.360.
- 132 Einige der 33 ausgeschlossenen Parteimitglieder finden sich im Handbuch ›Deutsche Kommunisten‹ so z. B. Otto Brass (jun.), Erna Mertens (Deckname Grete Wilde), Fritz Beyes, Fritz Prange, Kurt Neumann (Deckname Karl Kolbe), Wenzel Verner (Vater der hohen SED- und NVA-Funktionäre Paul und Waldemar Verner). Vgl. zu Erwin Ries: Weber/Herbst: Kommunisten, S.733; zur Liste mit den aus der Partei ausgeschlossenen: RGASPI: 495/175/100.
- 133 Vgl. Volkhard Knigge/Irina Scherbakowa (Hrsg.): GULAG: Spuren und Zeugnisse, Weimar 2012, S.34f.
- 134 Der Autor folgt hier den anschaulichen Aussagen weiblicher Häftlinge, wie sie bei Meinhard Stark wiedergegeben werden. Vgl. Meinhard Stark: Deutsche Frauen im GULag. Individuelle Erfahrungen und Verhaltensformen im Haftalltag, in: Robert Streibel/Hans Schafranek (Hrsg.): Strategie des Überlebens. Häftlingsgesellschaften in KZ und GULag, Wien 1996, S.174ff. und der Autobiographie von Helmut Damerius, der auch am KUNMZ war und am 17. März 1938 vom NKWD verhaftet wurde: Helmut Damerius: Unter falscher Anschuldigung. 18 Jahre in Taiga und Steppe, Berlin/Weimar, 1990, S.9—55.
- 135 Bereits der Titel ›Unter falscher Anschuldigung‹ vom Helmut Damerius enthält immer noch die Hoffnung, dass ein deutscher Kommunist nicht Opfer eines kommunistischen Terrorregimes geworden sein kann.
- 136 Alle diese Reaktionsmuster sind von weiblichen Kommunisten aus Deutschland übermittelt und es spricht nichts dafür, dass dieses bei Männern nicht das gleiche gewesen sein soll. Vgl. Stark: Frauen, S.180—185.
- 137 Knigge/Scherbakowa: GULAG, S.38.
- 138 Stark: Frauen, S.180—185.

- 139 Ebd. S.600f.
- 140 Ebd., S.601.
- 141 Vgl. das Internetportal über das sowjetische Lagersystem (GULAG) unter: www.gulag.memorial.de/lager.php?lag=203 (abgerufen am 24. August 2014).
- 142 Eine erste konzeptionelle Annäherung an eine ›Soziologie des Lagers‹ findet sich bei Wolfgang Sofsky: Die Ordnung des Terrors: das Konzentrationslager, Frankfurt (Main) 1993.
- 143 Vgl. Werth: Gulag, S.19.
- 144 Vgl. Gerhard Armanski: Der Gulag - Zwangsjacke des Fortschritts, in: Robert Streibel/Hans Schafranek (Hrsg.): Strategie des Überlebens. Häftlingsgesellschaften in KZ und Gulag, Wien 1996, S.32.
- 145 Vgl. Armanski: Gulag, S.30—35.
- 146 Ebd., S.31.
- 147 Ebd.; Damerius: Anschuldigung, S.202—218.
- 148 Vgl. Stark: Frauen, S.168—205.
- 149 Jewgenia Ginsburg: Gratwanderung, München 1991; Jewgenia Ginsburg: Marschroute eines Lebens, München 1989; Susanne Leonhard: Gestohlenes Leben. Schicksal einer politischen Emigrantin in der Sowjetunion. Frankfurt (Main) 1956; Margarete Buber-Neumann: Als Gefangene bei Stalin und Hitler. Eine Welt im Dunkel, München 1949.
- 150 Ebd., S.35.
- 151 Diese Zahlen enthalten nicht die Millionen Zwangsumgesiedelten aus den unterschiedlichen Gebieten des sowjetischen Einflussbereichs. Vgl. Knigge/Scherbakowa: Gulag, S.139.
- 152 Nicolas Werth: Ein kurzer historischer Abriss über den Gulag, in: Ebd., S.119.
- 153 Lebenslauf (1964).
- 154 Ebd.
- 155 Vgl. Nicolas Werth: Ein kurzer historischer Abriss über den Gulag, in: Ebd., S.122f.
- 156 Provisorischer Reisepass von Friedericke Ries. Im Privatbesitz von Heinz Knapp, Schwetzingen. (Eine Kopie liegt dem Verfasser vor.)
- 157 Ein Beispiel für die öffentliche Tabuisierung der kommunistischen Opfer des Stalinismus zeigte sich bei der Übersiedlung der Tochter von Hans Kippenberger nach Ost-Berlin, als ihr unmissverständlich klar gemacht wurde, dass sie über das Schicksal ihrer Eltern „absolut zu schweigen habe.“ Vgl. Weber: Weiße Flecken, S.46.; vgl. auch Wladislaw Hedeler/Inge Münz-Koenen (Hrsg.): ›Ich kam als Gast in euer Land gereist...‹ Deutsche Hitlergegner als Opfer des Stalinterrors. Familienschicksale 1933—1956, Berlin 2013, S.12, 79.
- 158 Vgl. Zuzugsgenehmigung Magistrat von Groß-Berlin. Im Privatbesitz von Heinz Knapp, Schwetzingen. (Eine Kopie liegt dem Verfasser vor.)
- 159 Vgl. Julia Angster: Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB. München 2003; Scholz, Michael F. (Hrsg.): Skandinavische Erfahrungen erwünscht? Nachexil und Remigration. Die ehemaligen KPD-Emigranten in Skandinavien und ihr weiteres Schicksal in der SBZ/DDR, Stuttgart 2000.
- 160 Das Buch von Helmut Damerius ›Unter falscher Anschuldigung‹ gewährt einen sensiblen individuellen Einblick in die kollektive Psychologie von kommunistischen Opfern des Stalinismus. Vgl. Damerius: Anschuldigung, S.318—330.
- 161 Heinz Knapp wurde ein wichtiger Vertrauter von Friedericke Ries; ob Paul Wandel und Helene Berg diesen Nimbus erreichen konnten, ist fraglich.
- 162 Ihre Reisen führten sie immer auch zur Familie Knapp nach Schwetzingen oder zu ihren Eltern auf die Schwäbische Alb, aber auch zur Nichte von Erwin Ries, Karla Spagerer, nach Mannheim, so die persönlichen Auskünfte von Heinz Knapp und Karla Spagerer.
- 163 Vgl. Einstellungsbeleg des Museums für Deutsche Geschichte. Im Privatbesitz von Heinz Knapp, Schwetzingen. (Eine Kopie liegt dem Verfasser vor.)

- 164 Die an die Auszeichnungen und Preise oftmals geknüpfte Prämie variierte je nach Rang der Auszeichnung. Der Karl-Marx-Orden hatte, dotiert mit 20 000 M, die höchste Bedeutung. Darauf folgte der Ehrentitel ›Held der Arbeit‹. In der Ordenshierarchie folgte daraufhin der Vaterländische Verdienstorden. Der Vaterländische Verdienstorden wurde zum ersten Mal 1954 vergeben. Er war in die Kategorien Gold, Silber und Bronze unterteilt. Je nach Kategorie variierten die damit verbundenen Prämien zwischen 2 500 Mark und 10 000 M. Sie wurden ergänzt durch ein jährliches ›Ehrengeld‹, welches lebenslanglich ausgezahlt wurde und zwischen 250 M und 1 000 M betrug. Der Vaterländische Verdienstorden wurde vergeben für „besondere Verdienste im Kampf der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung und im Kampf gegen den Faschismus, beim Aufbau, bei der Festigung und Stärkung sowie beim Schutz der DDR.“
Trotz der ›Ordensflut‹ in der DDR handelte sich hierbei nicht um eine belanglose Ehrung von verdienten Genossen, sondern um eine zentrale Ehrung des Staates. Preisträger des VVO in Silber waren im gleichen Jahr bspw. auch Hans Rudolf Gestewitz (deutscher HNO-Arzt und führender Militärmediziner in der DDR), Ortrun Enderlein (Rodel-Goldmedaillengewinnerin der DDR in Innsbruck), Thomas Köhler (Rodel-Goldmedaillengewinner der DDR in Innsbruck), Felix Scheffler (Chef der Volksmarine).
- 165 Vgl. Lebenslauf (1964)
- 166 Vgl. Herbst: Widerstand, S.34f.
- 167 Vgl. zum umkämpften Geschichtsdiskurs der jungen Berliner Republik: Wem gehört der Widerstand? Das Stauffenberg-Attentat und die Last der doppelten Vergangenheit, in: Der Spiegel 28/1994, S.37—38.
- 168 Scholz: Skandinavische Erfahrungen, S.263.
- 169 Vgl. Manfred Wilke: Antifaschismus als Legitimation staatlicher Herrschaft in der DDR, in: Bedeutung und Funktion des Antifaschismus. Hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Bonn 1990, S.52—64.
- 170 Vgl. hierzu bspw. den Beitrag von Olaf Groehler: Zur Geschichte des deutschen Widerstandes. Leistungen und Defizite, in: Krise-Umbruch-Neubeginn. Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der DDR-Geschichtswissenschaft 1989/90, hrsg. von Rainer Eckert/Wolfgang Küttler/Gustav Seeber, Stuttgart 1992, S.411.
- 171 Vgl. Bernd Faulenbach: Die DDR als antifaschistischer Staat, in: Rainer Eckert/Bernd Faulenbach (Hrsg.): Halbherziger Revisionismus. Zum postkommunistischen Geschichtsbild, München/Landsberg am Lech 1996, S.57.
- 172 Einen ersten Beitrag kann hierzu sicherlich die Ausstellung leisten ›Ich kam als Gast in euer Land gereist...‹ Deutsche Hitlergegner als Opfer des Stalinterrors. Familienschicksale 1933—1956.
- 173 Aus normativen Erwägungen heraus kann man berechtigt einwenden, hier wird angesichts der Monstrosität kommunistischer Verbrechen gegen nahezu jede Bevölkerungsgruppe in ihrem Machtbereich „zu kurz“ gesprochen; aus geschichtspolitischer Perspektive ist der Beschluss des Parteivorstandes der LINKEN vom 18. Oktober 2013 dem seit 13. Dezember 2010 vorliegenden Antrag des „Arbeitskreises zum Gedenken an die in der sowjetischen Emigration verfolgten, deportierten und ermordeten Antifaschisten“ zuzustimmen und eine Gedenktafel an der Fassade des Karl-Liebknecht-Hauses anzubringen, ein wichtiger Augenblick reflexiver Selbstfindung einer Partei im Umgang mit dem antihumanistischen Erbe des Kommunismus. Die Tafel trägt die Inschrift: „Ehrendes Gedenken an Tausende deutsche Kommunistinnen und Kommunisten, Antifaschistinnen und Antifaschisten, die in der Sowjetunion zwischen den 1930er und 1950er Jahren willkürlich verfolgt, entrechtet, in Straflager deportiert, auf Jahrzehnte verbannt und ermordet wurden.“

Zeit der Extreme

Die kurpfälzische Arbeiterbewegung zwischen KZ und Gulag

DIE AUTOREN

Klaus J. Becker (*1963), Dr. phil., Textredaktion: Stellvertretender Leiter des Stadtarchivs Ludwigshafen; Stellvertretender Vorsitzender und Geschäftsführer des Historischen Vereins der Pfalz, Bezirksgruppe Ludwigshafen-Mannheim; Mitglied der wissenschaftlichen Kommission des Historischen Vereins der Pfalz; Vorsitzender des Sozialdemokratischen Bildungsvereins Mannheim-Ludwigshafen; zahlreiche Publikationen zur pfälzischen Arbeiterbewegung.

Jens Hildebrandt (*1971), Dr. phil., Referent für Grundsatzangelegenheiten im Bildungsdezernat der Stadt Mannheim. Promotion zum Thema: Gewerkschaften im geteilten Deutschland. Die Beziehungen zwischen DGB und FDGB vom Kalten Krieg bis zur Neuen Ostpolitik 1955 bis 1969, St. Ingbert 2010. Wissenschaftliche Schwerpunkte: Deutschlandpolitik, Internationale Beziehungen und Geschichte der Arbeiterbewegung. Stellvertretender Vorsitzender des Sozialdemokratischen Bildungsvereins Mannheim-Ludwigshafen.

Alexander Kraft (*1978), Dr. phil., Studium der Neueren Geschichte/Wirtschafts- und Sozialgeschichte und Politischen Wissenschaft an der Uni Mannheim.
Thema: Die pfälzische Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Promotion 2014.

Julia Kratz (*1986), M. A., Studium „Geschichte: Wissenschaft und Öffentlichkeit“ an der Uni Mannheim. Seit 2012 freie Historikerin, Publikationen zum sozialdemokratischen Widerstand im Nationalsozialismus und zum Ersten Weltkrieg in der Pfalz.



Ludwigshafen am Rhein 2014

ISBN 978-3-938031-58-1